

Ralf Roth

Arbeitswelten im Umbruch

Transformationen vom 19. Jahrhundert
bis in die Gegenwart

FÜR EIN BESSERES MORGEN

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

FÜR EIN BESSERES MORGEN

Ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung 2018–2020

Wachsende soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Polarisierung, Migration und Integration, die Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung, die ungewisse Zukunft der Europäischen Union – Deutschland steht vor tief greifenden Herausforderungen.

Auf diese muss die Soziale Demokratie überzeugende, fortschrittliche und zukunftsweisende Antworten geben. Mit dem Projekt *Für ein besseres Morgen* entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung Vorschläge und Positionen für sechs zentrale Politikfelder:

- Demokratie
- Europa
- Digitalisierung
- Nachhaltigkeit
- Gleichstellung
- Integration

Gesamtkoordination

Dr. Andrä Gärber leitet die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Projektleitung

Severin Schmidt ist Referent für Sozialpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Kommunikation

Johannes Damian ist Referent für strategische Kommunikation dieses Projekts im Referat Kommunikation und Grundsatzfragen.

Der Autor

Ralf Roth bekleidet eine außerplanmäßige Professur für Neuere Geschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er forscht zur Geschichte der Digitalisierung der deutschen Wirtschaft sowie zu den Frankfurter Eliten im 20. Jahrhundert.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

PD Dr. Stefan Müller, Referent für die Geschichte der Arbeitswelten und der Gewerkschaften im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung



Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter:
www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen

Ralf Roth

Arbeitswelten im Umbruch

Transformationen vom 19. Jahrhundert
bis in die Gegenwart

	Vorwort	2
1	EINFÜHRUNG: VOR DER NÄCHSTEN GROSSEN TRANSFORMATION?	4
2	DAS 19. JAHRHUNDERT	7
2.1	Eine neue Schicht entsteht: Von „Arbeitern_innen“ und „Arbeitnehmer_innen“	7
2.2	Arbeiter_innen und Angestellte – unterschiedliche Formen lohnabhängiger Beschäftigung	8
2.3	Das Elend am Beginn der großen Transformation	11
2.4	Haushaltsrechnungen von Arbeiterfamilien	12
3	GEGENWEHR	14
3.1	Erste Reaktionen auf das Elend	14
3.2	Organisationen für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen	14
3.3	Organisation der politischen Interessen	16
3.4	Netze der Selbsthilfe: Vereine und Genossenschaften	18
3.5	Der Beginn des Sozialstaats	19
3.6	Der lange Weg einer Partei	20
4	DAS 20. JAHRHUNDERT	29
4.1	Der große und langfristige Anstieg der Löhne	30
4.2	Die Verringerung der Arbeitszeit	31
4.3	Die Entschärfung der Wohnungsnot	32
4.4	Der Sozialstaat in der Entfaltung	34
4.5	Mehr Wohlstand und ein längeres Leben	35
5	AUSBLICK AUF DIE NÄCHSTE TRANSFORMATION	37
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	40
	Literaturverzeichnis	41

Vorwort

Die Digitalisierung verändert unser Leben und unsere Arbeitswelt in rasendem Tempo. Die Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen gegenüber dieser jüngsten technologischen Revolution sind gemischt. Den wahrgenommenen Verbesserungen, Fortschritten und Erleichterungen im Alltag durch neue Technologien stehen die Ängste vor umfassender Rationalisierung und der Entwertung der eigenen Berufsbiografie gegenüber; den vor kurzem noch ungeahnten Möglichkeiten moderner Kommunikation stehen die Beschleunigung des Lebens und der Verlust von Privatsphäre gegenüber. Mit dem Projekt „Für ein besseres Morgen“ möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung progressive Antworten auf die großen wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft geben. Eine zentrale Frage für uns ist dabei: Wie können wir den digitalen Wandel zum Wohle aller nutzen?

Der fehlende Blick auf die eigene Geschichte ist eine wesentliche Leerstelle in den aktuellen Diskussionen über die Chancen und Risiken der Digitalisierung, über die Zukunft der Arbeit oder der Industrie 4.0. Viele Phänomene der neuen Arbeitswelt und ihre Wirkungsmacht lassen sich erst richtig greifen und begreifen, wenn sie im Rahmen der historischen Entwicklung eingeordnet werden. In der vorliegenden Studie „Arbeitswelten im Umbruch“ diskutiert der Autor Ralf Roth die technologischen und ökonomischen Umbrüche und deren Wirkungen auf die Arbeiterinnen und Arbeiter seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Er macht deutlich, dass die bisherigen Erfahrungen von Arbeiterinnen und Arbeitern, ihre Erwartungen und schließlich ihr Handeln den Kapitalismus und die Gesellschaft der letzten über einhundertfünfzig Jahre prägten und prägen. Denn die digitale Revolution ist nicht die erste ökonomische und technologische Transformation unserer modernen Gesellschaft. Bereits die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts erforderte von der Gesellschaft, von den Arbeiter_innen und ihren Organisationen Antworten. Armut, überlange Arbeitszeiten und menschenfeindliche Arbeitsplätze, fehlende soziale Absicherung bei Krankheit, bei Erwerbslosigkeit und im Alter und nicht zuletzt die fehlende politische Teilhabe waren charakteristisch für die Industrialisierung. In langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gelang es, den entstehenden industriellen Kapitalismus zu bändigen: ökonomisch, politisch und sozial.

Heute sind infolge der Digitalisierung erneut Antworten gefordert: Fragen nach der Zukunft der Demokratie, nach einer nachhaltigen Produktion oder nach der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands stehen unter veränderten Bedingungen wieder auf der Tagesordnung. So wie wir den industriellen Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts für die Menschen gestalten konnten, so sind wir auch heute in der Lage, den digitalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts zu zähmen. Die Voraussetzung dafür ist die Ermächtigung und Befähigung der Menschen selbst. Das heißt, wir als Gesellschaft müssen die Gestaltung der Digitalisierung in die Hand nehmen.

Denn die digitale Revolution ist keine Naturgewalt, die über uns herein bricht, sondern sie wird von Menschen gemacht. Und sie steht in einer langen Geschichte gesellschaftlicher Transformationen. Gerade Erfolge wie die politische Demokratie, der Sozialstaat und die Regulierung der Arbeitswelt sind Ergebnisse von Protest, von Kämpfen und von langfristigem Engagement. Es waren die großen Organisationen der Arbeiter_innenbewegung – Gewerkschaften und Sozialdemokratie – die auf die Demokratisierung und soziale Gestaltung wirkten und den Kapitalismus zähmten. Die Arbeiter_innenbewegung befürwortete die industrielle Transformation mit ihren Phänomenen wie Technisierung, Automation und Rationalisierung und kämpfte auf dieser Grundlage zugleich erfolgreich für die politischen und sozialen Rechte der Menschen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie gestalteten den Umbruch in Richtung einer modernen Arbeitswelt und schufen so Freiräume und Bedingungen für die Arbeitnehmer_innen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ging einher mit dem um politische Gleichstellung – beides war und ist nicht von einander zu trennen.

Geschichte ist keine einfache „Lehrmeisterin“ für die Gegenwart. Für die Bewältigung der neuen, sich ausweitenden und global vernetzten Arbeitswelten werden wir nicht einfach auf Antworten und Organisationsmodelle des 20. oder gar des 19. Jahrhunderts zurückgreifen können. Geschichte ermöglicht es jedoch, gesellschaftliche Dynamiken in zeitlicher Perspektive einzuordnen: Stehen wir tatsächlich vor einem wirtschaftlichen Umbruch wie zur Mitte des 19. Jahrhunderts oder befinden wir uns in einer Digitalisierungswelle, die bereits seit einigen Jahrzehnten andauert? Bewegt sich die gegenwärtige Transformation in Richtung eines neuen demokratischen Zeitalters

mit umfassender digitaler Partizipation der Vielen oder stellt die digitale Transformation der letzten Jahrzehnte eine Gefahr aufgrund der Bildung von Informationsmonopolen der Wenigen dar?

Vor allem zeigt uns die Untersuchung historischer Prozesse, dass es machtvoller kollektiver und solidarischer Akteure bedarf, um Technik und Ökonomie für Gesellschaft und Menschen nutzbar zu machen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns fragen: Wie müssen politische oder gewerkschaftliche Organisationen beschaffen sein, um das 21. Jahrhundert zu gestalten und den digitalen Kapitalismus einzuhegen. Welche Ziele müssen diese Akteure verfolgen und welche Politik müssen sie beschreiten? Wie können wir neue Institutionen schaffen, die den Ideen von Kooperation und Solidarität folgen? Und was bedeutet soziale Demokratie unter den Bedingungen des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts? Eine Antwort werden wir nicht einfach der Geschichte entnehmen können. Aber der Blick auf die Vergangenheit hilft uns, die richtigen Fragen zu stellen.

STEFAN MÜLLER

Referent für die Geschichte der Arbeitswelten und der Gewerkschaften im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

1

EINFÜHRUNG: VOR DER NÄCHSTEN GROSSEN TRANSFORMATION?

Die Digitalisierung vieler Vorgänge des Zusammenarbeitens und -lebens der Menschen hat mittlerweile eine derartige globale Verbreitung und Tiefe erreicht, dass von einer neuen Etappe der Industrialisierung gesprochen werden kann. Die Schlagworte „Fabrik 4.0“ oder „Industry 4.0“ erfassen dies nur unzulänglich. Diese Phänomene der neuen Arbeitswelt stehen in einer längeren historischen Entwicklung, deren Wirkungsmacht erst richtig greif- und begreifbar wird, wenn sie im Rahmen derselben eingeordnet werden.¹

Der Einsatz von Computern in der Wirtschaft hat ausgehend von den USA wie kaum eine andere technologische Innovation nach dem Zweiten Weltkrieg die Arbeitswelt in der westlichen Welt geprägt und in mehreren Wellen zu zahlreichen Umbrüchen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen geführt. Spätestens seit den 1990er-Jahren kann von einem globalen Vorgang gesprochen werden. Computer wurden allerdings im transatlantischen Raum schon seit den 1950er-Jahren zur Automatisierung von Geschäfts-, Verwaltungs- und Produktionsprozessen eingesetzt. Es handelt sich hier um tiefe Eingriffe mit weitreichenden Folgen, weil es sich bei dem Computer um eine Universalmaschine zur Berechnung und Steuerung einer Vielzahl von kybernetischen Prozessen handelt.

Der unmittelbare Einsatz betraf und betrifft sowohl einzelne Maschinen als auch ganze Bandstraßen oder Produktionsanlagen. Kraft- und Werkzeugmaschine werden somit in der Tendenz zu Anhängseln oder Spezifikationen des Computers, wie das seit den 1970er-Jahren am deutlichsten bei den Fabrikrobotern hervortrat und heute die Diskussion um die Fabrik 4.0 als einer neuen Etappe in diesem Prozess bestimmt. Die Auswirkungen des Computers reichen jedoch viel weiter als ihr Einsatz in Maschinen, weil der Computer auch viele Informationsprozesse der Administration, Distribution und Logistik automatisiert hat, wozu die mechanischen und elektrischen Maschinen in diesen Bereichen (Schreibmaschine, Telegraf, Telefon, Rechenmaschinen) aufgrund ihrer geringen Speichermöglichkeiten nur in sehr engen Grenzen in der Lage gewesen waren.

Der Prozess der Digitalisierung der Arbeitswelt vollzog sich seit den 1950er-Jahren bis heute in drei großen Wellen, die sich beträchtlich voneinander unterscheiden, auch wenn sie im Vordringen der Computer in immer neue Geschäfts- und Arbeitsprozesse ein Phänomen gemeinsam haben. Die erste Welle umfasst die Zeit der Großcomputer (Mainframes) und Rechenzentren. Sie reichte von den 1950er- bis weit in die 1970er-Jahre und betraf vor allem die Großunternehmen. Danach folgte die Etappe der Mikroprozessoren und der Personal Computer, die die Entwicklungen in den 1980er- und 1990er-Jahren prägten. Die Vernetzung dieser Computer bildete schließlich die Grundlage für eine weitere Etappe der Digitalisierung und letztlich auch der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion um eine neue Etappe der Industrialisierung.

Die Mainframes – anfangs noch auf Röhrenbasis aufgebaut, dann auf Grundlage der Transistor- und der Anfänge der IC-Technologie (integrierte Schaltkreise, integrated circuit) – waren groß, teuer und verursachten hohe Unterhaltungskosten, weil sie in speziellen klimatisierten Räumen in Rechenzen-

Abbildung 1
„Das Elektronengehirn“. Die erste elektronische Datenverarbeitungsanlage im mathematisch-physikalischen Institut der Universität Bonn, ca. 1956.
 Rechte: J. H. Darchingner / Friedrich-Ebert-Stiftung



¹ Vgl. zu folgenden Ausführungen Roth (2018): Die automatische Fabrik

tren untergebracht werden mussten und hochspezialisiertes Bedienungspersonal wie Programmierer_innen oder IT-Spezialist_innen erforderten. Aus diesem Grund erfolgte ihr Einsatz vor allem in Großunternehmen, großen und komplexen Verwaltungen sowie wissenschaftlichen Instituten. Sie wurden lediglich in überschaubarer Anzahl produziert. Es gab bis Ende der 1960er-Jahre nicht mehr als einige Zehntausend Geräte in der Welt.² Aus vielen Gründen kann deshalb nur von einer beschränkten Nutzung gesprochen werden.

Die geringe Zahl und ihre räumliche Separierung begrenzte die Effizienz ihrer Nutzung und beschränkte sie auf zentrale Steuerungsvorgänge komplexer Prozesse der Verwaltung, Logistik und Produktion in Großunternehmen wie etwa die zentrale Buchhaltung, Lagerhaltung, Transferstraßensteuerung oder Informationssysteme für das obere Management. Große Fabriken wie die der Automobilindustrie oder Großbanken gehörten daher nicht zufällig zu den ersten Nutzern von Computern.³ Trotz der Beschränkung der Mainframes auf große und komplexe Prozesse bestimmten sie die Automatisierungs- und Rationalisierungsvorgänge bis weit in die 1970er-Jahre hinein und trugen erheblich zum Wandel der Arbeitswelt bei.

Eine viel nachhaltigere Wirkung entfaltete die zweite Welle, die der Mikroprozessoren und Kleincomputer, mitunter auch „PC-Revolution“ genannt, in den 1980er- und 1990er-Jahren. Diese in vieler Hinsicht viel wuchtigere Welle der Computerisierung wurde von der Weiterentwicklung der Transistortechnologie zur IC-Bauweise ausgelöst („semiconductor industry“ im Silicon Valley). Sie ermöglichte eine radikale Miniaturisierung und extreme Verbilligung des Computerbaus. Von da an wurden Software und Bildschirmdarstellungen zu immer größerer Nutzerfreundlichkeit weiterentwickelt und ermöglichten eine einfache Bedienung auch komplizierter Vorgänge wie etwa der Textbearbeitung oder der Programmierung von Maschinen. Der Computer als Mikrocomputer oder Personal Computer und seine Ausformung in Spezialmaschinen streifte in dieser Zeit wesentliche Begrenzungen der Anwendung ab und erfüllte in einem weitaus größeren Ausmaß den Anspruch der universellen Einsetzbarkeit. Der Computer verließ die Rechenzentren, wanderte direkt an die Arbeitsplätze beziehungsweise an und in die Maschinen.

Die rasante Zunahme der Computer in der Welt auf über 200 Millionen Anlagen Mitte der 1990er-Jahre erlaubte eine viel intensivere Durchdringung der Arbeitswelt. Lieferten die Mainframes Lösungen für Großunternehmen und große Verwaltungen, so waren die PCs für mittlere und Kleinunternehmen (zum Beispiel Digital Equipment Corporation, Nixdorf oder Kinzle Mitte der 1960er-Jahre) und für faktisch alle Ebenen der Verwaltung nutzbar. Des Weiteren erfolgte eine Verdichtung der Anwendungen in den Großunternehmen – also die Einbe-

ziehung aller Abteilungen und Ebenen – und das quer durch alle Branchen. Sie deckten eine ungleich größere Zahl von Arbeits- und Geschäftsprozessen in einem Unternehmen ab oder waren darin involviert. Zu nennen sind etwa Computer in Form der Großrechner, als Server oder als Büro-PC (Desktop) sowie als Steuerungselement von Maschinen (CNC-Maschine). Transferstraßen wurden flexibel und seit Mitte der 1970er-Jahre kamen die ersten Industrieroboter auf. Prototypen entstanden in den USA 1968; der erste Industrieroboter in der Bundesrepublik wurde 1975 bei VW in Betrieb genommen. Die Computerisierung erfasste faktisch das gesamte Spektrum der Geschäftsprozesse in Verwaltung, Distribution, Einkauf, Logistik und natürlich in der Produktion. Daneben fanden Computer Eingang in die Steuerung von Schiffen, Flugzeugen und Eisenbahnen und in den ganzen Bereich der Kommunikation, hier in Form der sich erst zaghaft, dann immer schneller ausbreitenden Computernetze.

In der gegenwärtigen öffentlichen Debatte geht es um die Vernetzung des Computers und ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben. Die Entwicklung in diese Richtung begann schon Anfang der 1950er- und 1960er-Jahre, als Computernetze für komplexe Kommunikations- und Informationssysteme des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums und der NATO entwickelt wurden (SAGE, WWMCC, GCCS, militärisches ARPANET und MILNET). Das setzte sich in den 1980er-Jahren mit dem Übergang zentraler Verbindungstechnologien und -protokolle in den zivilen Bereich fort – und zwar zuerst als Verbundnetze für amerikanische Forschungseinrichtungen wie das zivile ARPANET und das NSFNET. Die Kommerzialisierung dieser US-amerikanischen Netze erfolgte um das Jahr 1990 und führte in einer sprunghaften Entwicklung zum globalen Internet, dessen Nutzerzahl und damit die Menge der angeschlossenen Computer zwischen 1995 und 2000 von 16 Millionen auf 361 Millionen anstieg.⁴ Einen weiteren großen Fortschritt bedeuteten die mobilen Computer, die das Ergebnis der weiteren Miniaturisierung bei steigenden Rechen- und Speicherkapazitäten durch Ausschöpfung der Potenziale der IC-Technologie sind. Heute ist das Internet ein Zusammenschluss von Millionen von Einzelnetzen und setzt sich mittlerweile allein in den zugänglichen Teilen des World Wide Web aus mehr als drei Milliarden Computernutzer_innen zusammen. Diese Netze mit ihrer effizienten Verbindungstechnologie erlauben aufgrund der fallenden Kosten und steigenden Kapazitäten eine neue Stufe der Flexibilität sowohl in der Produktion als auch in der Administration, Distribution und Logistik.⁵

Das Internet ermöglicht die effiziente Vernetzung der global agierenden Unternehmen – und zwar nicht als Ausnahme, sondern als Normalzustand, und nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für mittlere und Kleinunternehmen. Davon ausgehend erfolgt gegenwärtig die Vernetzung von Maschi-

² Damals befanden sich etwa 70.000 Computer dieser Art in der Welt. Steinbuch (1971): Buch der Technik, S. 534. Rid (2016): Maschinen-dämmerung, S. 141, nennt für 1968 50.000 Computer.

³ Chrysler nutzte schon Mitte der 1950er-Jahre Computer. Frühe Beispiele finden sich auch im Bereich der Finanzdienstleistungen. Vgl. Davis (1997): Blackwell Encyclopedic Dictionary, und Braun/Kaiser (1992): Energiewirtschaft, S. 372.

⁴ Zu den Anfängen der Computervernetzung vgl. Roth (2014): Ursprünge, sowie Krol (1995): Welt des Internet, S. 15f. Siehe auch Friedewald (2000): Experimentierfeld, und Salus (1995): Casting the Net.

⁵ 2014 zählte das Netz über 3 Milliarden Nutzer_innen. Vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/157868/umfrage/anzahl-der-welt-weiten-internetnutzer-nach-regionen/> (letzter Zugriff: 6.6.2014).

nen und Geräten in der erwähnten Industrie 4.0, die zu einer neuen Stufe der Flexibilisierung der Produktion und geschlossenen digitalen Wertschöpfungskette mit einem großen Marktpotenzial führen wird.⁶

Allerdings werfen diese absehbaren Strukturumbrüche erhebliche Probleme auf und sie haben soziale Folgewirkungen. Über deren genaue Dimension existieren recht unterschiedliche Vorstellungen, die von wachsender Marktkompetenz und Zunahme der kreativen Tätigkeiten bis hin zu gewaltigen disruptiven und zuweilen sogar dystopischen Prozessen reichen.⁷ Mit anderen Worten: Die Computerisierung oder Digitalisierung hat weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitswelt und betrifft unmittelbar deren Akteure, von denen die Arbeitnehmer_innen nicht an letzter Stelle zu nennen sind.⁸

Wie schon zuvor in den Perioden umfassender Transformation werden viele Arbeitsplätze verloren gehen und ganze Berufe und Branchen verschwinden oder einen anderen Aufgabenbereich erhalten. Die Diskussion darüber ist bereits voll entbrannt. Seit mehreren Jahren ist der Begriff der Disruption in aller Munde, also der kreativen Zerstörung mächtiger Konzerne und Industriezweige, auf deren Fundamente aus kleinen Anfängen eine neue Berufs- und Arbeitswelt entsteht.⁹

Nicht nur das: Statt zu einer Wohlstandsvermehrung für alle setzte sich das Prinzip „the winner takes all“ durch, während für viele nur mehr oder weniger prekäre Arbeitsverhältnisse übrig blieben.¹⁰ In der Erholungsphase nach der weltweiten Finanzkrise in den Jahren von 2007 bis 2009 seien keine neuen Arbeitsplätze entstanden, wofür in einem hohen Maß Industrieroboter verantwortlich gemacht werden.¹¹ Die Folgen seien eine beträchtliche Anzahl an Innovationsverlierer_innen

und mit ihnen eine Zunahme der Ungleichheit. Wir haben also eine Produktivitätssteigerung durch Automation, zugleich droht eine um sich greifende Arbeitslosigkeit. In diesem Kontext werden als Ergänzung zur forcierten Digitalisierung neben Forderungen nach einer Reduktion von Arbeitszeit auch Stimmen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen laut.¹²

Reichen Ziel und Rahmen dieses Appells zur Vorbereitung auf die anstehende Transformation aus? Wohl kaum. Es fehlt die soziale Verankerung, es fehlen Antworten auf die Frage nach handlungsfähigen Akteur_innen, um auch nur annähernd in die Nähe derartiger Zielperspektiven zu gelangen; und es fehlt das weite Feld der Politik. Wer soll die Einhegung des Kapitalismus durchsetzen? Wer soll die berühmten dicken Bretter bohren, von denen Max Weber gesprochen hat? Strukturumbrüche benötigen in der Regel mächtige Organisationen, große Plattformen und eine massenmediale Präsenz, mithilfe derer die Interessen der Betroffenen formuliert und in oft jahrzehntelangen Auseinandersetzungen und Kämpfen durchgesetzt werden.

Es gibt noch eine weitere Krux in der gegenwärtigen Diskussion: Sie wird ahistorisch und geschichtsvergessen geführt. In der Auseinandersetzung über die Zukunft der Arbeit und der Industrie wird weitgehend vernachlässigt, was die bisherigen Erfahrungen von Arbeitnehmer_innen in derartigen Umbruchphasen waren und wie sich ihre Lebensbedingungen in der *longue durée* der letzten zweihundert Jahre durch die großen Transformationen hindurch verändert haben. Die in der Vergangenheit erreichten Verbesserungen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis eines umfassenden und vor allem langfristigen politischen Engagements, das über mehrere Generationen hinweg in mühsam aufgebauten Organisationen kanalisiert und in der Effizienz gesteigert worden ist. Die erkämpften Ergebnisse haben bis heute trotz tiefer wirtschaftlicher und politischer Brüche und auch Rückschläge ein hohes Niveau erreicht. Die Nachhaltigkeit dieser Erfolge hat allerdings die Perioden des Forderns und Durchsetzens größtenteils vergessen lassen. Angesichts der sich seit gut sieben Jahrzehnten in mehreren Schüben vollziehenden und nun deutlich abzeichnenden erneuten grundlegenden Transformation der Arbeitswelt ist es angebracht, diese Zusammenhänge in eine langfristige Perspektive zu stellen.

In der vorliegenden Studie werden diese (ökonomischen) Transformationen, deren Wirkungen auf die Arbeit und das Leben der arbeitenden Menschen auf der einen Seite und das Agieren der Arbeiter_innen und ihrer Organisationen auf der anderen Seite auf die deutschen Staaten und Deutschland bezogen diskutiert. Der Rahmen der Vergleiche sind dabei jedoch häufig die USA oder der industrialisierte Westen.

⁶ Schätzungen des globalen Marktvolumens belaufen sich auf 2,1 Billionen Euro, vgl. Heng (2014): Industrie 4.0, S. 11–16. Literatur zum Thema Industrie 4.0 aus soziologischer Perspektive: Gausemeier u. a. (2016): Industrie 4.0; Kagermann u. a. (2013): Deutschlands Zukunft; Hirsch-Kreinsen (2014): Wandel von Produktionsarbeit; Hirsch-Kreinsen/Ittermann (2015): Digitalisierung industrieller Arbeit; Pfeiffer (2015): Auswirkungen von Industrie 4.0; Dengler/Matthes (2015): Digitalisierung; Boes/Kämpf (2012): Informatisierung; Frey/Osborne (2013): Future.

⁷ Vgl. etwa die Studien Bradley u. a. (2015): Digital Vortex, S. 1; Roth (2018): Die automatische Fabrik.

⁸ Diese Geschichte der Computerisierung beziehungsweise Digitalisierung ist nur in ihren Grundzügen bekannt, eine „kritische Historisierung des Informationszeitalters“ steht noch aus, vgl. zu Westdeutschland etwa Doering-Manteuffel/Raphael (2008): Boom, S. 71f., wohingegen an überlieferter (zeitgenössischer) Literatur kein Mangel herrscht. Vgl. einschlägig Kern/Schumann (1970): Industriearbeit; Kern/Schumann (1984): Arbeitsteilung? Wichtig ferner Altmann u. a. (1978): Betrieb; Jürgens/Naschold (1983): Arbeitspolitik; Volkholz (1981): Aufgabe; Fricke u. a. (1982): Betetiligen; Fricke/Schuchardt (1984): Beteiligung als Element; Brandt (1978): Computer; Benz-Overhage u. a. (1981): Computereinsatz; Benz-Overhage (1982): Technologien; Offe (1984): Arbeitsgesellschaft. Vgl. weiterhin die kritischen Reflexionen von Schumann (2013): Jahrhundert; Böhle (2017): Arbeit.

⁹ Einen guten Überblick und Einstieg in das Thema geben die Publikationen des Instituts für Geschichte und Zukunft der Arbeit. Zu nennen sind Kocka (2016): Thesen; Amlinger u. a. (2017): Deutschland 2040; Markert u. a. (2017): Geschichte; Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit (2018): Roboter; IGZA-Autorenteam (2018): Zeitsouveränität.

¹⁰ Brynjolfsson/McAfee (2014): The Second Machine Age, S. 300.

¹¹ Brynjolfsson/McAfee (2011): Race, S. 42.

¹² Vgl. Brynjolfsson/McAfee (2011): Race; Brynjolfsson/McAfee (2014): The Second Machine Age, S. 278f.

2

DAS 19. JAHRHUNDERT

2.1 EINE NEUE SCHICHT ENTSTEHT:
VON „ARBEITER_INNEN“ UND
„ARBEITNEHMER_INNEN“

Im Zentrum der derzeitigen Diskussion stehen die Arbeitnehmer_innen. Wer aber ist das genau?¹³ Als Arbeitnehmer_in wird eine Person bezeichnet, die einer abhängigen Beschäftigung nachgeht und für ihre Tätigkeit Geld in Form von Lohn (auch Gehalt oder Honorar) erhält. In der modernen bürgerlichen Gesellschaft basiert dies auf einem mündlich oder schriftlich geschlossenen Vertrag, in dem die Bedingungen der Tätigkeit, die Dauer und die Höhe der Bezahlung festgelegt sind. Dieser Vertrag unterliegt den normativen Festlegungen der jeweiligen Zeit. Die Bestimmungen können im Streitfall rechtlich geprüft und im Zweifelsfall vor Gericht eingeklagt werden. Ganz wichtig ist dabei: Der Vertrag wird immer auf Zeit geschlossen und ist von beiden Seiten kündbar. Die Bedingungen dafür sind Bestandteil des Vertrags. Das unterscheidet das moderne Arbeitsverhältnis ganz wesentlich von den früheren patriarchalisch bestimmten Arbeitsverhältnissen wie etwa den Beziehungen zwischen Sklavenbesitzer und Sklave, Grundherr und Lehensnehmer, Meister und Geselle oder Hausherr und Gesinde. In diesen Beziehungen ist das Recht, das Verhältnis aufzukündigen, eingeschränkt oder ganz aufgehoben. Diese sich in annähernd zweihundert Jahren herausgebildete Sozialformation der Arbeitnehmer_innen beruht auf grundlegenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Sie waren und sind durchaus nicht gewaltlos, doch in der gegenwärtigen modernen bürgerlichen Gesellschaft durch Recht und Gesetz einigermaßen pazifiziert worden, ebenfalls ein Novum in der Geschichte und eine große kulturelle Leistung.¹⁴

¹³ Über die Industrialisierung und die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Kultur gibt es eine breit gefächerte Spezialliteratur. Die Sozial- und Alltagsgeschichte war zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren ein Schwerpunkt geschichtswissenschaftlicher Forschungen. Nach einer Phase der Krise in den 1990er-Jahren wurden von der Sozialgeschichte viele neue methodische Anregungen aufgegriffen, die ihrerseits zu neuen Ergebnissen führten. Die vorliegende Darstellung der Entwicklung der Lebenslagen von Arbeiterinnen und Arbeitern seit Mitte des 19. Jahrhunderts beruht auf dieser breit gefächerten Debatte. Grundlegerend für die Studie waren folgende Werke, auf die nicht mehr im Einzelnen verwiesen wird: Kocka (1990): Stand; Kocka (1990): Arbeitsverhältnisse; Kocka/Schmidt (2015): Arbeiterleben; Ritter/Tenfelde (1992): Arbeiter; Schmidt (2018): Brüder; Winkler (1984): Revolution; Winkler (1990): Normalität; Winkler (1990): Katastrophe. Auf zusätzliche Spezialliteratur wird jeweils im Text verwiesen.

¹⁴ Vgl. kurz und knapp dazu Kocka (2017): Kapitalismus.

Zu den Rahmenbedingungen gehören ferner ganz wesentlich die allgemeinen Menschenrechte und die Rechtsnormen der bürgerlichen Gesellschaft, die von Land zu Land variieren können. In Deutschland werden diese Rechtsnormen gegenwärtig erstens vom Grundgesetz und den davon abgeleiteten Rechtsnormen, zweitens von den Wirtschafts- und Sozialrechtsnormen der EU sowie drittens von den Menschenrechtsfestlegungen des Europarats und der UNO bestimmt. Zentral ist: Die Arbeitnehmer_innen in der modernen Welt können gehen, und zwar individuell mit der Kündigung, organisiert in Form des Streiks oder im Strom der Auswanderer und Migranten. Das ist der erste und sehr mächtige Hebel zur Gestaltung der Sozialbeziehungen, der von jedem Arbeitnehmer oder jeder Arbeitnehmerin benutzt werden konnte, als zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Freizügigkeit als demokratisches Recht eingeführt wurde.¹⁵

Die unsere heutige bürgerliche Gesellschaft wesentlich bestimmende Schicht der Arbeitnehmer_innen subsumiert verschiedene Sozialgruppen, von denen als wichtigste die Arbeiter_innen, die Angestellten und die Beamt_innen zu nennen sind. Sie umfasst also alle, die sich einer „frei“ verhandelten Arbeitsbeziehung unterwerfen. Ihre sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind mit ihrer gegenwärtigen kulturellen Akzeptanz und ihren breiten rechtlich fundierten sozialen und wirtschaftlichen Absicherungen keine schon immer gegebene Selbstverständlichkeit. Die Schicht der Arbeitnehmer_innen ist in ihrem heutigen Zuschnitt sogar relativ jung und in einem rund zweihundert Jahre andauernden Prozess entstanden. Faktisch alles, was heute als selbstverständlich erachtet wird – Gleichberechtigung, soziale Anerkennung, politische Rechte, der im globalen Vergleich sehr hohe Lebensstandard, soziale und wirtschaftliche Absicherung –, war es früher nicht.

¹⁵ Damit verbunden sind die Themen Mobilität und Migration, aber auch der Arbeitskampf. Alle drei Ebenen spielten gerade in Deutschland eine zentrale Rolle – namentlich die Auswanderung von mehr als sechs Millionen sozial Minderprivilegierten im 19. Jahrhundert, also Bauern, Handwerker, Gesellen, Gesinde, Tagelöhner und Arbeiter. Vgl. zur Bedeutung der Auswanderung Roth (2005): Amerika.

Tabelle 1
Zahl und Anteil der Arbeiter_innen an den Erwerbstätigen im Gewerbesektor 1875 bis 1907 (Deutsches Reich)

Berufsgruppe	1875		1907	
	Arbeiter		Arbeiter_innen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
III. Bergbau, Hüttenwesen usw.	412359	95,2	903156	93,8
IV. Industrie der Steine und Erden	265555	79,0	644604	90,2
V. Metallbearbeitung	248111	59,1	993927	83,8
VI. Maschinen, Werkzeuge etc.	226876	70,5	700184	77,2
VII. Chemische Industrie	40070	77,5	122115	76,9
VIII. Leuchtstoffe, Fette, Öle	30798	72,5	57176	75,4
IX. Textilindustrie	526631	56,8	856522	81,0
X. Papier und Leder,				
ab 1882: X. Papier	92019	49,1	173004	83,7
XI. Leder			158413	72,2
XII. Holz und Schnitzstoffe	214248	46,2	571549	72,5
XIII. Nahrungs- und Genussmittel	438481	63,3	789615	70,0
XIV. Bekleidung und Reinigung,				
ab 1907:				
XIV. Bekleidung	290278	27,6	707143	42,7
XV. Reinigung			143719	53,1
XV. (XVI.)				
Baugewerbe	243706	52,2	1571154	82,4
XVI. (XVII.)				
Polygraphisches Gewerbe (Vervielfältigung)	44541	79,9	163322	82,5
XVII. (XVIII.) Künstler				
künstlerische Betriebe	7645	57,1	22076	59,9

Quelle: Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, Tabelle 9, S. 168.

2.2 ARBEITER INNEN UND ANGESTELLTE – UNTERSCHIEDLICHE FORMEN LOHNABHÄNGIGER BESCHÄFTIGUNG

Gegenwärtig bilden die Arbeitnehmer_innen in allen westlichen Staaten und weit darüber hinaus die größte soziale Formation. Diese Arbeitnehmer_innen sind einerseits im Zuge der europäischen industriellen Revolution aus minoritären Gruppen der auslaufenden Feudalgesellschaften entstanden, andererseits aus den massenhaften Auswanderungsvorgängen in andere Teile der Welt wie nach Nordamerika, Lateinamerika, Australien und Neuseeland. Der Typus der Arbeitnehmer_innen verbreitete sich im Zuge vieler nachholender Industrialisie-

rungen in zahlreichen weiteren Ländern Osteuropas, Asiens und Afrikas und damit über die ganze Welt.¹⁶

Der Prozess der Herausbildung der Schicht der Arbeitnehmer_innen – hier insbesondere die Sozialformation der Arbeiter_innen – ist in den letzten vierzig Jahren sehr gut untersucht worden, nicht zuletzt auch für die deutschen Staaten bis 1871 und das Deutsche Reich. Ab 1800 speiste sich die entstehende Schicht der Arbeiter_innen aus vielfältigen Formen von Unter-

¹⁶ Vgl. etwa Komlosy (2014): Arbeit; Kocka/Offe (2000): Geschichte; Eggebrecht/Flemming (1998): Geschichte.

schichten oder generell den zahlreichen Varianten von Armen. An erster Stelle sind die Almosenempfänger_innen wie auch Bettler_innen und Vagant_innen zu nennen. Dazu kamen spätestens nach den Agrarreformen mit ihren sozialen Folgen auch landlose Kleinbauern, Gesinde und Landarbeiter_innen, wiederum mit den Sonderformen der Häusler oder Eigenkätner, den Insten oder Gutstagelöhnern oder den Heuerlingen, „Scharwerkern“ und den „Hofgängern“. Einen weiteren Zustrom bildeten die traditionellen Beschäftigungsverhältnisse in den Städten: Gesinde und Gesellen sowie erste Ansätze von freien Lohnarbeiter_innen in den Heimgewerben und Manufakturen sowie natürlich den ersten Fabriken. Nicht zu vergessen sind dabei die Frauen in der Landwirtschaft, im Tagelohn und im Heimgewerbe sowie im Handwerk, die sich ebenfalls in den großen Strom der werdenden Arbeiter_innenklasse einreihen.

Die treibenden Kräfte hinter den Verschiebungen und strukturellen Umbrüchen an den unteren Enden des Sozialgefüges der beiden zahlenmäßig dominanten Schichten der damaligen Bevölkerung, der Bauern und der Handwerker (schon aus rechtlichen Gründen ausschließlich Männer), waren die demografische Transformation und das damit verbundene rasche Bevölkerungswachstum einerseits sowie die Verstärkung und die beginnende Industrialisierung andererseits. Als Folge daraus entstand in den Jahrzehnten von 1840 bis 1870 die deutsche Arbeiter_innenklasse als wesentlicher und längere Zeit dominanter Teil der modernen Lohnarbeit in der industriellen Arbeitswelt.

Es dauerte geraume Zeit, bis sich aus den nach Herkunft und Branchen ganz unterschiedlichen Gruppen die nicht mehr an patriarchalische Hauswirtschaften gebundene Gruppe der Lohnarbeiter_innen mit einer umfassenden Arbeiter_innenidentität herausbildete, die über die Berufs- und Branchengrenzen hinaus die gemeinsame Funktion in einer neuen Produktionsweise und in gemeinsamen von Fabrikordnungen und Lohnhöhen bestimmten Lebensschicksalen erblickte. Noch lange gründete sich auf der gemeinsamen Lohnarbeit zwischen den einzelnen Gruppen der Heim-, Manufaktur- oder Fabrikarbeiter_innen sowie der Zigarrenarbeiter_innen, Buchdrucker, Eisenbahnbauarbeiter, den korporativen Bergarbeitern, den Arbeiter_innen in der Hüttenindustrie oder denen der Maschinenbauabriken oder anderer Produktionsstätten der Massenfabrikation keine gemeinsame Aktivität oder organisiertes Verhalten. Erst Jahre nach der Jahrhundertmitte kristallisierten sich universelle Charakteristika heraus. Sie wurden von der Arbeiter_innengeschichte der letzten dreißig Jahre für den Kern der Arbeiter_innenklasse in sechs Merkmalen zusammengefasst: Lohnarbeit, Maschinisierung und Zentralisation der Arbeitsumgebung, dazu Besitzlosigkeit, Einbindung in ein Herrschaftsverhältnis mit ausgeprägten Hierarchien und der „Kragenlinie“ als relativ strikte Abgrenzung zu den administrativen und höherwertigen Arbeitsplätzen in den Bereichen der kaufmännischen und innovativen Tätigkeitsfelder der neuen Industrien. Dazu kamen generationelle wie geschlechtsspezifische Charakteristika der Fabrikarbeit.

Eindrücklich ist im 20. Jahrhundert das Wachstum des sekundären Sektors der Wirtschaft mit einem Trend zu immer größeren Produktionseinheiten nachzuverfolgen. Waren in der ge-

werblichen Wirtschaft im Jahr 1875 rund 6,5 Millionen Menschen in etwa 3.200 Betrieben beschäftigt, waren dies 1907 14,4 Millionen in 3.400 Betrieben und 1987 22 Millionen in nur noch knapp 2.400 Betrieben.¹⁷

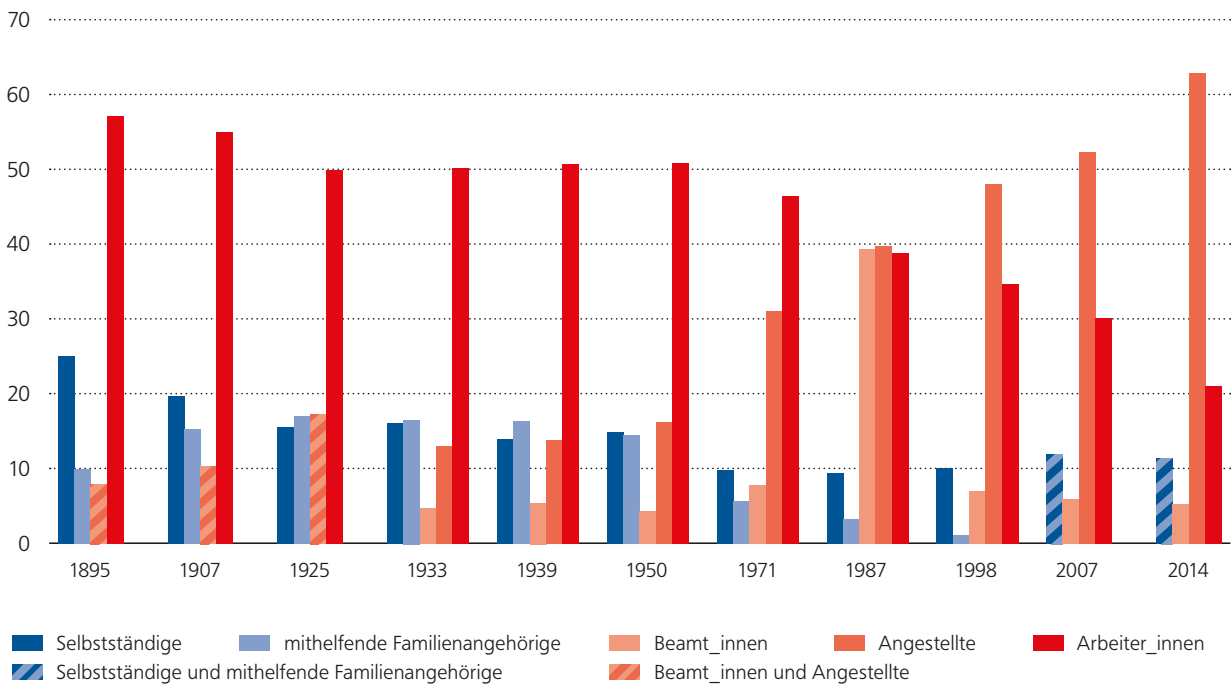
Eine Betrachtung der langfristigen Entwicklung des relativen Anteils von erstem Sektor (Landwirtschaft), zweitem (Gewerbe und Industrie) und drittem Sektor (Dienstleistung, Handel, Banken und Versicherung sowie Verkehr und Transport) der Wirtschaft zeigt dagegen, dass Mitte der 1840er-Jahre mit fast 60 Prozent die Landwirtschaft dominierte. Jeweils 20 Prozent entfielen auf den sekundären und tertiären Part. Seitdem hat sich das Verhältnis erheblich verschoben: Die Landwirtschaft ist faktisch bedeutungslos geworden (ein oder zwei Prozent aller Beschäftigten sind dort vertreten), gleichzeitig ist in diesem Sektor eine gewaltige Steigerung der Produktivität zu verzeichnen. War es bis in die 1960er-Jahre hinein vor allem der sekundäre Sektor, der Beschäftigte in großer Zahl integrierte, und weniger der tertiäre Sektor, so hat sich diese Relation ab den 1970er-Jahren umgekehrt: Seit rund fünf Jahrzehnten ist es vor allem der tertiäre Sektor, der immer mehr Beschäftigte aufnimmt, und heute arbeiten rund zwei Drittel aller Beschäftigten dort, während es in Gewerbe und Industrie nicht einmal mehr 30 Prozent sind.

Die Verschiebungen zwischen den Sektoren zeigen jedoch noch nicht die innere Gliederung und die unterschiedlichen Formen der lohnabhängigen Beschäftigten beziehungsweise der Arbeitnehmer_innen. Der Blick hierauf differenziert nicht zwischen Arbeiter_innen und Angestellten oder blendet das Verhältnis ganz aus. Diese Sichtweise greift allerdings zu kurz, denn parallel zu den Arbeiter_innen entwickelte sich in den Industrie-, Handels- und Dienstleistungssektoren eine weitere Schicht, die Schicht der Privatbeamten (hier nur Männer). Sie wurden später summarisch als Angestellte bezeichnet und nahmen in vieler Hinsicht wie die Beschäftigten des Staats, die Beamt_innen, lange Zeit eine Sonderstellung ein. Die Kluft zwischen beiden Formen der Lohnabhängigkeit war in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu Beginn sehr groß. Die Angestelltentätigkeit fand in einer ruhigen und sauberen Büroumgebung statt, es gab wenig körperliche Arbeit wie schweres Heben, es überwogen intellektuelle Arbeiten wie Kalkulation, Auswertung und Kontrolle sowie schreibende und kommunikative Aktivitäten bei geringem Maschineneinsatz und nicht zuletzt wurden Angestellte auch lohnmäßig höher eingruppiert. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal war die völlig verschiedene Arbeitskleidung.¹⁸ Diese Trennung beider Formen der Lohnabhängigkeit wurde mit dem Begriff „Kragenlinie“ bezeichnet, was der angelsächsischen Unterscheidung von „blue- and white-collar workers“ gleichkommt. Ein wesentlicher Aspekt bestand in der Teilhabe vieler Angestellter am Herrschafts- und Informationssystem des Unternehmens. Dem entsprachen rechtsliberale und konservative politische Einstellungen und eine programmatische Ausrichtung auf eine Stärkung von mittelständischen Positionen. Das führte politisch aktive Angestellte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

¹⁷ Rahlf (2015): Deutschland in Daten, S. 262.

¹⁸ Um die Einordnung der Angestellten wurde eine jahrzehntelange Debatte geführt. Vgl. etwa Weber-Menges (2004): „Arbeiterklasse“; Geißler (2002): Sozialstruktur, S. 205; Kocka (1981): Die Angestellten.

Abbildung 2
Erwerbstätige nach Stellung im Beruf von 1895 bis 2014
 (in Prozent aller Erwerbstätigen, Deutsches Reich und Bundesrepublik Deutschland)



Quellen: Hohorst u. a. (1975): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 2, S. 66; Petzina u.a. (1978): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. 3, S. 55; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955, S. 109; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1988, S. 100; http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV10.pdf (27.9.2019).

in das Lager der Rechten und am Ende in die nationalsozialistische Bewegung, während die politisch aktiven Arbeiter_innen eher zur Sozialdemokratie tendierten.

Insgesamt hielt diese Charakterisierung der Angestellten jedoch kaum Schritt mit dem Wandel dieser Schicht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es zeigte sich nämlich, dass die Lohnabhängigkeit als der hauptsächlichste Charakterzug im Lauf der Zeit die anderen Eigenheiten übertraf und es nach dem Krieg einen deutlichen Anpassungsprozess zwischen beiden Schichten gab – und zwar von beiden Seiten aus. Die Privilegien der Angestellten schwanden vor allem deshalb, weil sie in der Nachkriegsgesellschaft in Bezug auf Einkommen, Lebensstandard, Urlaub, Sozialversicherungsleistungen und Karenztage im Krankheitsfall Allgemeingut aller Arbeitnehmer_innen wurden. Das anhaltende Schwinden der Gegensätze zieht sich in den sieben Nachkriegsjahrzehnten wie ein roter Faden durch die Betriebs- und Personalratsarbeit in den betrieblichen Interessenvertretungen. Alle diese Elemente sind Meilensteine im sozialen Aufstieg der Arbeiter_innen auf den hohen Standard der Angestellten und das zeigt den Wandel im Selbstverständnis dieses Teils der Arbeitnehmerschaft.

Einen wichtigen Beitrag zur Aufhebung dieser Trennung leistete in Deutschland das 2003 zwischen IG Metall und Arbeitgeberverband Gesamtmetall geschlossene Entgelt-Rahmenabkommen (ERA), das für alle Beschäftigten eine einheitliche Tariflohnstruktur schuf. In der deutschen Rentenversicherung

wurde die formelle Unterscheidung zwischen Arbeiter_innen und Angestellten im Jahre 2005 abgeschafft.¹⁹

Diese Angleichung, Anpassung oder Annäherung hat dazu geführt, dass von den früheren sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden kaum noch etwas übrig geblieben ist. Als am dauerhaftesten erwiesen sich die politischen und kulturellen Eigenheiten und das habituelle Verhalten beider Arbeitnehmer_innengruppen. Auf der anderen Seite gibt es aufgrund der sektoralen Verschiebungen in der Wirtschaft und mit dem Aufstieg des tertiären Sektors immer mehr Angestellte. Zugleich nimmt der Anteil der Angestellten auch im sekundären Sektor zu.²⁰ Diese Entwicklung hat sich in den letzten vier Jahrzehnten dramatisch zugespitzt und zu einer Umkehrung in den Mehrheitsrelationen zwischen Arbeiter_innen und Angestellten geführt. Noch deutlicher wird dies, wenn die letzten einhundertzwanzig Jahre in den Blick genommen werden. Kamen anfangs auf 8 Angestellte 57 Arbeiter_innen, so stehen heute 63 Angestellten nur 21 Arbeiter_innen gegenüber. Einschließlich der Beamten liegt das Verhältnis bei 68 zu 21. Kurz vor dem

¹⁹ Vgl. die Arbeiten von Halberstadt (1991): Die Angestellten; Müller (2011): Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.

²⁰ Kurz vor der Milleniumswende waren rund die Hälfte aller Erwerbstätigen Angestellte. Im sekundären Sektor jedoch betrug ihr Anteil nur knapp 24 Prozent. Die meisten Angestellten finden sich im tertiären Sektor, fast zwei Drittel der Erwerbstätigen dort oder 63,7 Prozent. Weber-Menges (2004): „Arbeiterklasse“, S. 48.

Jahrtausendwechsel waren rund die Hälfte aller Erwerbstätigen Angestellte. Auf der anderen Seite ist ebenfalls von großem belang: Der Anteil der Lohnabhängigen an den Erwerbstätigen stieg von 65 auf 89 Prozent! Im Zeitraum von 1950 bis 2011 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen von 20 Millionen auf fast 40 Millionen, was nur zu einem Teil der Wiedervereinigung geschuldet ist.

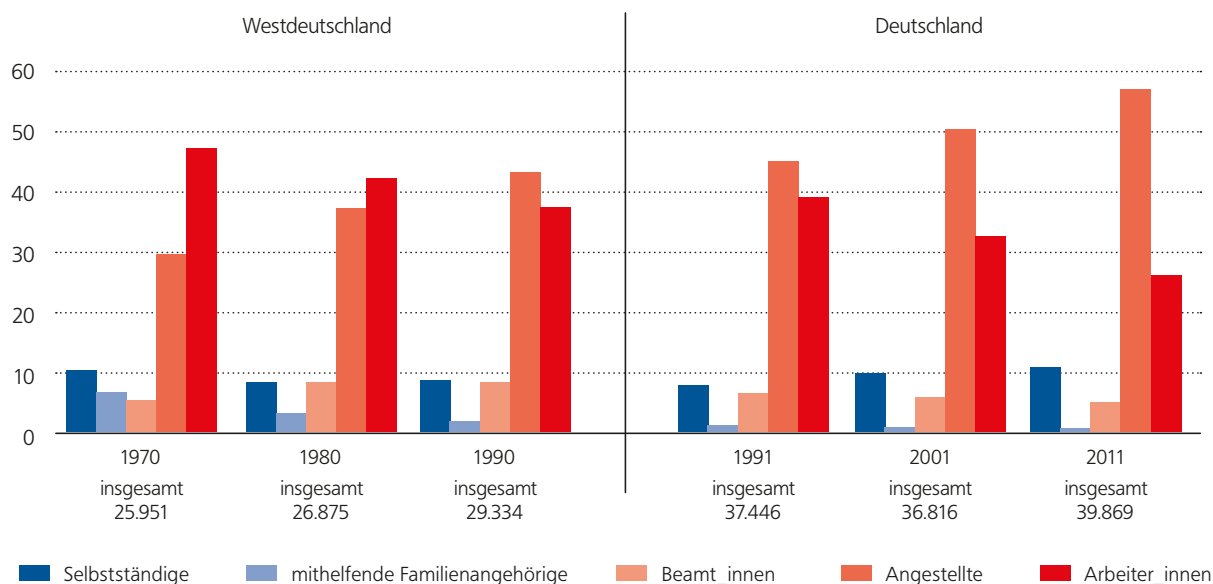
Das Bild ändert sich nicht, wenn die absoluten Relationen betrachtet werden. Waren von den 26 Millionen Erwerbstätigen der Bundesrepublik im Jahr 1970 nur rund 30 Prozent im Angestelltenstatus und fast 50 Prozent Arbeiter_innen, so hatte sich das Verhältnis nach vierzig Jahren mehr als deutlich umgekehrt. Von den fast 40 Millionen Erwerbstätigen im Jahr 2011 waren nach wie vor nur 11 Prozent selbstständig (ca. 4,4 Millionen), dafür aber 57 Prozent in einem Angestelltenverhältnis (ca. 24 Millionen) und nur noch 26 Prozent oder 10,4 Millionen fallen in die Kategorie Arbeiter_innen. Der Rest verteilt sich auf Beamten_innen (2 Millionen) und mithelfende Familienangehörige (ca. 250.000). Diese langfristigen Verschiebungen zwischen den Sektoren der Wirtschaft einerseits und den Gruppen innerhalb der Arbeitnehmer_innen dürfen bei einer sorgfältigen Prüfung der Erfahrungen der Arbeitnehmer_innen in Phasen großen Wandels nicht unterschätzt werden. In den ersten einhundert Jahren haben die Angestellten von den Existenzrisiken, die mit dem Leben als Arbeiter_in im 19. Jahrhundert untrennbar verbunden waren, kaum etwas zu spüren bekommen, vielmehr konnten sie sämtliche Privilegien einer bevorzugten Schicht genießen. Dies sollte insbesondere dann in Betracht gezogen werden, wenn über die politischen Programme und Zukunftsvorhersagen in der frühen Arbeiter_innenbewegung gesprochen wird.

2.3 DAS ELENDE AM BEGINN DER GROSSEN TRANSFORMATION

Die ursprünglich dominierende Sozialformation der Arbeiter_innen entstand in der großen Transformation von der vormoderne zur industriellen Arbeitswelt. Dieser Prozess war begleitet von der Ausbreitung der Armut und vielen Formen der Not, deren Phänomene von den Zeitgenossen unter dem Begriff des Pauperismus (lat. „Armut“) zusammengefasst wurden. Existenzielles Risiko war eines der grundlegenden Merkmale der Lebenslage der Arbeiter_innen, was gleichbedeutend war mit Mangelernährung, dürtiger Bekleidung, schlechten Wohnlagen, kaum Freizeit und so gut wie kein Geld für Bildung und Unterhaltung.

Der spätestens nach dem Ende der „Befreiungskriege“ am Beginn des 19. Jahrhunderts gewünschte Umbau der Wirtschaft nach englischem Vorbild in fast allen deutschen Staaten und die angestrebte Effizienzsteigerung der wirtschaftlichen Basis eines jeden Landes benötigte Millionen von Arbeitskräften. Sie standen aufgrund der demografischen Umbrüche und den Umstrukturierungen in der Landwirtschaft strukturell auch zur Verfügung. Die Freisetzung der Menschen auf dem Land verlief parallel zum großen Wandel im Agrarsektor. Die Zahl der vom Grundherren abhängigen Bauern ging zurück und an ihre Stelle traten selbstständige Bauernwirtschaften, die über eigenes Land verfügten (Befreiung der Bauern). Allerdings verlief der Prozess des Übergangs von der autoritär und patriarchalisch geprägten feudalen Agrargesellschaft bei den Schichten, aus denen die Arbeiter_innen hervorgingen, völlig unregelt. Die Auflösung der traditionellen Strukturen und Freisetzung

Abbildung 3
Erwerbstätige nach Stellung im Beruf
Anteile in Prozent, 1970 bis 2011



von Menschen richtete sich nicht nach dem Bedarf der neu entstehenden Fabriken, sondern nahm mit der Erosion patriarchalischer Bindungen einen chaotischen Verlauf.

Bei alledem war der Wandel von der ebenfalls patriarchalisch, handwerklich und städtisch geprägten Gewerbewirtschaft hin zur modernen kapitalistischen Industriegesellschaft mit dem Schwerpunkt auf Produktion und Distribution in einer hochgradig industrialisierten Gewerbewirtschaft ein großes Thema der damaligen öffentlichen Auseinandersetzungen.²¹ Aus den Freisetzungen großer Bevölkerungsteile, die ihr Auskommen nicht mehr in den traditionellen Wirtschaftseinheiten auf dem Land und in den Städten fanden, gingen nicht automatisch neue Arbeitsbeziehungen in der Fabrikindustrie oder zusätzliche Stellen im Zwischenhandel, im neuen Kleingewerbe oder in den neuen Dienstleistungen hervor.

Der strukturelle Umbruch der alten Gesellschaft auf der einen und die Investitionen in Fabriken mit der Aussicht auf außergewöhnliche Gewinne auf der anderen Seite verliefen weitgehend unabhängig voneinander. So fielen die freigesetzten Bauern und ihre Familien meistens erst einmal ungemildert in große Armut. Die Ungleichheit in der Gesellschaft nahm in der Zeit zwischen 1800 und den 1860er-Jahren durch das rasche Wachstum dieser „Pauper“, auch Proletarier_innen oder Prekariat genannten Bevölkerungsgruppen extrem zu. Im Leben dieser Übergangsschichten hin zur Klasse der Arbeiter_innen herrschte Knappheit an allen notwendigen Gütern. Hunderttausende und Millionen Menschen lebten von der Hand in den Mund, in den Jahrzehnten zwischen 1800 und 1850 bedrohte existenzielle Armut nicht weniger als die Hälfte der Bevölkerung. Dieser dramatische gesellschaftliche Wandel bestimmte dann auch die Lebenssituation der ersten drei Generationen von Arbeiter_innen. Sie hatten kaum Möglichkeiten, ihr Leben zu gestalten, und waren stets von Krankheit, Unfall und den Risiken des Alterns bedroht. Politisch war die entstehende Schicht weitgehend entmündigt und ihre politische Minderprivilegierung hielt auch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts an. Das Massengelend ist ein sich durchziehendes Charakteristikum der ersten fünf bis sechs Generationen der neuen Schicht von Arbeiter_innen.²²

2.4 HAUSHALTSRECHNUNGEN VON ARBEITERFAMILIEN

Das Dasein als Proletarier_in im 19. Jahrhundert, das hieß in hohem Maße davon abhängig zu sein, eine Stelle zu finden und sie so lange zu halten, bis eventuell eine etwas bessere ausgemacht werden konnte. Viele Menschen befanden sich jahrelang auf Wanderschaft und waren doch oftmals erfolglos in der Suche nach Arbeit.²³ Die Übernahme einer Arbeit in der Fabrik bedeutete außerdem die Unterwerfung unter einen in Fabrikordnungen festgelegten autoritären Kanon von Disziplinierungsgeboten und unter ein System von Maßregeln und Strafen, die vom Lohnabzug bis zur Entlassung reichen konnten.

Große Teile des Geldes wurden benötigt, um die absolut notwendigen Lebensmittel einzukaufen und die ärmliche Kleidung zu beschaffen. Allein die Hälfte des Einkommens musste für den Kauf von Lebensmitteln aufgebracht werden. Ein Sechstel wurde für den Ersatz verschlissener Kleidung benötigt. Daneben drückten die Ausgaben für eine Behausung. Die Wohnungsmiete verschlang ein Sechstel bis zu einem Viertel der Einnahmen. Hinzu kam ein Zwanzigstel für den Kauf von Holz oder Kohle zum Heizen. Jede zusätzliche Ausgabe konnte Verschuldung und langes „Abstottern“ in kleinen Rückzahlungsraten bedeuten. Diese prekären Lebensverhältnisse und -perspektiven waren es, die die verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen miteinander verbanden.

Da der Bau von bezahlbarem Wohnraum weit hinter der Nachfrage zurückblieb, nahmen die Ausgaben dafür sogar zu. Der Grund für die große Wohnungsnot in vielen Städten lag im permanenten Zustrom von armer Bevölkerung. Es herrschte Angebotsknappheit vor allem auf dem Markt für kleine Wohnungen mit bezahlbaren Mieten, der somit trotz erheblicher Bauaktivitäten leer gefegt war. Der Wohnungsbau für die Massen der Bevölkerung blieb für Jahrzehnte weit hinter dem Bedarf zurück. Die Folge waren kleine, enge und oft desolate und hygienisch defizitäre Wohnungen. Es war ein Leben auf engstem Raum mit zusätzlichen Untervermietungen und Fremdbelagungen, etwa an die „Schlafgänger“, um sich auf diese Weise die Mietkosten zu teilen. Die Wohnungsfrage war ein ständiges Problem der rasant wachsenden Schicht der Arbeiter_innen in den neuen urbanen Siedlungsräumen, in denen sich die Industrie konzentrierte. Und sie blieb bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ungelöst. Für alle über Miete, Heizen, Essen und Kleidung hinausgehenden Aufwendungen musste gespart werden. Für Bildung und Kultur, für die Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt, an dem regen Vereinsleben, den Theater- und Musikaufführungen und selbst für einfache Vergnügen und Erholung standen selbst besser verdienenden Arbeiter_innen faktisch keine Mittel zur Verfügung.

Mehr noch: Schon das Aufrechterhalten dieses niedrigen Lebensstandards eines Arbeiter_innenhaushalts nahm die ganze Kraft des oder der Verdiener_innen in Anspruch. Freie Zeit war auf ein absolutes Minimum eingeschränkt, weil die Arbeitszeit

²¹ Vgl. etwa die Diskussion bei den Handelskammern im Rheinland in Boch (1991): Wachstum?

²² Die elendige Lebenssituation war jedoch erst in den letzten fünfzig Jahren Gegenstand einer intensiveren Betrachtung seitens der historischen Forschung. Vorher war das Schicksal der Millionen Entwurzelten den Historikern im Beamtenstatus für mehr als hundert Jahre kaum eine Zeile wert. Vgl. Roth (2006): *Tempi passati*. Zum Pauperismus vgl. Kocka (1990): Stand.

²³ Vgl. hier auch Bromme (1971): *Lebensgeschichte*. Vgl. exemplarisch zur Wohnsituation Adler (1904): *Wohnungsverhältnisse*.

außerordentlich lang war. Im Durchschnitt dauerte die Arbeitswoche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über 80 Stunden. Am Ende des Jahrhunderts pendelte sie sich auf einen 10-Stunden-Tag ein und manchmal wurde dann auf Druck der Arbeiter_innen und der Kirchen der Sonntag freigegeben. Erst das Arbeiterschutzgesetz von 1891 verbot die Sonntagsarbeit. Zu den defizitären Löhnen und den langen Arbeitszeiten kamen kaum kalkulierbare Daseinsrisiken im Fall zusätzlicher Aufwendungen für eine Familie mit Kindern, für den Krankheitsfall, für das Altern der in Lohn stehenden Familienmitglieder. Wobei das Altern aufgrund der oftmals sehr schweren Arbeit und der gesundheitsschädigenden Ausgestaltung der Arbeitsplätze schon viel früher einsetzte als heute. Mangelhafter Schutz vor Unfällen, Hygiene, Kälte, Hitze, Staub, Giftstoffe und vor allem das schwere Heben und Tragen ließen die Arbeitskraft früh schwinden. Bessere Arbeitsstellen konnten so nicht mehr erreicht werden, wodurch oft bereits nach der Vollendung des 40. Lebensjahres die Einkommen sanken. Ein Alter jenseits der 70 wurde kaum erreicht. Die Sozialversicherungsstatistik für Frankfurt am Main, um 1910 eine Stadt mit über 400.000 Einwohnern, verzeichnet für das Jahr 1909 gerade einmal 50 Arbeiter, die jenseits dieser Grenze Altersrente bezogen. Die Masse der Arbeiter_innen kannte Renten damals nur als Bezieher von Unfallrenten (in Frankfurt waren es 1909 600 Personen), um die wiederum meist hart gestritten werden musste.²⁴

Verschlimmert wurde die Situation noch dadurch, dass kaum ein Weg aus diesem Elend herauszuführen schien. Das Arbeiter_innenmilieu war von kaum zu überwindenden Grenzen umgeben, innerhalb derer die missliche Lebenslage immer wieder neu reproduziert wurde. Dazu gehörte die segregierte Wohnlage in den Elendsquartieren der Stadt, ferner der beschränkte Zugang zu Bildung, die außerhalb der Grundschule Geld kostete. Dazu kamen die Sprache, die den Arbeiter_innen als Makel anhaftete und von den distinguierten Codes der Mittelschichten unterschied, und der Militärdienst, der in erster Linie Gehorsam gegenüber Autoritäten einforderte. Zusammen mit den geringen materiellen Mitteln und der fehlenden Freizeit bei einer über 80-stündigen 7-Tage-Woche in der Fabrik führte dies zu einer Lähmung aller Ambitionen in Hinblick auf soziale Mobilität, sprich: Aufstieg aus den Niederungen der Gesellschaft. Karrieren von Arbeiter_innen waren die Ausnahme und selbst der Aufstieg in engen Grenzen vollzog sich meist über mehrere Generationen. Die Arbeiter_innen waren von den Sonnenseiten der bürgerlichen Lebenswelt ausgeschlossen und Staatsbürger_innen zweiter Klasse. Daran änderte sich bis zum Ersten Weltkrieg und weit ins 20. Jahrhundert hinein trotz steigender Löhne nicht allzu viel.

²⁴ Roth (1991): Gewerkschaftskartell.

3

GEGENWEHR

3.1 ERSTE REAKTIONEN AUF DAS ELEND

Die Arbeiter_innen oder die Sozialgruppen, denen ein Absturz ins Elend der Pauper drohte, nahmen dies nicht einfach hin, sondern lehnten sich gegen das vorgezeichnete Schicksal auf. Es gab vielfache Weigerungen, den Gang in die Fabrik anzutreten. Bekanntestes Beispiel in Deutschland ist der Aufstand der Weber in Schlesien gegen die Bedingungen des Verlagswesens.²⁵ Doch das war keineswegs der wichtigste Protest. Da sich diese Situation für lange Zeit kaum erkennbar änderte, stimmten viele Arbeiter_innen mit den Füßen ab. Nachdem sie das Recht zu gehen, die Freizügigkeit, erhalten hatten, entschieden sie sich zusammen mit mehreren Millionen Bauern und Handwerkern im 19. Jahrhundert für die Auswanderung. Dieser Wunsch ließ sich durch die Industrialisierung der Transport- und Verkehrsmittel im 19. Jahrhundert auch viel leichter verwirklichen als in den Jahrhunderten zuvor. Hier wirkten Eisenbahn, Dampfflusschiffahrt und die Modernisierung der Segel- und dann der Ozeandampfschiffahrt im wahrsten Sinne des Wortes befördernd.²⁶ Die Gesellschaften wurden in aller Welt volatiler als in früheren Zeiten. Europäer_innen waren die ersten, die dieses als Privileg in großem Ausmaß in Anspruch nahmen. Sie verteilten sich auf andere Kontinente und trugen die Mechanismen der Auflösung, Kolonisierung und Dynamisierung traditionaler Gesellschaften mit sich. Sie setzten die industrielle Form der Massenmigration in Gang, die bis heute anhält. Somit pendelten die Arbeiter_innen für fast einhundert Jahre zwischen Binnenmigration und Auswanderung. Und mit der Auswanderung wurden auch die sozialen Probleme exportiert.²⁷ Flucht war die erste Reaktion auf die große Transformation von der vorindustriellen Lebenswelt zur modernen Industriegesellschaft.

3.2 ORGANISATIONEN FÜR DIE DURCHSETZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN

Es gab aber nicht nur die Flucht. Auch die, die blieben, mussten einen Weg aus der Misere finden. Erste Hilfestellungen ergaben sich zum einen aus der Tradition der Gesellenvereine und -kassen und zum anderen durch das von der demokratischen und liberalen Bewegung erkämpfte Recht zur Koalitionsbildung. Die in den folgenden Jahrzehnten errungenen Verbesserungen der sozialen und wirtschaftlichen Stellung wären ohne die Möglichkeit zum Zusammenschluss und zum Aufbau von Organisationen kaum denkbar gewesen. Protest und Widerstand allein reichten zur nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aus. Wachsenden Rückhalt boten vor allem die großen übergreifenden Organisationen, die die Arbeiter_innen und sozial engagierte Gebildete über Jahrzehnte hinweg in mühsamer Kleinarbeit aufbauten. Lange vor den politischen Vereinen und Genossenschaften entstanden als Erstes Gewerkschaften, die sich anfangs nach Berufen und später nach Branchen und Industriezweigen organisierten. Erst mit diesen Organisationen der Arbeiter_innen gelang es dauerhaft, Einfluss auf das Lohnniveau, auf die Dauer der Arbeit und auf die Arbeitsbedingungen zu nehmen.

Abgesehen von ersten Anfängen entstand das Gros der Verbände im Zusammenhang mit den Streikbewegungen in den späten 1860er- und frühen 1870er-Jahren. Damals sammelten sich bereits mehrere Zehntausend Arbeiter_innen bei den Gewerkschaften, in den 1870er-Jahren waren es dann an die 75.000 Mitglieder, aber es dauerte noch bis in die 1880er-Jahre, bis die Zahl von 100.000 organisierten Gewerkschafter_innen überschritten wurde. Nach dem Ende der Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie gewann die Bewegung rasch an Zustimmung. Mitte der 1890er-Jahre waren es etwa 320.000 organisierte Arbeiter_innen und vor dem Krieg schließlich 2,5 Millionen. Die große Mehrheit war in den sozialdemokratisch gesinnten, sogenannten Freien Gewerkschaften organisiert. Dazu kamen die sogenannten Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereine der Liberalen und in den 1890er-Jahren noch Gewerkschaftsgründungen im Kontext der katholischen Arbeiter_innenbewegung und der Zentrumspartei. Das Panorama der organisatorischen Entwicklung von den 1870er-Jahren bis heute ist beeindruckend.

²⁵ Vgl. von Hodenberg (1997): Weber.

²⁶ Vgl. Roth (2001): Metropolenkommunikation. Zur Rolle der Eisenbahn in diesem Prozess vgl. Roth (2005): Eisenbahn, S. 142–153.

²⁷ Roth (2015): Amerika.

Tabelle 2

Mitgliederzahlen der Gewerkschaften von 1869 bis 2017 (Deutsches Reich und Bundesrepublik Deutschland)

	Arbeiter_innengewerkschaften			Angestelltenverbände		
	Freie	Christliche	Hirsch-Duncker	AfA-Bund	GEDAG	GdA
1869	47.192	-	30.000			
1872	19.695		(1871) 6.000			
1875			19.900			
1877	52.511					
1878	56.275		16.525			
1880			21.000			
1885	85.687		51.000			
1890	294.551		62.643			
1895	255.521	5.500	66.759			
1900	680.427	76.744	91.661			
1905	1.429.303	188.106	116.143			
1910	2.017.298	316.115	122.571			
1915	994.853	162.425	61.086			
1919	5.228.150	1.000.770	189.831			
1920	8.032.057	1.105.894	225.998	689.806	463.199	(1921) 300.357
1925	4.182.511	582.319	157.571	428.185	411.113	273.016
1930	4.716.569	658.707	163.302	459.840	591.520	335.428
1931	3.532.947	577.512	149.804	434.974	593.800	327.742
1933-1945	verboten					
		DGB			DAG	
1950		5.449.990			343.500	
1955		6.104.872			420.540	
1960		6.378.820			450.417	
1965		6.471.491			475.561	
1970		6.712.547			461.291	
1975		7.364.912			470.446	
1980		7.882.527			494.874	
1985		7.719.468			500.922	
1990		7.937.923			573.398	
1995		9.354.670			507.478	
2000		7.772.795			(1999) 401.406	
2005		6.778.429				
2010		6.193.252				
2015		6.095.513				
2017		5.995.437				

AfA-Bund: Allgemeiner freier Angestelltenbund (sozialdemokratisch/liberal)

GEDAG: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (christlich-national)

GdA: Gewerkschaftsbund der Angestellten (liberal)

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1987): Sozialgeschichte: Hohorst u. a. (1975): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch; Matthias/Schönhoven (1984): Solidarität; Soziale Lage und Gewerkschaftsbewegung. Statistiken ab 1800, URL: <https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/statistiken-zur-gewerkschaftsbewegung-ab-2919.html>; Petzina u. a. (1978): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch; Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.): Über uns; Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland 1952 ff.

Bei Gründung der Weimarer Republik sammelten sich in den freien, christlichen und liberalen Gewerkschaften 9,3 Millionen Arbeiter_innen und noch einmal fast 1,5 Millionen in den Gewerkschaften und in gewerkschaftsähnlichen Bündeln organisierte Angestellte. An ihrem Ende waren es nur noch 4,2 Millionen organisierte Arbeiter_innen und 1,3 Millionen bei den Angestellten.

Mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Zerschlagung der Verbände im Mai 1933 kam das Gewerkschaftsleben der Weimarer Republik zu einem gewaltsamen Ende. Unmittelbar nach der Befreiung gründeten sich zwar vielerorts wieder Gewerkschaften, eine Zulassung durch die Besatzungsbehörden erhielten sie jedoch erst ab 1946. 1949 wurde dann der nun überparteiliche DGB gegründet. Die Angestellten organisierten sich in den neuen Industrie- beziehungsweise Branchenverbänden gemeinsam mit ihren Arbeiterkolleg_innen – oder sie gingen zur gewerkschaftlichen Konkurrenz von der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG). Im DGB wurde angesichts der Stärke der moderater eingestellten DAG die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) gegründet. Zeitweilig erreichten die Gewerkschaften in dieser Neugründungsphase einen Organisationsgrad von über 40 Prozent, der aber schon in den 1950er-Jahren wieder verloren ging. Seitdem konnten für einige Jahrzehnte relativ stabil 30 Prozent der Arbeitnehmer_innen organisiert werden. Diese bemerkenswerte Kontinuität ließ sich nach der Wiedervereinigung nicht mehr halten. Am Ende der 2000er-Jahre fanden sich kaum mehr 18 Prozent der Arbeitnehmer_innen bereit, in eine Gewerkschaft einzutreten. Dabei ist bemerkenswert, dass die absolute Zahl der Mitglieder – abgesehen von den Ausnahmejahren kurz nach der Wiedervereinigung – relativ stabil zwischen 6 und 7 Millionen Mitglieder verharrt. Allein in den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 38 auf fast 45 Millionen an. Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen in den vergangenen fünfzig Jahren also erheblich gestiegen ist, werden heute genauso viele Arbeitnehmer_innen organisiert wie in der BRD Anfang der 1960er-Jahre. Dementsprechend ging der Einfluss der Gewerkschaften stark zurück.

Das Hauptinstrument der Gewerkschaften zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer_innen war und ist die Verhandlung zwischen den Unternehmer_innen beziehungsweise deren Verbänden und speziellen Kommissionen der Gewerkschaften als Repräsentanten der Mitglieder. Ihr Mandat bezog sich stets auf kollektive Abschlüsse. Die Verhandlungen basieren auf beiden Seiten auf einer ökonomischen Gewinn- und Verlustrechnung. Die kollektive Arbeitsverweigerung und die dadurch für die Unternehmer_innen entstehenden schmerzhaften Einbußen bei der Gewinngenerierung dienten der Untermauerung der Forderungen nach Lohn und Eingrenzung der Arbeitszeit sowie anderer Missstände in den Arbeitsverhältnissen und -bedingungen. Der Streik als Mittel zum Zweck gründet auf dem Prinzip der Solidarität und der Herstellung einer Macht, die auf der großen Zahl der Beteiligten beruht.

Die Kunst besteht darin, es glaubhaft zu machen, dass der Streik so lange dauern kann, bis es für die Unternehmer_innen weitaus billiger sein würde, den Forderungen nach mehr Um-

verteilung der Gewinne, also zum Beispiel nach Lohnerhöhung, nachzukommen. Nach diesem Schema ökonomischer Machtdemonstrationen vollziehen sich noch heute die Tarifverhandlungen.

Auch die rechtliche Ausgestaltung der Vertretung der Arbeiter_innen in den Betrieben ist in hohem Maß den Bemühungen der Gewerkschaften zu verdanken. Sie konnten zum einen die Anerkennung von Vertretungsorganen durchsetzen und diese bis in die Verfassung hinein gesetzlich verankern. Zum anderen genießen die vereinbarten Abschlüsse auf betrieblicher, überbetrieblicher und nationaler Ebene Gesetzesschutz. Diese zunehmende Mitsprache und Mitbestimmung reichte von der ersten gesetzlichen Tolerierung von Arbeiter_innenausschüssen in einer wachsenden Zahl von Betrieben im Kaiserreich, insbesondere des Bergbaus, über die rechtlich bindenden Fixierungen im Hilfsdienstgesetz im Ersten Weltkrieg (1916) zum ersten Betriebsrätegesetz (1920) und den ersten Mitbestimmungskompetenzen am Beginn der Weimarer Republik. In der Bundesrepublik waren dann die Montanmitbestimmung von 1951, das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und dessen Reform 1972 sowie das Mitbestimmungsgesetz von 1976 Meilensteine mit jeweils beträchtlichen Ausweitungen der Befugnisse und Möglichkeiten der betrieblichen Vertretungen wie auch der Stellung von Arbeitnehmervertreter_innen in Aufsichtsräten.²⁸ Betriebsrät_innen, Arbeitsdirektor_innen und Aufsichtsrät_innen bildeten in den Betrieben ein Gegengewicht zu den Unternehmer_innen, Geschäftsleitungen und zur Hierarchie der Vorgesetzten vom oberen bis hinunter ins mittlere Management.

Die Gewerkschaften, insbesondere die freien, sozialdemokratischen und dann im DGB überparteilich organisierten, trugen entscheidend zur langfristigen Reallohnsteigerung und Erweiterung der Arbeiter_innen- und in der Bundesrepublik auch der Angestelltenbudgets bei. Auf ihren Einsatz geht auch die langfristige Reduzierung der Arbeitszeiten und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zurück. Es gelang die Unfallzahlen zu senken, Gesundheitsrisiken sowie die Belastungen durch Lärm, Staub, Hitze und Kälte einzugrenzen. Mit vielen Maßnahmen konnten soziale Härten bei nachlassender Arbeitskraft, bei Versetzungen und bei Entlassungen vermieden oder doch vermindert werden.

3.3 ORGANISATION DER POLITISCHEN INTERESSEN

Unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Etablierung der Gewerkschaftsbewegung war die Bildung politischer Organisationen aufseiten der Arbeiter_innen und im weiteren Sinn aller Arbeitnehmer_innen – also vor allem der Angestellten und verschiedener Gruppen des Prekariats. Die Notwendigkeit der politischen Organisation ergab sich aus dem Umstand, dass Staat und Gesellschaft zur Zeit der Entstehung der Sozialformation der Arbeiter_innen keineswegs bereit waren,

²⁸ Vgl. auch Greifenstein (2011): Perspektiven; Hans-Böckler-Stiftung (2004): Kritik.

die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen dieser entstehenden Klasse in Recht und Gesetze umzuwandeln und diese an die weitere Entwicklung anzupassen und auszubauen. Dafür waren jahrzehntelange politische Auseinandersetzungen, Demonstrationen von Macht und Einfluss und als Grundlage der Macht eine große Zahl versammelter Menschen und ihre Teilnahme am öffentlichen Diskurs notwendig. Dies war mit gewerkschaftlichen, auf den Kampf um wirtschaftliche und soziale Auseinandersetzungen fokussierten Organisationen allein nicht zu leisten.

Die Autokratien am Beginn des 19. Jahrhunderts kannten de facto keine Partizipation der Unterschichten, aus denen die Arbeiter_innen hervorgingen. Es hatten selbst die Bürger_innen in den einzelnen deutschen Staaten nur sehr begrenzte oder gar keine Partizipationsrechte, was schließlich zur Mitte des 19. Jahrhunderts in die Revolution von 1848 mündete. Sofern im Prozess der Modernisierung der Staatenwelt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Landtage und kommunale Versammlungen entstanden, waren die dafür vorgesehenen Wahlrechte stark an Besitz und Einkommen (Zensuswahlrechte) gekoppelt, mit deren Hilfe die nichtbürgerlichen Schichten von Mitsprache, auf jeden Fall von der Mitentscheidung ausgeschlossen wurden.

Die vordringlichen Aufgaben waren die Abschaffung der Polizeirepression, die Aufhebung des Koalitionsverbots für Arbeiter_innen und alle Beschneidungen des Wirkens der Arbeiter_innen in der Öffentlichkeit. Das Recht zur politischen Vereinigung und die Demokratisierung der Wahlrechte hatten damals oberste Priorität. Bereits diese bescheidenen Ziele ließen sich nur auf einem langen Weg, der mehrere Jahrzehnte in Anspruch nahm, erreichen. Zwar gelang es 1869, die Koalitionsfreiheit in der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes (1867 bis 1871) zu verankern, doch das Recht wurde gleich wieder durch zusätzliche Polizeibefugnisse eingeschränkt.²⁹ Dennoch, die beiden Bestimmungen in der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes, die vom Kaiserreich wenig später übernommen wurden, ermöglichten in den nachfolgenden Jahrzehnten politische Aktivitäten und eine selbstständige Organisation der Arbeiter_innen auf legaler Grundlage. Diese traten somit an die Stelle gescheiterter, loser Organisationen wie der Arbeiterverbrüderung der Revolutionszeit von 1848.

In der Konsequenz kam es in zwei Schüben in den Jahren 1863 und 1869 zur Gründung von sozialdemokratischen Organisationen. Bei der ersten handelte es sich um den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV), der programmatisch an Ferdinand Lassalle ausgerichtet war, und bei der zweiten um die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP), die vor allem von August Bebel und Wilhelm Liebknecht beeinflusst war. Beide Organisationen konnten sich somit früh an der Gestaltung der in Deutschland nun an Fahrt gewinnenden Transformation beteiligen. Die Zeichen eines großen Wandels der Arbeits- und Lebensbedingungen waren in den beiden Jahrzehnten nach der Revolution von 1848 unübersehbar geworden und wurden durch die Gründung des Deutschen

Reichs 1871 in ihrer Dynamik noch weiter beschleunigt. Eine neue Verfassung erlaubte bei allen Halbheiten in Bezug auf das Parlament sowie anhaltender Repression doch die Gründung politischer Vereinigungen. Des Weiteren wurde das Wahlrecht zum Reichstag erstmals – auf die Männer bezogen – allgemein. Auch wurde es für die Arbeiter nicht aufgehoben, als die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die sich

Abbildung 4
Wilhelm Liebknecht, ca. 1865.
Rechte: AdsD

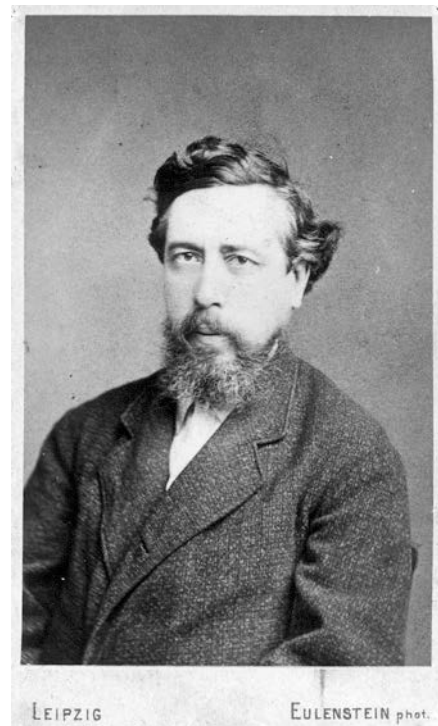


Abbildung 5
Ferdinand Lassalle, Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), 1860, Radierung.
Rechte: J. H. Darchinger / Friedrich-Ebert-Stiftung



²⁹ Vgl. Rothfels (1969): Bismarck, S. 318.

1875 aus den beiden Vereinigungen gebildet hatte, 1878 gleich wieder verboten worden war. Denn das Verbot galt nicht für ihre Wahlvereine und die als einzelne Kandidaten an tretenden Sozialdemokraten. Damit konnte eine verbotene Partei über die Wahlvereine von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilen und 1890, nachdem die SAP ihren Stimmenanteil von 10 auf 20 Prozent hatte steigern können, die Aufhebung des Verbots erzwingen.

Abbildung 6

Traditionsfahne der SPD.

Rechte: J. H. Darching / Friedrich-Ebert-Stiftung



Abbildung 7

Gothaer Vereinigungsparteitag, 1875. Gruppenaufnahme mit Vorstandmitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Rechte: AdSD



3.4 NETZE DER SELBSTHILFE: VEREINE UND GENOSSENSCHAFTEN

Neben dem Feld der gewerkschaftlichen Tarifikämpfe und dem Feld des politischen Kampfes gab es noch einen weiteren großen Bereich des Widerstands der Arbeiter_innen gegen soziale Not und Benachteiligungen, nämlich das Netz der Vereine und Genossenschaften, die zu den unterschiedlichsten Zwecken gegründet wurden. Die gemeinsam organisierte Selbsthilfe auf lokaler Ebene kompensierte zumindest zu einem Teil – heute fast vergessen – die einst zahlreichen Defizite und Unzulänglichkeiten der Arbeiterexistenz im 19. und in weiten Teilen des 20. Jahrhunderts. Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren in allen großen Städten und in den Stadttagglomerationen der Industrieviere ausgedehnte Areale und ganze Stadtviertel mit schlechten Wohnlagen entstanden, in denen sich Arbeiter_innen weitgehend segregiert von den anderen Schichten konzentrierten. Hier entwickelte sich das Arbeiter_innenmilieu mit spezifischen Charakteristika, die sich von den Milieus des Großbürgertums, des Mittelstandes, der Bauern oder der Angestellten abhoben. Dort entstanden Einrichtungen, die dazu beitrugen, die Nöte und die engen Grenzen, die die geringen Haushaltsbudgets setzten, ein wenig zu mildern und Bereiche wie die Kultur zu öffnen.

Relativ früh kümmerten sich Bildungsvereine sowie Volks- und Arbeiter_innenbibliotheken um das Menschenrecht auf Bildung. Daneben entstanden zahlreiche Genossenschaften unterschiedlicher Natur. Konsumgenossenschaften beispielsweise sollten durch Ausschalten des Zwischenhandels einen verbilligten Einkauf ermöglichen. Ein Prinzip, das sich rasch bewährte und zur Gründung Tausender Konsum-Verkaufsstellen führte. Ähnliches galt für Kohleinkaufsgenossenschaften zur Senkung der Heizkosten. Unter den weiteren Genossenschaften oder Sparvereinen gab es etwa die Wohnungsbauvereine, die zum Ziel hatten, die Wohnungsnot durch Förderung des Eigenbaus zu lindern. Der Aufbau der Arbeiterwohlfahrt nach dem Ersten Weltkrieg diente dem Zweck, der stets drohenden Not in einem Arbeiter_innenhaushalt etwas entgegenzusetzen. Zunächst wendete sie sich an Arbeiter_innenfamilien, die durch den Krieg schwere Einbußen erlitten hatten, und richtete Nähstuben, Mittagstische, Werkstätten zur Selbsthilfe und Beratungsstellen ein. Später ging daraus eine Hilfsorganisation für alle sozial bedürftigen Menschen hervor. Weitere Substitutionsleistungen boten die zahlreichen Vereine für Sport und Unterhaltung bis hin zu Gesang- und Theatervereinen; sie kompensierten den Ausschluss aus dem bürgerlichen Kulturbetrieb.

Aus den informellen Netzen in und zwischen diesen gemeinsamen Anstrengungen ergaben sich wiederum Möglichkeiten des organisierten Handelns wie die konzertierte Nutzung der Selbstverwaltungseinrichtungen der neuen Sozialversicherungen. Hier galt es, bei den Wahlen die Arbeiterdelegierten durchzubringen. Das traf in ganz besonderer Weise auf die Allgemeinen Ortskrankenkassen zu. Aus Arbeiter_innen wurden auf diese Weise Mandatsträger_innen und Verwaltungsspezialist_innen, weshalb diese Selbstverwaltungen als eine der wenigen Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg galten.

Das proletarische Milieu entwickelte aus sich heraus auch eigene wirtschaftliche Strukturen. Neben den genannten Konsumgenossenschaften widmete sich ein anderer Zweig der Produktion bestimmter Güter in gemeinschaftlich organisierten Unternehmen. Das konnten Bäckereien oder Betriebe zur Milchverwertung sein, die die Konsumgenossenschaften belieferten, oder auch Reparatur- und Produktionswerkstätten für Fahrräder. Aber auch im Wohnungsbau oder in der Banken-, Versicherungs- und Medienbranche (Volksfürsorge, Druckereien und Verlage) gab es Genossenschaften.³⁰

3.5 DER BEGINN DES SOZIALSTAATS

Sozialdemokratie sowie die Vereine und Genossenschaften der städtischen Arbeiter_innenmilieus erzeugten bereits in ihren Anfängen in den 1870er-Jahren einen erheblichen Druck auf den Staat, der mit einer Mixtur aus Repression und sozialer Wohlfahrt reagierte. Dennoch wurden ab dem Jahr 1839 (in Preußen) erste Maßnahmen zugunsten der unteren Schichten ergriffen. Sie bestanden in der Beschränkung von Kinderarbeit, unter anderem aus Sorge um die Gesundheit der künftigen Rekruten.³¹ Da es mit der Kontrolle haperte, wurde ab 1853 eine Gewerbeinspektion eingerichtet, die jedoch erst 25 Jahre später für alle Provinzen obligatorisch wurde.³² In den Gewerbeordnungen der 1840er- und 1850er-Jahre war erstmals die Möglichkeit der Einrichtung von Kassen für den Krankheitsfall oder zur Linderung der Not vorgesehen.³³

An dieser Diskussion, die zum Hilfskassengesetz vom 7./8. April 1876 führte, beteiligten sich auch die Gewerkschaften und die ersten sozialdemokratischen Vereine. Doch blieb die Zahl der Kassen und der von ihnen Versicherten weit hinter den Erwartungen zurück.³⁴ Erst unter Bismarck ging daraus eine Gesetzgebung hervor, die im europäischen Vergleich ausgesprochen früh den Weg zum Sozialstaat einleitete.³⁵ Am 15. Januar 1883 trat zunächst das Krankenversicherungsgesetz in Kraft, das

³⁰ Vgl. Novy/Prinz (1985): *Gemeinwirtschaft*, S. 36–40, 56–59 und 165–181.

³¹ Weiterhin betraf dies auch erst einmal nur Kinder unter 9 Jahren. Für die älteren Kinder und die Jugendlichen wurde der Arbeitstag auf 10 Stunden begrenzt. Vgl. Anton (1953): *Fabrikgesetzgebung*, S. 57–66.

³² Vgl. Classen (1962): *Sozialpolitik 1839–1918*, S. 28. Die Gewerberäte und Betriebsinspektoren hatten neben der Aufsicht über die Kinderarbeit eine schiedsrichterliche Funktion. In Konfliktfällen konnten sie zum Beispiel über die Länge des Arbeitstages in einzelnen Gewerbebezügen verfügen. Vgl. Tampke (1982): *Bismarcks Sozialgesetzgebung*, S. 79–91, hier S. 81.

³³ Vgl. zu den Hilfskassen Tennstedt (1980): *Proleten*.

³⁴ Die Arbeiter_innen sollten den Staat als patriarchalischen Fürsorger schätzen lernen. Über die Gründe Bismarcks zur Inaugurierung der Arbeiterversicherung existieren unterschiedliche Auffassungen. Vgl. Hentschel (1983): *Geschichte*, S. 9, Anm. 6; Literaturbericht von Hockerts (1983): *Sozialversicherung*, hier S. 365. Zu Bismarcks sozialkonservativen Ansichten siehe Ritter (1983): *Sozialversicherung*, S. 37. Der von der Regierung damit beauftragte Theodor Lohmann schwächte allerdings diese ursprüngliche Zielvorstellung der Versicherungsreform ab, indem er eine Beteiligung der Arbeiter_innen an der Verwaltung vorsah. Vgl. Rothfels (1927): *Theodor Lohmann*, S. 55.

³⁵ Vgl. Schmidt (2012): *Sozialstaat*, S. 8.

Abbildung 8
Arbeiter-Radler: Aufstellung zum Gruppenfoto mit Fahrrädern, Arbeiter-Rad-Bund „Solidarität“, um 1931.
Rechteinhaber nicht ermittelbar



Abbildung 9
2. Arbeiter-Olympiade in Wien, 1931.
Rechteinhaber nicht ermittelbar.





Abbildung 10
Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten im November 1918:
 Friedrich Ebert, Wilhelm Dittmann, Otto Landsberg, Hugo Haase,
 Emil Barth, Philipp Scheidemann.
 Rechte: AdSD

örtliche und Zwangskassen anordnete. Ein Jahr später kamen die Unfallversicherung und 1889 die Invaliden- und Altersversicherung hinzu. Die Kassen waren keine staatlichen, sondern als selbst verwaltete Organisationen mit Beteiligung der Mitglieder aufgebaut.³⁶ Die Mischung aus staatlicher Wohlfahrt und Selbstorganisation trug viel zur Akzeptanz bei. Bereits in den ersten Jahren entschieden sich über 80 Prozent der Arbeiter_innen für das Zwangskassensystem. Sie wählten damit das von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bevorzugte System der Hilfskassen ab.³⁷

Von dieser Zeit an wirkten Versicherungen als Schirm gegen die drei existenzielle Krisen auslösenden Geiseln im Leben von Arbeiter_innen: Krankheit, Unfall und das Altern. Da Unfälle den Unternehmer_innen Kosten verursachten und eine rasch ansteigende Zahl von Invaliden aus den Kassen der Unfallversicherung zu unterhalten war, trug dies – wie es sonst kein guter Wille geschafft hätte – langfristig zur erheblichen Verbesserung des Arbeiter_innenschutzes bei. Das System wur-

de in den folgenden Jahrzehnten und bis in die Gegenwart hinein permanent ausgeweitet und vor allem der Umfang der Leistungen immer wieder verbessert. Entgegen den Intentionen Bismarcks banden die Sozialversicherungen die Arbeiter_innen jedoch nicht an den Staat, sondern es begann der Aufstieg der Sozialdemokratie zur größten Massenpartei in Deutschland.

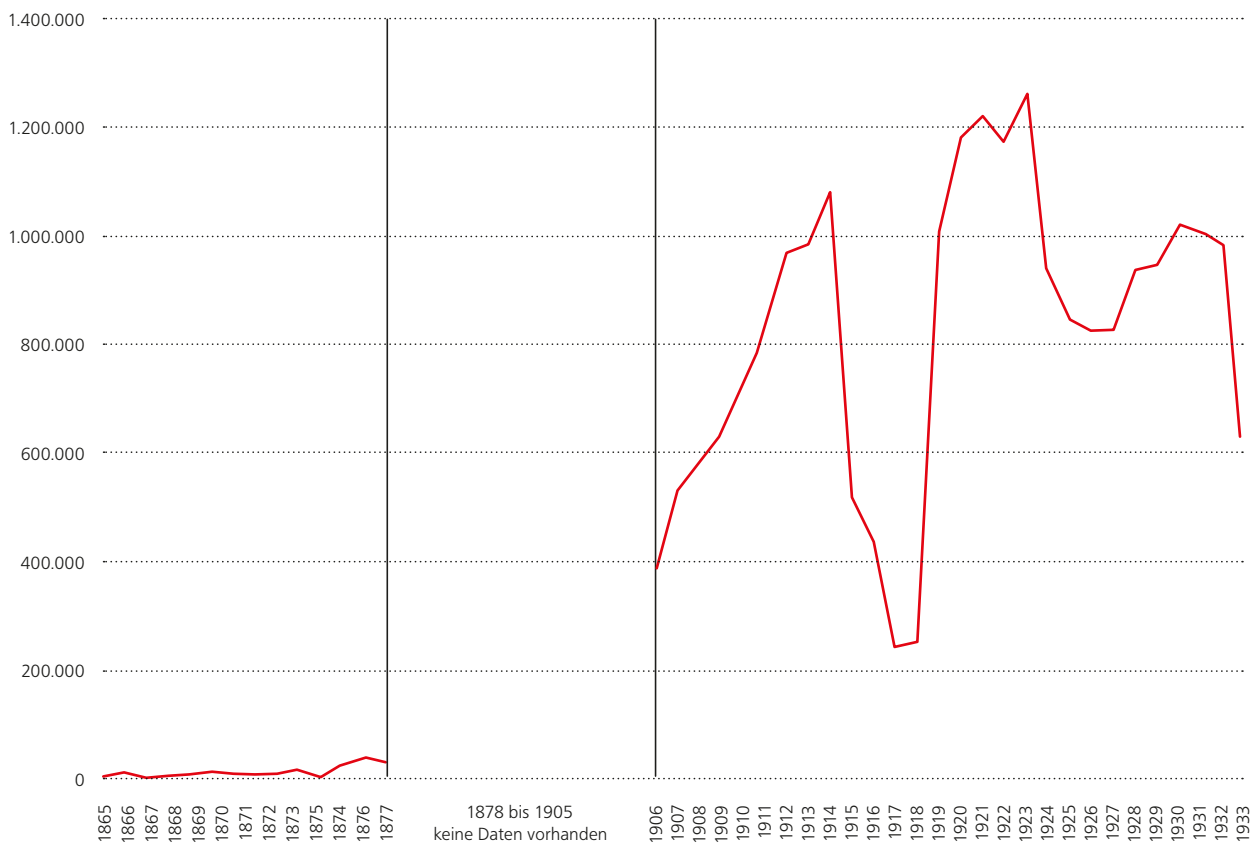
3.6 DER LANGE WEG EINER PARTEI

Mit dem Untergang des Kaiserreichs endete auch der kontinuierliche Aufstieg der SPD, weil die Partei im Ersten Weltkrieg im Streit um den Burgfrieden und die Zustimmung zu den Kriegskrediten auseinanderbrach. Dies war sicher ein Grund, warum die absolute parlamentarische Mehrheit nach Krieg und Revolution verfehlt wurde. Aber auch im Anschluss gelang nie ein Wahlerfolg jenseits der 40 Prozent. Im Gegenteil, der ansehnliche Erfolg in der im Januar 1919 gewählten Nationalversammlung der Weimarer Republik konnte in den folgenden Jahren dieser ersten deutschen Republik nicht wiederholt werden. Die SPD schrumpfte an ihrem Ende wieder zu einer 20-Prozent-Partei. Der Wahlniederlage folgte die Auslöschung der Organisation im Jahre 1933, der schwere Gang in die Emigration oder die illegale Arbeit. Der Untergang der Weimarer Republik hatte viele Gründe. Nicht zuletzt bot die nationalsozialistische Bewegung dem Konservatismus eine Chance, aus der politischen

³⁶ Vgl. Roth (1991): Gewerkschaftskartell, S. 44. Zur Einschätzung des ganzen Systems vgl. Classen (1962): Sozialpolitik 1839–1918, S. 100–106; Hentschel (1983): Geschichte, S. 23f.; Gladen (1974): Sozialpolitik, S. 71–78.

³⁷ 1886 existierten auf gewerkschaftlicher Seite noch 34 Zentralkassen mit 2.764 Zahlstellen und 263.684 Mitgliedern. 1888 waren es zwar 39 mit 3.063 Zahlstellen, aber nur noch 255.669 Mitglieder. Zahlen nach Fricke (1976): Arbeiterbewegung, S. 661.

Abbildung 11
Mitglieder der SPD 1865 bis 1933



Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands waren der u.a. durch Ferdinand Lassalle 1863 gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ und die u.a. durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Auf dem sog. Gothaer Vereinigungsparteitag im Jahre 1875 schließen sich die beiden Parteien zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammen. Ihren heutigen Namen gab sich die SPD erst 1890. Insbesondere für die Frühzeit der Sozialdemokratie sind nicht für alle Jahre die Mitgliederzahlen recherchierbar. Von 1878 bis 1890 war die Partei verboten (Sozialistengesetze).

Quellen: Für die Jahre 1863-1909 Wilhelm Schröder. Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage, München 2010; 1874 und 1878-1905 nicht auffindbar; für 1875 Portal zur Geschichte der Sozialdemokratie: URL: <http://www.geschichte-der-sozialdemokratie.de/chronik/#jahr-1906>; für 1906-1933 Sozialdemokratische Parteitage (1890 - 1959). Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. URL: <http://library.fes.de/parteitage/spd-pt-ein.html>

Bedeutungslosigkeit gegenüber dem Lager der Weimarer Koalition ausbrechen. Sie trug deshalb entscheidend dazu bei, seit 1930 die NS-Bewegung an das rechtskonservative bürgerliche Lager der Parteien anzubinden (Harzburger Front) und eine Kanzlerschaft Adolf Hitlers zu ermöglichen (Kabinett Hitler-Hugenberg). Das war eine fatale Entscheidung und völlige Verkenning und Unterschätzung der Machtquellen dieser Bewegung. Über eine verlässliche Analyse des Nationalsozialismus und seiner Gewaltpotenziale verfügten damals allerdings auch die anderen Parteien nicht. Zur Paralyse der Arbeiterbewegung trug bei, sich gegenseitig des Paktes mit dieser antiliberalen, antisemitischen und zutiefst rassistischen Bewegung zu beschuldigen. Die eigentlich sehr erfolgreichen Programme von Erfurt 1891, Görlitz 1921 und Heidelberg 1925 gaben zum

Aufstieg Hitlers keine befriedigende Antwort. Ihn als Ausgeburt des Finanzkapitals zu kennzeichnen, interpretierte die soziale Fundierung der Bewegung falsch.

Mit ihren Programmen erzielte die SPD große Erfolge und stieg zur Massenpartei auf. Sie steigerte ihren Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen von 3,2 auf 34,8 Prozent und die Fraktion wuchs von 2 auf 110 Abgeordnete. Die Erfolge der SPD und der Gewerkschaften sowie die nahezu unaufhaltsame Transformation von der alten Gesellschaft hin zur Industriegesellschaft bestätigten wesentliche Annahmen der Sozialdemokratie und legitimierten damit auch die Aussagen, die über die weitere Entwicklung des Kapitalismus und seines naturnotwendigen Untergangs getroffen wurden.

Tabelle 3
Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 bis 1912
 Stimmenanteil der Parteien in Prozent

Parteien	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Konservative	14,1	6,9	9,7	13,0	16,3	15,2	15,2	12,4	13,5	11,1	10,0	9,4	9,2
Reichspartei (Freikonserv.)	8,9	7,2	7,9	13,6	7,4	6,9	9,8	6,7	5,7	4,4	3,5	4,2	3,0
National-liberale	30,1	29,7	27,2	23,1	14,7	17,6	22,3	16,3	13,0	12,5	13,9	14,5	13,6
Liberale	7,2	1,0	2,5	2,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Liberale Vereinigung	–	–	–	–	8,4	–	–	–	–	3,9	2,5	2,6	3,2
Deutsche Fortschrittspartei	8,8	8,6	7,7	6,7	12,7	17,6	12,9	16,0	8,7	7,2	5,7	6,5	12,3
Deutsche Volkspartei	0,5	0,4	0,8	1,1	2,0	1,7	1,2	2,0	2,2	1,4	1,0	1,2	–
Zentrum	18,6	27,9	24,8	23,1	23,2	22,6	20,1	18,6	19,1	18,8	19,8	19,4	16,4
Welfen	1,6	1,8	1,6	1,7	1,7	1,7	1,5	1,6	1,3	1,4	1,0	0,7	0,7
Sozialdemokraten	3,2	6,8	9,1	7,6	6,1	9,7	10,1	19,8	23,3	27,2	31,7	28,9	34,8
Polen	4,5	3,8	4,0	3,6	3,8	3,6	2,8	3,4	3,0	3,1	3,7	4,0	3,6
Dänen	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Elsaß-Lothringer	–	4,5	3,7	3,1	3,0	2,9	3,1	1,4	1,5	1,4	1,1	1,0	1,3
Antisemiten, Wirtschaftliche Vereinigung	–	–	–	–	–	–	0,2	0,7	3,5	3,3	2,6	3,9	2,9
Sonstige	2,0	0,9	0,5	0,3	0,3	0,2	0,6	1,0	1,7	4,5	3,5	3,0	2

Zahlen nach: Hohorst/Kocka/Ritter (Hrsg.): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 - 1914, C.H. Beck Verlag, 2. durchges. Aufl. 1978, S. 173-176.

Tatsächlich hatte sich die neue Klasse der Industriearbeiter_innen ja in dem halben Jahrhundert zuvor aus bäuerlichen und handwerklichen Schichten formiert. Doch es wurde der Umstand nicht richtig gewürdigt, dass dies bei einer insgesamt wachsenden Bevölkerung geschah, die sich trotz Auswanderung (von über 6 Millionen Menschen) von 24 auf 56 Millionen Einwohner_innen vermehrte. Die Verschiebung in der Sozialstruktur blieb deshalb relativ und es kann nicht von der Ersetzung der einen Schicht durch die andere gesprochen werden. Stattdessen bestand der Effekt vor allem darin, dass die besitzenden und besitzlosen Schichten unterschiedlich stark wuchsen und vor allem die Mittelschichten – anders als prophezeit – eben nicht untergingen. Anders als von der damaligen Arbeiterbewegung angenommen, entwickelte sich das soziale Milieu

der Arbeitnehmer_innen nicht zur absoluten Mehrheit in der Gesellschaft.

Die SPD eilte zwar von Erfolg zu Erfolg, erreichte jedoch vor dem Ersten Weltkrieg nie auch nur annähernd eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag (die für die Industriegebiete ungünstige Wahlkreiseinteilung kam noch hinzu). Aber auch später in der Nationalversammlung, im Reichstag der Weimarer Republik sowie im Bundestag konnte die SPD zu keinem Zeitpunkt die 50-Prozent-Marke oder auch nur eine relative Mehrheit erreichen.³⁸ Die Gründe für dieses „Getto“ waren die

³⁸ Vgl. zum Kaiserreich auch Groh (1973): Integration.

Tabelle 4

Ergebnisse der Reichstagswahlen in der Weimarer Republik in den Jahren 1919 bis 1933

Stimmenanteil der Parteien in Prozent

	19.01.1919*	06.06.1920**	04.05.1924	07.12.1924	20.05.1928	14.09.1930	31.07.1932	06.11.1932	05.03.1933
NSDAP	-	-	6,55	3	2,63	18,33	37,27	33,09	43,91
Landvolk	-	-	-	-	1,89	3,17	0,25	0,13	-
Landbund	0	0	1,96	1,65	0,65	0,56	0,26	0,30	0,21
Deutsche Bauernpartei	-	-	-	-	1,57	0,97	0,37	0,42	0,29
BVP	-	4,39	3,23	3,74	3,08	3,03	3,23	3,08	2,73
DNVP	10,27	15,07	19,45	20,49	14,25	7,03	5,90	8,34	7,97
DDP	18,56	8,28	5,65	6,34	4,90	3,78	1,01	0,95	0,85
Wirtschaftspartei	0,91	0,78	2,37	3,32	4,54	3,95	0,40	0,31	-
DVP	4,43	13,90	9,20	10,07	8,71	4,51	1,18	1,87	1,10
Deutsch-Hannoversche Partei	0,25	1,10	1,10	0,87	0,64	0,41	0,13	0,18	0,12
Zentrum	19,67	13,64	13,37	13,60	12,07	11,80	12,44	11,93	11,25
SPD	37,86	21,65	20,52	26,02	29,76	24,53	21,58	20,43	18,25
USPD	7,62	17,90	-	-	-	-	-	-	-
KPD	-	2,09	12,61	8,94	10,62	13,13	14,56	16,86	12,32
Andere Parteien	0,44	1,18	3,98	1,97	4,70	4,85	1,65	2,11	0,99

Bemerkungen:

* Wahl zur Nationalversammlung

** Erste reguläre Reichstagswahl; in einigen Gebieten Nachwahlen am 20.2.1921 und 19.11.1922

Quelle: Statista 2019: URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/275954/umfrage/ergebnisse-der-reichstagswahlen-in-der-weimarer-republik-1919-1933> (7.10.2019).

integrationsverweigernden Eliten und eine sperrige Gesellschaftsstruktur, in der die Mittelschichten eben nicht vergehen wollten. Sie blieben bestehen und schlossen Millionen von Erwerbstätigen ein. Das Milieu der Bauern etwa umfasste noch 1925 über 10 Millionen Erwerbstätige. Handwerk und Kleinhandel brachten es trotz vielfach prekärer Lebenslagen noch immer auf über 3 Millionen Selbstständige. Dazu kamen noch die eher zu den Mittelschichten tendierenden Angestellten, also die rasch steigende Zahl der Privat- und Staatsbeamt_innen, die vor dem Ersten Weltkrieg bereits über 5 Millionen zählten und für die die SPD keine Antworten hatte, außer der Prognose, dass sie verelenden würden. Aus diesem Reservoir von über 18 Millionen Haushaltsvorständen gegenüber nur 10 Millionen Industriearbeiterhaushalten schöpften der Liberalis-

mus, die Konservativen und das Zentrum. Es handelte sich um ein riesiges, nicht von der SPD adressiertes politisches Potenzial, das aber auch nicht auf eine spezifische Milieupartei wie die Liberalen festgelegt war, sondern in den wenigen Jahren der Republik von den Linksliberalen über die rechtsliberalen zu den Konservativen und darüber hinaus wanderte.

Es hätte dennoch eine erfolgreichere Zukunft geben können, hätte die Republik insgesamt auf soliden Fundamenten geruht. Das war jedoch nicht der Fall. Es gerieten gesellschaftliche Teile in Bewegung, die von keiner der Arbeiter_innenparteien (ob radikal oder gemäßigt politisch) mehr erfasst wurden – und zwar bereits mehrere Jahre vor der dann alles noch ins Maßlose steigenden Weltwirtschaftskrise von 1929.

Tabelle 5
Sozialstatistik des Kaiserreichs
 Erwerbstätige und ihre Angehörigen nach Wirtschaftssektoren (in 1.000)

Wirtschaftssektor	Jahr	Summe der Erwerbstätigen	davon weiblich in %	Erwerbstätige und Angehörige	in % der Gesamtbevölkerung
A. Landwirtschaft	1882	8.236	30,8	18.801	41,6
	1907	9.883	46,5	17.517	28,4
B. Industrie	1882	6.396	17,6	15.756	34,8
	1907	11.256	18,7	26.055	42,2
C. Handel und Verkehr	1882	1.570	19,0	4.236	9,4
	1907	3.478	26,8	7.935	12,9
D. Häusliche Dienste	1882	1.723	85,1	2.261	5,0
	1907	1.736	90,4	2.056	3,3
E. Verwaltung, Militär und freie Berufe	1882	1.031	11,2	2.058	4,6
	1907	1.739	16,6	3.184	5,2
Zusammen A. bis E.	1882	18.957	29,2	43.111	95,3
	1907	28.092	33,8	56.747	91,9

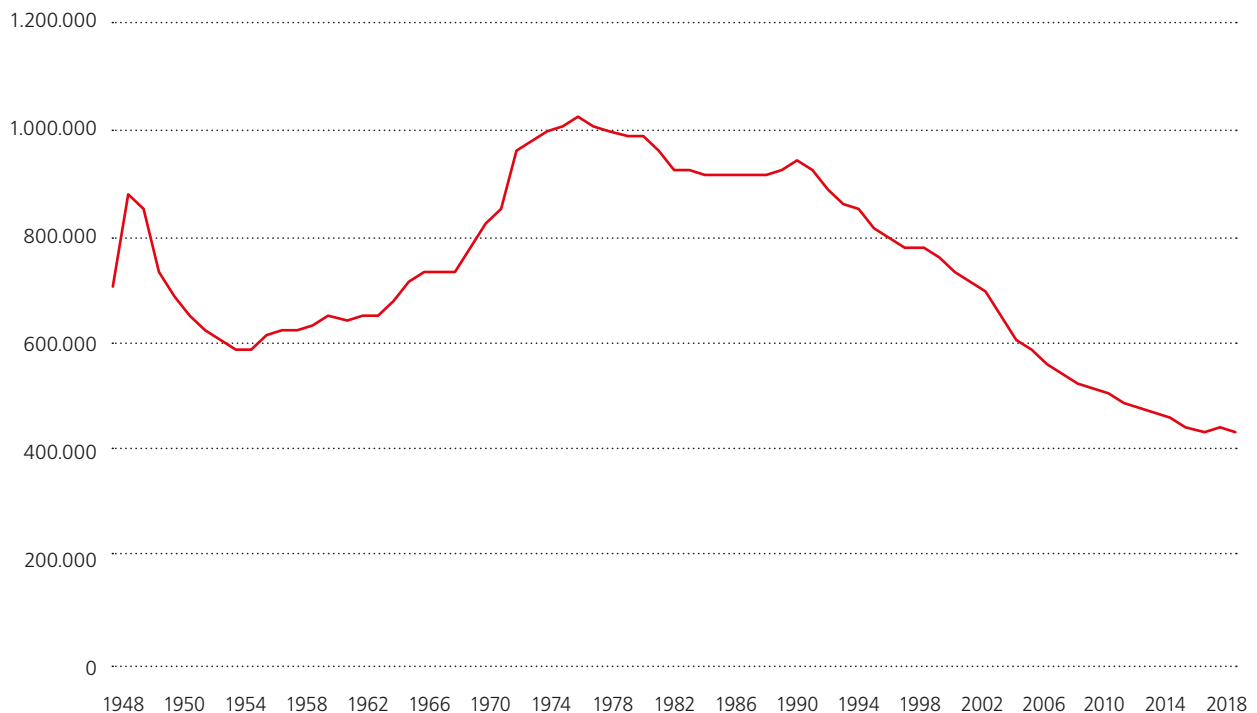
Quellen: Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern. Band 5: Das Wilhelminische Kaiserreich und der Erste Weltkrieg, 1890–1918. Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren (1882-1907), in: Hohorst, Kocka und Ritter, Hg., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. 2 Bde. C.H. Beck: München 1975, Bd. 2, 66.

Tabelle 6
Soziale Struktur der NSDAP vor 1933

Erwerbstätige	Im Reichsgebiet (Volkszählung von 1925)	%	In der NSDAP vor dem 14.9.1930	%	Unter den neuen NSDAP-Mitgliedern (zw. 14.09.1930 u. 30.01.1933)	%
Arbeiter	14.443.000	45,1	34.000	28,1	233.000	33,5
Selbstständige	5.658.000	17,4	41.600	34,4	215.000	32,3
Beamte	1.384.000	4,3	10.000	8,3	47.000	7,2
Angestellte	5.087.000	15,9	31.000	25,6	148.000	22,1
Mithelfende Familienangehörige (meist weiblich)	5.437.000	17,3	4.400	3,6	27.000	4,9
Insgesamt	32.009.000	100	121.000	100	670.000	100

Quelle: Martin Broszat, Der Staat Hitlers, dtv, München 1969, S. 51.

Abbildung 12
Mitgliederentwicklung der SPD 1946 bis 2018



Zahlen von 1946-1989 entnommen aus: Josef Boyer, Till Kössler (Bearb.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie Die Grünen. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 129-134. Zahlen von 1990-2018 entnommen aus: Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019. URL: <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/22698>

In der Krise versagten dann die sozialpolitischen Instrumente. Lohnabbau und eine große Welle der Arbeitslosigkeit wirkten sich verheerend auf das Wahlverhalten der Arbeiter_innen aus. Noch mehr beschleunigte die Krise den Marsch des Mittelstands zur NSDAP und verursachte am 14. September 1930 den ersten politischen Erdrutsch, der 1933 im Ermächtigungsgesetz, zwölf Jahre Diktatur, dem Holocaust und der Zerstörung der halben Welt endete, einschließlich Deutschlands.³⁹

Es folgten beklemmende Jahre. Die Mitglieder beider Arbeiter_innenparteien, gemeinsam in der Illegalität oder im Exil, waren machtlos gegen das Regime und hatten so gut wie keinen Einfluss auf die weitere Entwicklung. Die Beseitigung der Sozialdemokratie, eine der wichtigsten Gestalter der Transformation hin zu einem demokratisch legitimierten, sozialpolitisch eingehegten Kapitalismus, hatte das von vielen prophezeite Ergebnis. Die politische Rechte, und bei Weitem nicht nur die

Nationalsozialisten führte das Land mit Unterstützung eines Großteils der Unternehmerschaft, aber auch der Verbände der Bauern, der Angestellten und des Mittelstands sowie der in der militärischen Führung immer noch einflussreichen Aristokratie direkt in die Katastrophe. Die Beihilfe zum sogenannten tausendjährigen Reich war ein Armutszeugnis für die deutschen Eliten, aber auch für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung.

Deutschland war 1945 ein zerstörtes, besetztes und wenig später auch geteiltes Land. Dabei erwies sich die Sozialdemokratie im Gegensatz zum Ende des Ersten Weltkriegs in beiden deutschen Staaten als die große Verliererin des Neuanfangs: in der DDR durch die erzwungene Vereinigung mit der KPD und der Ausschaltung des demokratischen Flügels der Arbeiterbewegung; in der BRD durch eine lange Serie von Wahlniederlagen gegenüber den sich in der CDU neu sammelnden Mitgliedern und Wähler_innen der früheren konservativen Parteien und des Zentrums, des Bundes der Heimatvertriebenen (BHV) und auch der FDP. Die rechten und bürgerlichen Parteien dominierten über knapp zwei Jahrzehnte die Bundesrepublik und die Sozialdemokratie war weit entfernt von Mehrheiten im Parlament.

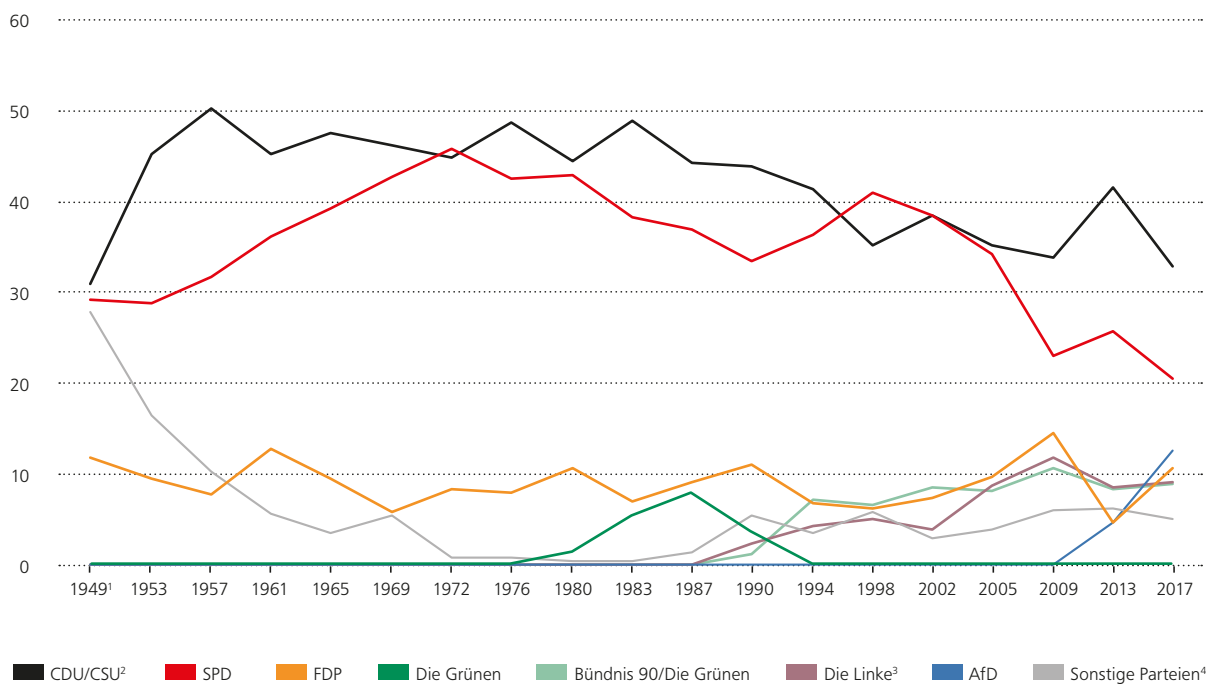
³⁹ Zum Weg in die Diktatur und der Arbeiterbewegung in Illegalität und Exil vgl. auch Schneider (1999): Hakenkreuz. Zur Diskussion um den Anteil der Arbeiter_innen unter den Wähler_innen der NSDAP vgl. Borowsky (2006): Hitler.

Man kann viele Gründe für diese Situation anführen. Doch allen voran fehlte eine Erklärung, woher die Massen kamen, die nun wiederum die CDU in den Wahlen zur stärksten (Volks-) Partei erhoben hatten. Neben deutlichem Zuspruch bei den Arbeiter_innen waren es vor allem die immer noch vorhandenen Millionenmassen des Mittelstands, die in der Schlussphase der Weimarer Republik den Nationalsozialisten Wahlerfolge beschert hatten. Es hatte sich seit dem Ende des Kaiserreichs nicht allzu viel an der sozialen Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft geändert. Es finden sich in der Statistik fast die gleichen Zahlen zu den Erwerbstätigen wie zu der Zeit, als das Erfurter Programm (1891) geschrieben wurde. Auch am

Beginn der Bundesrepublik gab es noch mehrere Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft, ebenso im Handwerk und Kleingewerbe, wie auch in den anderen genannten Gruppen. Die Sozialdemokratie hatte zwar rasch wieder einen dominanten Einfluss in den Arbeiter_innenmilieus, jedoch nicht in den anderen Bereichen. Das unterschied sie von den Konservativen, die sich als Volksparteien etablierten, in denen sich neben einem breiten Spektrum unterschiedlicher Sozialgruppen auch Arbeiter_innen sammelten.

Angesichts der gegenüber zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaum vorangeschrittenen Polarisierung in zwei Klassen erwies

Abbildung 13
Wahlen zum Deutschen Bundestag 1949 bis 2017
 Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Stimmanteile in Prozent (Zweitstimmen)



Bemerkungen:
 1 = Jeder Wähler und jede Wählerin hatte nur eine Stimme.
 2 = CSU nur in Bayern; 1957 auch im Saarland neben der CDU.
 3 = Bis 2004 PDS; bei der Bundestagswahl 2005 Die Linke.
 4 = Einschl. Wählergemeinschaften, Einzelbewerber und Einzelbewerberinnen.

Quelle: Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Stand 8. November 2018. URL: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf (4.10.2019).

sich die Milieubindung der Sozialdemokratie als Käfig und Sackgasse. Eine zu eng fokussierte Gesellschaftsanalyse und Programmatik hinderte die Partei, die Initiative zu Themen zu ergreifen, bei denen die Konservativen punktetten (zum Beispiel das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft). Mit dem Beschluss des Godesberger Programms 1959 gelangte die SPD schließlich zu der Auffassung, sich ebenfalls Schichten außerhalb der Arbeiterschicht zuzuwenden, um mehrheitsfähig zu werden und damit den Konservativen und Liberalen die Grundlage ihrer Wahlerfolge streitig zu machen. Die SPD entwickelte sich von einer Milieupartei zu einer Volkspartei.

Mit der Neufassung des Sozialismus als demokratischer Sozialismus waren grundlegende Neuerungen verbunden.⁴⁰ Im Zentrum stand die Metamorphose der Arbeiter_innen von einem ausgebeuteten Objekt zu gleichberechtigten Staatsbürger_innen. An die Stelle der Klasse trat das Volk und damit eine breite Öffnung für andere Milieus. Mit dem Godesberger Programm akzeptierte die SPD, dass sich der Kapitalismus nicht im Stadium des Zerfalls und Untergangs befand, sondern noch ganz vital in der Entfaltung seiner Möglichkeiten begriffen war. Mit dieser Wende gelang dann eine erhebliche Ausweitung der sozialen Basis. Es wurden wieder Wahlen gewonnen, der sogenannte „Genosse Trend“ führte bis hin zur Großen Koalition von 1966 und kurz darauf gelang die Übernahme der Regierungsverantwortung. In den Jahren 1969 bis 1982 setzte die SPD in der Koalition mit den Liberalen schließlich ein fulminantes Reformprogramm durch.

Zu den großen Leistungen gehören zweifellos die Deutschland- und Ostpolitik. Ziel war die Entkrampfung des Verhältnisses zu den Staaten Osteuropas auf der Grundlage eines von Willy Brandt und Egon Bahr entwickelten Konzepts, das bis zum Jahr 1963 zurückreichte und sich in Bezug auf die DDR als „Politik der kleinen Schritte“ zusammenfassen lässt. Gegenüber der Sowjetunion und den kommunistischen Staaten Osteuropas wurde ein „Wandel durch Annäherung“ versucht. Innenpolitisch galt der Leitsatz: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Das bezog sich auf ganz konkrete Reformvorhaben, die zu mehr Chancengleichheit im Bildungswesen führen sollten und die Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht durchsetzte. Es ging darum, die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau endlich auch in diesem „privaten“ Bereich zu verwirklichen. Mehr Demokratie brachte auch die am 18. Juni 1970 beschlossene Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters auf 18 beziehungsweise 21 Jahre. Maßstäbe setzte ebenfalls der Ausbau der sozialen Sicherheit durch Aufstockung der Leistungen, durch eine Ausweitung des Kreises der Leistungsempfänger_innen und durch die Einführung flexibler Altersgrenzen. Dazu kamen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (noch von der Großen Koalition beschlossen), eine Ausweitung der Monopolkontrolle und schließlich die

Abbildung 14
**Außerordentlicher Parteitag der SPD
in Bad Godesberg, 13.-15.11.1959.**
Rechte: J. H. Darchinginger / Friedrich-Ebert-Stiftung



Abbildung 15
**Außerordentlicher Parteitag der SPD
in Bad Godesberg, 13.-15.11.1959.**
Rechte: J. H. Darchinginger / Friedrich-Ebert-Stiftung



⁴⁰ Grundsatzprogramm der SPD (1959). Dieses und andere programmatische Dokumente der SPD finden sich Online auf den Webseiten der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: <https://www.fes.de/bibliothek/grundsatz-regierungs-und-wahlprogramme-der-spd-1949-heute>.

Abbildung 16
**Plakat zum außerordentlichen Parteitag der SPD
 in Bad Godesberg, 13.-15.11.1959.**
 Rechte: SPD/AdsD



Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, die zu den wichtigsten Projekten im Reformprogramm der sozial-liberalen Regierung gehörte. Mitbestimmung meinte sowohl die Neuregelung in den Betrieben (Betriebsverfassung) als auch die Ausweitung der bestehenden Regelungen über die Mitbestimmung auf Unternehmensebene. Die Gewerkschaften hatten das Betriebsverfassungsgesetz immer wieder als unzureichend eingestuft. Sie forderten daher seit 1967 eine entschiedene Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen seiner Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Ausbau der Aufgaben und Rechte der Jugendvertretungen.⁴¹

Es handelte sich um weitreichende Erfolge, an die nach Verlust der Regierungsverantwortung erst mit der rot-grünen Koalition Ende der 1990er-Jahre wieder angeknüpft werden konnte.⁴² Die rot-grüne Bundesregierung von 1998 sah sich einer Reihe von Problemen gegenüber, aus Sicht der Sozialdemokratie war ein großer „Reformstau“ abzutragen. Es waren Antworten auf die seit Jahren verfestigte Massenarbeitslosigkeit, die Herausforderungen struktureller Anpassungen, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Wiedervereinigung und nicht zuletzt auf den neuen Schub der Globalisierung zu finden. In den 1990er- und 2000er-Jahren sah die Sozialdemokratie (nicht nur in Deutschland) die Lösungen vorrangig in der Schaffung attraktiver Standortbedingungen für Unternehmen, der steuerli-

chen Entlastung der Privathaushalte und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Einsparungen. Für die Förderung des Standorts und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollten die Lohnkosten durch Einsparungen bei der Renten- und Krankenversicherung begrenzt sowie der Arbeitsmarkt, die Tarifpolitik und andere Märkte dereguliert werden.

Die Reformen der zweiten Halbzeit des Kabinetts von Gerhard Schröder in den 2000er-Jahren und insbesondere die „Agenda 2010“, die nach Peter Hartz auch als Hartz-Reformen benannten Reformpakete, führten zu heftigen öffentlichen und innerparteilichen Diskussionen. Die Debatten über die von vielen als ungerecht wahrgenommenen Eingriffe in den Sozialstaat halten bis heute an, so wie auch die Ergebnisse der „Agenda-Politik“ unterschiedlich bewertet werden. Ein großer Unterschied zu der Zeit von Gründung der Bundesrepublik bis in die 1970er-Jahre hinein besteht vor allem darin, dass im Gegensatz zu den damaligen großen sozialpolitischen Maßnahmen Reformen und Modernisierung dieses Mal nicht zu einer spürbaren Wohlstandsverbesserung der Arbeitnehmer_innen führten. Als Verdienst könnte man dagegen den Erhalt und Fortbestand der bestehenden Systeme und ihre Finanzierung ohne Neuverschuldung anführen.⁴³ Als nachhaltige Ergebnisse können ferner die Gründung der Partei Die Linke und die Entfremdung gegenüber den Gewerkschaften sowie Teilen der eigenen Wählerschaft festgehalten werden. Es gibt gute Gründe für die Einschätzung, dass das Eintreten der erhofften arbeitsmarktpolitischen Effekte, die sich nach der rot-grünen Koalition einstellten und zuerst bei der konservativ-liberalen Koalition zeigten, weniger auf die Agenda-Reformen zurückzuführen ist, sondern auf längerfristigen demografischen Trends beruht. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen seit der Millenniumswende in die Rente, der Zustrom der Frauen auf den Arbeitsmarkt hat sich stabilisiert, eine Entwicklung, die mit der seit Jahrzehnten zu verzeichnenden Zunahme der Arbeitsplätze für eine gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt sorgte. Insofern hätten die politischen Friktionen, denen das politische Lager links der Mitte ausgesetzt war, vermieden werden können.

⁴¹ Borowsky (1998): Koalition.

⁴² Vgl. Eichhorst/Zimmermann (2005): Bilanz.

⁴³ Vgl. Hüther/Scharnagel (2005): Agenda 2010; Zimmermann (2005): Zeitenwende; Egle u. a. (2003): Projekt; Egle/Zohlnhöfer (2007): Ende; Geyer u. a. (2005): Operation.

4

DAS 20. JAHRHUNDERT

Was war der Ertrag dieser wechselvollen Geschichte der Arbeiter_innenbewegung und der Sozialdemokratie? Fangen wir mit dem Elend der Klassenbildung im 19. Jahrhundert an. Dieses Elend konnte durch den radikalen Wertschöpfungsprozess der Industrialisierung in einem für die Zeitgenoss_innen des 19. Jahrhunderts kaum vorstellbaren Umfang nach einer langen Aufholjagd weitgehend beseitigt werden. Das zeigt die lange Linie der als Folge zahlloser Tarifaueinandersetzungen gestiegenen Reallöhne und der konträr dazu sinkenden Arbeitszeiten.

Das zeigt auch der Ausbau der sozialen Sicherungsnetze, der rechtlichen Aufwertung der Arbeiter_innen als gleichberechtigte Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft. Und das zeigt schließlich die politische Integration der sozialen und politischen Interessenvertretungen der Arbeiter_innen, was nach dem Scheitern der Weimarer Republik allerdings erst im zweiten Anlauf im geteilten Deutschland gelang. Ohne organisierte Praxis wären die langfristigen Erträge kaum so ausgefallen.

Tabelle 7

Die Reallöhne und die Entwicklung der Produktivität 1871 bis 1914 (Deutsches Reich)

Index 1913 = 0

Jahr	A	B	C	D
	Jährliche Arbeitsstunden	Wertschöpfung	Produktivität	Reallöhne
	je Arbeitsstunde			
1871	17.829	36	36	52
1875	18.288	47	47	64
1880	19.677	41	42	61
1885	21.468	45	45	67
1890	25.276	48	50	73
1895	25.431	59	60	78
1900	28.273	67	68	88
1905	29.616	73	74	89
1910	30.318	88	88	93
1913	31.333	100	100	100

A = jährliche Arbeitsstunden in Millionen in der Industrie

B = Index der Wertschöpfung in Industrie und Handwerk (ohne Bergbau) zu Preisen von 1913

C = Index der Produktivität in Industrie und Handwerk (ohne Bergbau) je Arbeitsstunde

D = Reallohnindex

4.1 DER GROSSE UND LANGFRISTIGE ANSTIEG DER LÖHNE

Die reale Entwicklung der Löhne, das heißt ihre Korrelation mit der Preisentwicklung der wichtigsten nachgefragten Waren und unter Einbeziehung der Inflation, zeigt in den letzten zweihundert Jahren eine langsame Steigerung im Kaiserreich, deren Ertrag erst über die Jahrzehnte hinweg spürbar wurde. So verdoppelten sich die Reallöhne in einem Zeitraum von über vierzig Jahren (eine jährliche Steigerung von rund 2,5 Prozent). Dabei muss in Rechnung gestellt werden, dass die Löhne um 1870 nahe dem Existenzminimum lagen.

Es folgten die von den beiden Katastrophen des 20. Jahrhunderts verursachten einschneidenden Krisen der Einkommen, als der in den Jahrzehnten im Kaiserreich erworbene Lebensstandard zu einem beträchtlichen Teil wieder verloren ging. Es vollzog sich deshalb erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein spürbarer und im Vergleich der Jahrzehnte zuvor steiler Anstieg der Reallöhne, der abgesehen von einigen Stagnationsphasen bis heute anhält.

Der Trend ist eindeutig. Einem Arbeiter_innenhaushalt stehen heute (2018) bedeutend mehr Mittel zur Verfügung als 1950, während 1950 kaum mehr Mittel zur Verfügung standen als in den letzten Friedensjahren vor dem Ersten Weltkrieg, allerdings mehr als am unrühmlichen Ende des Kaiserreichs im Jahre 1918. Relativ betrachtet vergrößerten sich die Konsumtionsmöglichkeiten eines durchschnittlichen Arbeiter_innenhaushalts in den letzten sieben Jahrzehnten um das Siebenfache. Das heißt, einem Arbeiterhaushalt stehen heute siebenmal mehr Mittel zur Verfügung als dem Haushalt der Großeltern oder Urgroßeltern oder das Achtfache gegenüber den Vorfahren um 1870 und ein noch um einiges größere Vielfache im Vergleich zu den ersten Generationen der modernen Fabrikarbeiter_innen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Noch um 1950 wurde es als eine Wunschvorstellung angesehen, existenzbedrohende Armut zu beseitigen, und Personen, die dies als prinzipiell möglich ansahen, wie etwa der den Ge-

werkschaften nahestehende Historiker Fritz Sternberg, als Visionäre belächelt. Dieser hatte Anfang der 1950er-Jahre behauptet: „Schon heute hat die zweite industrielle Revolution bewiesen, daß die Produktivität der Arbeit so gesteigert werden kann, daß das uralte Ziel der Menschheit – die Beseitigung der Armut – kein fernes Ideal mehr ist, sondern eine Aufgabe, die direkt und unmittelbar gegeben ist, eine Aufgabe, die die heutige Generation erfüllen kann und erfüllen soll.“⁴⁴ Sternberg prognostizierte den Arbeiter_innen der Zukunft eine „mittelständische“ Position in der Gesellschaft. Was damals jedoch bereits als „mittelständisch“ eingestuft wurde, ist heute von der Masse der Arbeitnehmer_innen längst auf breiter Front überschritten worden: Warme, trockene und immer größere Wohnungen mit mindestens drei Zimmern, Küche und Bad gelten als selbstverständlich (bei gleichzeitigem Rückgang der Personen pro Haushalt). Zu jedem Haushalt gehört ein umfangreiches Sortiment an Haushaltsgeräten, das über die Jahrzehnte answoll und eine ganze Schar von Dienstpersonal ersetzt: die Waschmaschine in den 1950er-Jahren, Eisschrank, Staubsauger, Elektroherd und Backofen in den 1960er-Jahren, Wäschetrockner, Geschirrspülmaschine, Mixer, Toaster in den 1970er-Jahren und so weiter. Die Mechanisierung der Hausarbeit wurde durch Geräte und Mittel für den medialen Massenkonsum ergänzt. Ab den 1950er-Jahren standen in viel größerem Umfang als je zuvor Zeitungen und Bücher sowie Radio zur Verfügung. In den 1960er-Jahren kamen Fernseher und Telefon hinzu, in den 1970er-Jahren Stereoanlage und Farbfernseher, in den 1980er-Jahren Computer und Video- sowie CD-Player, in den 1990er-Jahren das Notebook und so weiter. Noch wichtiger aber als der Zugang zu Kultur, Bildung und Unterhaltung waren die Maschinen und der Infrastrukturausbau für die alltägliche Mobilität. Dazu gehörte nicht nur das eigene Auto (1960er-Jahre), sondern auch schon früher bezahlbare Tarife für Bus und Bahn und schließlich ab den 1970er-Jahren das Flugzeug, mit dem ein immer größerer Teil der Bevölkerung auf Touren in die ganze Welt gehen konnte und sich der Tourismus von kleinen Reisebüros zu Reisekonzernen für den Massentourismus entwi-

⁴⁴ Sternberg (1951): Revolution, S. 50.

Abbildung 17

Innenaufnahme in einer Fabrik, um 1945.

Rechte: AWO/AdsD

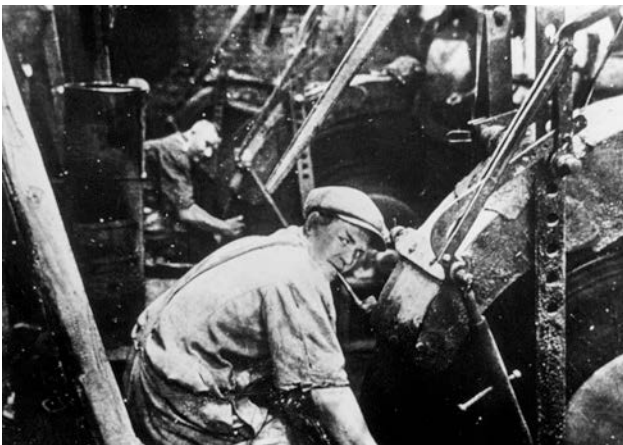


Abbildung 18

Gruppenaufnahme in einer Fabrik um 1945.

Rechte: AWO/AdsD

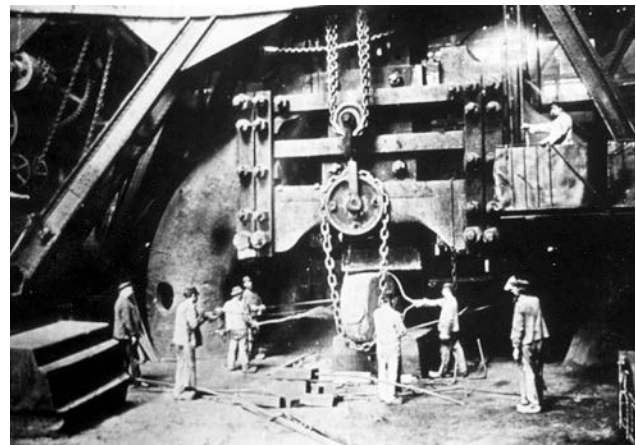


Tabelle 8
Wochenarbeitszeit in Deutschland 1875 bis 2000

1875	72 Stunden
1900	60 Stunden (in 6 Tagen)
1913	57 Stunden
1918	48 Stunden (8-Stunden-Tag)
1932	42 Stunden
1941	50 Stunden (Verlängerung im Zweiten Weltkrieg)
1950	48 Stunden
1956	Übergang zur 5-Tage-Woche mit dem Ziel einer Absenkung auf 40 Stunden in Etappen
1965	40 Stunden (Druckindustrie)
1967	40 Stunden (Metallindustrie)
1984	38,5 Stunden (Metallindustrie und Druckindustrie)
1995	35 Stunden (Druck-, Metall- und Elektroindustrie)

Quelle: Tabelle Arbeitszeitentwicklung in Deutschland 1825 bis 1995, in: Strawe (1994): Arbeitszeit.

ckelte. Die Mühen der Organisation und des Austragens zahlloser Konflikte haben sich gelohnt. Die Arbeiter_innenbewegung konnte in den Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts den technologischen Fortschritt und die zunehmende Arbeitsproduktivität zugunsten der Hebung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten nutzen.

4.2 DIE VERRINGERUNG DER ARBEITSZEIT

Ein weiterer wichtiger Erfolg ist die deutliche Verringerung der Arbeitszeit. Erst auf der Grundlage der gewachsenen Freizeit sind die meisten Arbeiter_innenhaushalte in der Lage, Reisen in die ganze Welt durchzuführen, an Kultur und Bildung, Sport und Unterhaltung teilzuhaben, also ins Kino, Theater und Museen zu gehen, sich in Vereinen zu engagieren und den verschiedensten Hobbys nachzugehen. Der Unterschied zu den Haushaltslagen vor 1900 wird noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, dass die Arbeitszeit heute im Durchschnitt gerade einmal die Hälfte der damaligen ausmacht – ganz zu schweigen von den Arbeitszeiten um 1860.

Der immer intensivere Maschineneinsatz setzt aufgrund der notwendigen Aufmerksamkeit einer beliebigen Ausweitung des Arbeitstages für den einzelnen Menschen Grenzen. Dies führte bereits in den beiden Jahrzehnten um 1900 zu einer Tendenzwende: So wurde etwa der Sonntag wieder ein Feiertag. Weitere Erleichterungen brachte die Revolution von 1918 mit der gesetzlichen Festlegung des 8-Stunden-Tags sowie – allerdings unfreiwillig – die Weltwirtschaftskrise von 1929. Die nächste große Stufe der Begrenzung der Arbeitszeit vollzog sich von den späten 1950er-Jahren bis Ende der 1960er-Jahre

Abbildung 19
Demonstration der Metaller für die 35-Stunden-Woche, Hofgartenwiese in Bonn, 28.05.1984.

Rechte: J. H. Darchingner / Friedrich-Ebert-Stiftung



durch den Übergang zur 5-Tage-Woche bei Beibehaltung des 8-Stunden-Tags, und dies bei vollem Lohnausgleich. Alles in allem war das ein bedeutender Einschnitt nach der Reduzierung der Arbeitszeit nach dem verlorenen Krieg im November 1918.

In den letzten vierzig Jahren hat sich die Arbeitszeit dagegen nur um durchschnittlich 2,5 Stunden verringert. Geringere Wochenstunden finden sich außerhalb Deutschlands nur in wenigen industriellen Arbeitsbeziehungen und meistens ist der Unterschied minimal. Lediglich im Vergleich mit Frankreich beträgt die Differenz seit zwei Jahrzehnten rund zwei Stunden in der Woche (was jedoch gegenwärtig zur Disposition steht).⁴⁵

4.3 DIE ENTSCHÄRFUNG DER WOHNUNGSNOT

Ein wichtiger Parameter für den steigenden Lebensstandard bildet die deutliche Verbesserung bei der Versorgung von Arbeiter_innenfamilien mit Wohnraum. Das lange Warten auf adäquate Wohnungen hatte erst in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ein vorläufiges Ende. Dazu trugen in großem Umfang sowohl gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften wie auch der von den Gemeinden und der staatlich geförderte soziale Wohnungsbau bei. Im Kaiserreich hatten sich diese Instrumente noch als stumpf erwiesen, weil weder der sich entwickelnde Sozialstaat noch das kommunale Gemeinwesen mit der Verantwortung für die städtische Infrastruktur über Anfänge hinaus kamen.

Insbesondere in den rasch wachsenden Städten blieben die Wohnungen für mehr als hundert Jahre teuer, mussten untervermietet werden, waren damit überbelegt und genügten selbst den damaligen Vorstellungen von Hygiene nicht. Die Wohnfrage war ein Politikum. Es drohten Epidemien und soziale Unruhen.⁴⁶ Als eine der ersten Reaktionen erließ Preußen 1867 ein Genossenschaftsgesetz, dessen Effizienz jedoch an der unbegrenzten Haftung krankte. Die Aufhebung dieser Bestimmung 1889 verhalf dann den Baugenossenschaften zu einem ersten Boom. Sie wurden in großer Zahl von Arbeitervereinen wie von sozialpolitisch engagierten Bürgern gegründet. Der Erste Weltkrieg vernichtete die zur Verfügung gestellten beziehungsweise mühsam angesparten Kapitalien, sodass der genossenschaftliche Wohnungsbau über Anfänge nicht hinaus kam.

Dennoch wurden von einigen Kommunen beeindruckende und wegweisende Vorbilder geschaffen, wie durch eine Industrialisierung Wohnungen preisgünstig und in großer Zahl gebaut werden können. Bekannte Beispiele sind die Hufeisensiedlung und die Wohnstadt Carl Legien in Berlin oder das Projekt „Neues Frankfurt“ in Frankfurt am Main. Letzteres entstand unter der Leitung von Ernst May und in seinen Projekten



Abbildung 20
Grundsteinlegung zur Wohnsiedlung Friedrich Ebert in Berlin-Wedding, 1929. Reichsarbeitsminister a.D. Gustav Bauer mit der Witwe Friedrich Eberts, Luise Ebert, bei den traditionellen Hammerschlägen.

Rechte: AdSD

Abbildung 21
Einweihungsfeier der Wohnsiedlung „Friedrich Ebert“ im Berliner Wedding, 1929.

Rechteinhaber nicht ermittelbar.



wurde der soziale Wohnungsbau sogar mit einer Erneuerung der Wohnkultur verknüpft.⁴⁷ Zu nennen wäre auch die von Gewerkschaften beeinflusste Bauhüttenbewegung. Einem eigens gegründeten Verband sozialer Baubetriebe gehörten immerhin fast 150 Betriebe an, in denen 16.000 Arbeiter_innen und Angestellte tätig waren.⁴⁸ Doch letztlich fehlte auch der Weimarer Republik die Zeit, um über einen experimentellen Massenwohnungsbau hinauszukommen. Das Regime des nachfol-

⁴⁵ 2002 unterschritten nur folgende Länder die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in Deutschland (37,7): Norwegen um 12 Minuten, Großbritannien um 30 Minuten sowie Dänemark und Niederlande um 42 Minuten. Nur gegenüber Frankreich beträgt die Differenz zwei volle Stunden. Vgl. Arbeitszeiten in Europa (2003).

⁴⁶ Kuhnert/Leps (2017): Entwicklung, S. 33–56 und 40–41.

⁴⁷ Vgl. Huse (1975): Neues Bauen; Klotz (1986): Ernst May; Kuhn (1998): Wohnkultur; Abt/Ruhe (2008): Frankfurt; Schultz (1993): Wohnungspolitik, S. 39f.

⁴⁸ Vgl. Naphtali (1928): Wirtschaftsdemokratie, S. 90–95; Kampffmeyer (1920): Wohnungs- und Siedlungspolitik.



Abbildung 22
Plakat des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1980.
Rechte: DGB

genden Nationalsozialismus hielt propagandistisch lautstark an einem sozialen Wohnungsbau fest. Es gab mit Robert Ley ab 1940 auch einen „Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau“ (RKSU). Der RKSU beschränkte sich jedoch darauf, Vorbereitungen für einen deutschen Wohnungsbau in der Zeit nach dem „Endsieg“ zu treffen. Statt gemalter Pläne trug das nationalsozialistische Regime die Verantwortung für die millionenfache Zerstörung deutschen Wohnraums.⁴⁹

Erst der BRD (und bedingt, mit anderen und weniger effektiven Mitteln, auch die DDR) gelang es, dem Wohnungsmarkt ausreichend neue Wohnraumbestände zuzuführen, damit auch Arbeiter_innen zufriedenstellenden Wohnraum mieten oder erwerben konnten. Nach dem Krieg benötigten mehr als 20 Millionen Menschen eine Unterkunft.⁵⁰ Ihnen wurden in den drei Westzonen 13,7 Millionen Haushalte zugeordnet, für die aber nur 8,2 Millionen Wohnungseinheiten zur Verfügung standen. Dem trug die Bundesrepublik durch das Bundesministerium für Wohnungsbau Rechnung. Von dort aus erging ein Soforthilfegesetz, das nicht nur den Wiederaufbau von Wohnungen förderte, sondern eine Wohnungszwangsbewirt-

schaffung einführte. Die Wohnungsbaugesetze der 1950er-Jahre enthielten Maßnahmen zur Wohnungsbaufinanzierung in drei Varianten: den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau, den steuerbegünstigten Wohnungsbau und den vom Staat finanzierten Wohnungsbau. Außerdem wurde die Wohnungspolitik marktwirtschaftlich ausgelegt; die Maßnahmen dienten dazu, den Markt zu stimulieren. Als sozialer Ausgleich wurde ein Mietrecht eingeführt, das an Regelungen aus dem Ersten Weltkrieg beziehungsweise sozialpolitischen Maßnahmen zur Wohnraumzwangsbewirtschaftung von 1923 anknüpfte. Um allzu heftige Mietsteigerungen zu verhindern, gab es ein faktisches Verbot von Kündigungen, Mietobergrenzen und schließlich auch die staatliche Vergabe von privatem Wohnraum. Dazu kamen verschiedene Investitionsprogramme für den Sozialen Wohnungsbau. Private Wohnungsunternehmen, private Bauherr_innen oder Baugenossenschaften trugen das ihre dazu bei. So gelang es innerhalb nur eines Jahrzehnts, mit staatlicher Unterstützung 3,3 Millionen Wohnungen zu bauen. Weitere 2,7 Millionen Wohnungen errichteten private Investoren. Die große Wohnungsnot der frühen 1950er-Jahre war damit im Gegensatz zu den einhundertfünfzig Jahren zuvor in kurzer Zeit gebannt – ein einzigartiger Vorgang in der langen Geschichte der industriell getriebenen Urbanisierung und Verstädterung.

Während das Kaiserreich lediglich 2 bis 3 Haushalte von 1.000 mit neuen Wohnungen versorgen konnte, so waren es in der Weimarer Republik schon 6 bis 8. In der neu gegründeten Bun-

⁴⁹ Vgl. Harlander/Fehl (1986): Wohnungsbau.

⁵⁰ Zum Wohnungsbau in der Bundesrepublik vgl. Schäfers (2002): Sozialstruktur; Egner (2014): Wohnungspolitik; Egner u. a. (2004): Wohnungspolitik; Mühlenbrock (2017): Wohnungsbau; Eick/Sambale (2005): Wohnungsbau; Hanauske (1995): Bauen; Kuhnert/Leps (2017): Wohnungsgemeinnützigkeit; Dörhöfer (1978): Erscheinungen.

desrepublik erreichte diese Rate dann über zehn Neubauwohnungen auf 1.000 Haushalte, was einem Neuzugang von bis zu einer halben Million Wohnungen pro Jahr entsprach. Ab den 1960er-Jahren, als die größte Not beseitigt war, zog sich der Staat als direkter Finanzier und Stimulator allmählich wieder aus dem Wohnungsbau zurück und begann stattdessen in den 1970er-Jahren aufgrund des steigenden allgemeinen Wohlstands mit der Eigenheimförderung. 1982 wurde unter anderem das „Baukindergeld“ eingeführt. Demgegenüber wurde der Soziale Wohnungsbau auf 74.000 Einheiten pro Jahr reduziert. Daran änderten auch Engpässe in den urbanen Räumen in dieser Zeit nichts.

Übrig blieben die Wohnungsbaugenossenschaften, die als besondere Form der Selbsthilfe im Bereich des Wohnungsbaus steuerlich begünstigt wurden. Diese erlebten allerdings einen tiefen Einschnitt, nachdem sie ihren Zweck weitgehend erfüllt hatten. Das Arbeiter_innenmilieu war geprägt durch Notlagen und Armut und löste sich ab den 1960er-Jahren mit dem Aufstieg der Arbeiter_innen in mittelständische Lebenslagen in seinen traditionellen Formen auf. Die Arbeiter_innenvereine verloren Mitglieder, zogen nicht mehr die Jugend an, zerfielen oder stellten sich sozial breiter auf. Denn mit der Aufhebung der Segregation in den neuen genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbauten, die zumeist auf der grünen Wiese errichtet wurden, mischten sich Arbeiter_innen und die unteren und mittleren Schichten der Angestellten und Beamte_innen. Mit dem Anstieg des Lebensstandards nahmen die Unterschiede und das Bedürfnis nach Abgrenzung zwischen den diversen Gruppen der Lohnabhängigen ab. Damit löste sich aber auch die klar umrissene soziale und kulturelle Identität auf. In der Folge verlor das Genossenschaftswesen seine soziale Sonderstellung und mutierte zu professionell geführten Großunternehmen, die sich auf stürmischen Märkten behaupten mussten. Aus Konsum wurde Coop, aus den Wohnungsbaugenossenschaften wurde die Neue Heimat. Sie gingen in den Strukturbrüchen ihrer Branchen unter. Als Endpunkt des Traums von einem eigenen von Arbeiter_innen gestalteten Wirtschaftssektor kann der symbolträchtige Untergang der Neuen Heimat in den 1980er-Jahren angesehen werden.

4.4 DER SOZIALSTAAT IN DER ENTFALTUNG

Seit der Etablierung des Sozialstaats in den 1880er-Jahren wurden die gesetzlichen Formen sozialer Sicherung permanent ausgeweitet. Die hundertvierzigjährige Geschichte dieser Kassen und Versicherungen liefert ein beeindruckendes Panorama an Schutz und Sicherheit in einstmalig prekären Lebenssituationen. Wenn auch nicht die Einführung, so lag doch die weitere Ausgestaltung überwiegend in der Hand der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, und zwar eng verbunden mit den Freien Gewerkschaften des ADGB und des DGB. Das begann bereits im Kaiserreich mit der „Datenerhebung“ in den Arbeitersekretariaten. Die Auswertung zahlloser Prozesse um Leistungsgewährung mit den Krankenkassen, den Unfallversicherungen und der Rentenversicherung lieferte (so wie auch zahlreiche ergänzende Sozialenqueten) Argumente für die angestrebten Reformen. Von dem, was dabei über die Jahrzehnte hinweg herauskam, liefern einige Zahlen einen nachhaltigen

Eindruck. Die Mitgliederzahl der gesetzlichen Krankenversicherung stieg von 6,6 Millionen im Deutschen Reich um 1890 auf 51,4 Millionen in Deutschland im Jahre 2010. Damit erhöhten sich auch die Ausgaben für die Leistungen von 43 Millionen auf 164 Milliarden Euro. Die Zahl der Mitglieder der Unfallversicherung stieg sogar von 13,7 Millionen auf 61,9 Millionen. Im gleichen Zeitraum nahmen die Ausgaben für erbrachte Leistungen der Unfallversicherung von 10 Millionen auf 10,5 Milliarden Euro zu.

Auch die Ausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter_innen zeigen einen Anstieg im Deutschen Reich von rund 8 Millionen Euro an Rentenleistungen für 121.000 Rentner_innen im Jahr 1891 auf 84 Millionen Euro für rund 1 Million Rentner_innen nur zwanzig Jahre später. Im Jahr 2000 beliefen sich die Rentenleistungen auf nicht weniger als 96 Milliarden Euro für 13 Millionen Rentner_innen.⁵¹ Dazu sind noch die Leistungen der Knappschaftskassen und seit 1911 die Sondersicherungen für die Angestellten zu zählen.

Es dauerte ein halbes Jahrhundert, bis den Versicherungen für Krankheit, Unfall und Alter auch eine Versicherung im Fall des Verlusts der Arbeit folgte. Die 1927 eingerichtete Arbeitslosenversicherung war zwar noch wirkungslos gegen die Folgen der großen Weltwirtschaftskrise seit 1929. In den Nachkriegsjahren entfaltete sie jedoch eine erhebliche Wirkung und verhinderte ab den 1970er-Jahren den Absturz von bis zu sechs Millionen Arbeitslosen in die Sozialhilfe. In diesem Zusammenhang ist noch die Entwicklung der früheren Armenhilfe erwähnenswert, die von der Armenfürsorge in der Weimarer Republik zur Sozialhilfe in der BRD entwickelt wurde und mit den sogenannten Hartz-Reformen zusammen mit der früheren Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengeführt worden ist. Auch diese Systeme bezogen am Ende Millionen von Menschen ein und dadurch konnte die Armut in rund einhundert Jahren auf ein im globalen Maßstab sehr niedriges Niveau gesenkt werden.⁵²

Und dann gab es noch etwas: die Fixierung der errungenen Erfolge in der Sozialgesetzgebung, im Arbeiter_innenschutz und im Tarifwesen in einem gesonderten Rechtsbereich für die Arbeitnehmer_innen, aus dem wiederum die Stränge Tarifrecht, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmung abgeleitet sind. Dabei handelte es sich um die Lösung eines grundlegenden Problems, denn ein Charakteristikum des entstehenden Arbeitermilieus war die sich nur langsam vollziehende Kodifizierung der neuen Sozialbeziehungen. Darüber hinaus hatten Arbeiter_innen kaum Zugang zu Informationen über ihre Rechte, und selbst wenn sie diese hatten, setzte ihre Nutzung ein hohes Verständnis und Abstraktionsniveau voraus, über das sie in der Regel nicht verfügten.

⁵¹ Rahlf (2015): Deutschland in Daten, S. 88.

⁵² Zur staatlichen Sozialpolitik vgl. Frerich/Frey (1993): Handbuch; Hardach (2006): Generationenvertrag; Hockerts (2011): Sozialstaat; Lampert/Althammer (2007): Lehrbuch; Metzler (2003): Sozialstaat; Ritter (1991): Sozialstaat; Schmidt (1998): Sozialpolitik; Stolleis (2003): Geschichte des Sozialrechts.

ARBEITSRECHT

Die Zusammenfassung und Systematisierung zu einem regelrechten Arbeitsrecht erfolgte erst in der Weimarer Republik. Es waren die an der Verfassungsgesetzgebung und an etlichen Regierungen beteiligten Sozialdemokraten, die auf eine systematische Ausformulierung des Arbeitsrechts drängten. Als dessen Vordenker gilt der Frankfurter Jurist Hugo Sinzheimer.⁵³

Erste Elemente davon wurden bereits am 23. Dezember 1918 zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften in Form einer Tarifvertragsordnung verabschiedet. Ferner wurde 1990 vorgesehen, spezielle Arbeitsgerichte zu schaffen, die die Gewerbegerichte in ihrer Zuständigkeit für Arbeitskonflikte ablösen sollten. Diese neuen Arbeitsgerichte sollten nicht nur für Streitigkeiten zuständig sein, die aus dem individuellen Arbeitsverhältnis resultierten, sondern auch für kollektive Auseinandersetzungen, die sich aus der Praxis des Betriebsrätegesetzes und der Durchführung der Tarifverträge ergaben.⁵⁴

Der Zuschnitt der Arbeitsgerichte war zwischen den Parteien, den Unternehmerverbänden, den Gewerkschaften und Vertretern der Justiz jedoch heftig umstritten. Großer Widerstand regte sich beispielsweise seitens der Juristenverbände gegen ihre Form als Sondergerichte. Ihre Einordnung in die ordentliche Gerichtsbarkeit hätte aber den historischen Erfahrungen der Sozialreform aufgrund der Schwerfälligkeit ordentlicher Gerichte sowie der notwendigen Fachkenntnis des Betriebslebens widersprochen.

Aufgrund dieser Kontroversen konnte erst am 23. Dezember 1926 ein Kompromiss gefunden und im Reichstag mit großer Mehrheit verabschiedet werden. Die Arbeitsgerichte wurden in der ersten Instanz als selbstständige Sondergerichte eingerichtet, in den Revisionsinstanzen auf Landes- und Reichsebene jedoch den ordentlichen Gerichten unterstellt.

Der Aufbau der Arbeitsgerichte geriet in die Turbulenzen der Weltwirtschaftskrise. Als unfertige Institution konnten sie ihren Aufgaben als soziale Schlichtungsinstanz nicht gerecht werden und wurden mit der Etablierung des Nationalsozialismus und dem Verbot der Gewerkschaften ihrer kollektivrechtlichen Aufgaben entkleidet und, wie der gesamte Justizapparat, gleichgeschaltet. Daraus wurden nach dem Krieg Konsequenzen gezogen. So entschieden sich die Verfasser des Grundgesetzes für eine differenzierte Struktur der Justiz. Ein Teil davon ist die Arbeitsgerichtsbarkeit, die am 3. September 1953 in allen drei Instanzen aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausgegliedert wurde.

Es bleibt festzuhalten: Der Sozialstaat war und ist in Deutschland sehr ausgeprägt und wir lassen uns das auch einiges kosten. Im Jahr 2010 waren es laut Sozialstatistik über 760 Milliarden Euro, was mehr als die Hälfte aller staatlichen Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen ausmacht.⁵⁵

4.5 MEHR WOHLSTAND UND EIN LÄNGERES LEBEN

Nichts zeigt deutlicher die Hebung des allgemeinen Lebensstandards als die steigende Lebenserwartung. Betrug sie im 19. Jahrhundert für Männer durchschnittlich lediglich 35,6 Jahre und für Frauen 38,4 Jahre, war sie einhundertfünfzig Jahre später (2010) für Männer auf 77,2 und für Frauen sogar auf 82,8 Jahre

hochgeklettert (statistische Lebenserwartung für Neugeborene). Allein in den Jahren 2000 bis 2010 erhöhte sich die Lebenserwartung im Durchschnitt um über zwei Jahre an.⁵⁶

Blicken wir zurück auf diese im Industrialisierungsprozess entstandenen sozialen Schichten der Arbeitnehmer_innen, kann als Erstes festgehalten werden, dass die kapitalistische Industriegesellschaft durchaus in der Lage war, prekären Verelendungstendenzen ganzer Schichten entgegenzuwirken. Auch wenn sie – so die historische Erfahrung bis jetzt – nicht in der Lage war, soziale Ungleichheit und den Gegensatz von Armut und Reichtum grundlegend zu beseitigen und aufzuheben. Dies kann geradezu idealtypisch an den für den Erfolg der Industrialisierung maßgeblichen Schichten der deutschen Arbeiter_innen veranschaulicht werden. Es gab gerade in diesem Teil Europas über mehrere Generationen hinweg auch in den großen Produktions- und Vertriebsunternehmen außerhalb der Sphäre des klassischen Handwerks und des selbstständigen Mittelstands (Kaufleute, Rechtsanwälte, Ärzt_innen, Leh-

⁵³ Vgl. Sinzheimer (1907): Arbeitsnormenvertrag.

⁵⁴ Vgl. auch Martiny(1976): Integration; Preller (1949): Sozialpolitik; Hentschel (1983): Geschichte; Preller (1970): Sozialpolitik; Roth/Thon (2000): Arbeitsgerichte.

⁵⁵ Schmidt (2012): Sozialstaat, S. 7.

⁵⁶ Statistisches Bundesamt: Durchschnittliche Lebenserwartung (Periodensterbetafel), Ergebnis - 12621-0002, Abfrage vom 12.9.2019.

rer_innen und Architekt_innen) eine Akkumulation von Wohlstand. Jedenfalls ist das die Erfahrung der großen Umbrüche von der von spätfeudalen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen geprägten ausgehenden Frühen Neuzeit hin zur modernen Industriegesellschaft, in der wir heute leben.

Diese *longue durée* von annähernd zweihundert Jahren, also einem Zeitraum von zehn Generationen, begann mit der strukturellen Freisetzung großer Bevölkerungsteile aus traditionellen Beziehungen. Von den selbst für die auf einem weitaus geringeren Niveau an Sicherheit und materieller Versorgung lebenden Menschen in der damaligen Zeit erheblichen Ausbrüchen von Massenelend und Verarmung ist in den alten Industriegesellschaften nicht mehr viel zu finden. Das gilt in der Tendenz auch für jüngere Industriegesellschaften und in den Anfängen auch für die sogenannten Entwicklungsländer oder den globalen Süden.⁵⁷

57 Herausragendes Beispiel ist China, ein Land mit einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen, dem es in den letzten vierzig Jahren gelungen ist, den Anteil der in absoluter Armut lebenden Bevölkerung drastisch zu senken. Vgl. Hsü (2000): China; Kreft (2010): Chinas Aufstieg; Langhammer (2008): Marsch; Mitter (2004): Revolution; Seitz (2004): China; Schüller (2004): Aufstieg; Spence (1995): Moderne.

5

AUSBLICK AUF DIE NÄCHSTE TRANSFORMATION

Es gab ihn also, den langen Weg aus der Armut heraus, und er hat zu Wohlstandsverhältnissen geführt, die bisher kaum in einer anderen Gesellschaft auf der Welt erreicht wurden. Mehr Lohn, weniger Arbeitszeit und mehr Freizeit können in sozial viel besser abgesicherten Lebensverhältnissen genossen werden. Keine Generation vor uns hat auch nur annähernd so viel soziale Absicherung zur Verfügung gestellt bekommen. Dazu hat gleich ein ganzes Bündel von gesetzlich verankerten Schutzrechten und verschiedenen sozialen Sicherungssystemen beigetragen, deren Grundlagen im 19. Jahrhundert gelegt worden sind. Es wurde viel erreicht, weil es zum einen gelang, die Effizienz der Wirtschaft in den Bereichen Produktion, Distribution und Konsumtion um ein Vielfaches zu steigern, und zum anderen haben in den verschiedenen Etappen der Transformation politische Organisationen und Gewerkschaften mit langem Atem die Interessen der Arbeitnehmer_innen eingebracht und in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen auch vieles davon durchgesetzt. Gestiegene Löhne, mehr freie Zeit und generell deutlich verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen waren die Folgen.

Abbildung 23
Versandhaus Quelle, Datenverarbeitung mit Computer IBM Typ 701, 1958.
 Rechte: J. H. Darching / Friedrich-Ebert-Stiftung



Wenn allein der Sozialstaat die Wertsommen von einem Drittel der in Deutschland produzierten Güter und Dienstleistungen verschlingt, die Sozialleistungen aber wiederum nur einen Teil der Einkommen und Konsumtion der Arbeitnehmer_innen bilden, dann wird deutlich, welche immense Kaufkraft und gewachsener Wohlstand sich in den Haushalten der Arbeitnehmer_innen nach dem Krieg gesammelt hat. Grundlage dafür war wiederum die enorm gesteigerte Produktivität durch permanente Innovation und Effizienzsteigerung der industriellen Wirtschaft, die eine gewaltige Vermehrung der Konsumtionsgüter und Dienstleistungen hervorgebracht hat, ohne die der relative Massenwohlstand der heutigen Bevölkerung nicht möglich gewesen wäre.

Tatsächlich hat sich der Reichtum der deutschen Gesellschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sehr schnell vermehrt. Betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe aller Güter und Dienstleistungen, um 1850 für Deutschland 3,6 Milliarden Euro, ist es seitdem, und zwar vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, auf die gigantische Summe von 2,6 Billionen Euro angestiegen. Das ist das 700-Fache an Gütern für den Konsum, für Produktionsanlagen, Infrastruktur und Dienstleistungen im Vergleich zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Eine Grundlage des Wohlstands war die Entfaltung des Industriesystems, vor allem die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Viele Handgriffe, Prozesse, ganze Teile des Produktionsflusses wurden automatisiert und der Güterausstoß wie die Effizienz von Dienstleistungen erheblich gesteigert. Hier kann von der zweiten Industrialisierungsphase gesprochen werden. Sinkende Preise bei gleichzeitig steigenden Löhnen kurbelten den Massenkonsum an. Die Wohlstandsvermehrung beruhte und beruht ferner auf der erfolgreichen Behauptung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, insbesondere auf den Märkten Europas und der USA sowie in den letzten zwei Jahrzehnten auf den Märkten Asiens, hier wiederum vor allem auf dem chinesischen Markt.

Nach der ersten großen industriellen, ökonomischen und insgesamt gesellschaftlichen Transformationsphase des 19. Jahrhunderts stehen wir heute – je nach Perspektive – vor der dritten oder der vierten technologisch-industriellen Revolution. Die eingangs skizzierte Digitalisierung stellt sich als Herausforderung dar – als Versprechen wie als Drohung. Jede Automationswelle, die der 1950er- und 1960er-Jahre, die der 1980er-

und 1990er-Jahre und auch die gegenwärtige, war von zahlreichen Prognosen begleitet, die in steter Regelmäßigkeit große Wellen von Massenarbeitslosigkeit vorausgesagt haben. Doch das Gegenteil trat ein: Die 1950er- und 1960er-Jahren waren durch Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel geprägt. Entgegen diesen Prognosen hat bisher kein noch so intensiver Grad an Automation zu der erwarteten Massenverelendung geführt. Wir sind zwar seit den 1980er-Jahren mit Wellen der Massenarbeitslosigkeit konfrontiert, sie konnten jedoch durch umfangreiche Sozialsysteme aufgefangen werden. Heute sehen wir uns dagegen wieder mit einem Fach- und Arbeitskräftemangel konfrontiert. Und anders entwickelte es sich dort, wo traditionale Produktionsbeziehungen nicht in die Logik der Automation eingebunden wurden.

Diese Diagnose betrifft zunächst nur die Gesellschaft als Ganzes. Berufsbilder dagegen, also fixierte und abgegrenzte Kompetenzen für bestimmte Branchen und Tätigkeiten, bestehen aufgrund dieser Dynamik des Industrialisierungsprozesses immer nur für eine gewisse Dauer. Die Anfänge der modernen Wirtschaft sind bekannt: Wasserrad und Dampfmaschine automatisierten in Form der Hammerwerke die Kraft der Schmiede, die Spinning Jenny die Kompetenz der Spinner. Der Jacquard-Webstuhl – das wohl beeindruckendste Instrument der frühen Industrialisierung – übernahm neben der Geschicklichkeit des Webers auch gleich noch sein Know-how in der Fertigung komplizierter Webmuster und ausgeprägter Motivvariationen von Bildteppichen. Ihr Wissen wurde vor 220 Jahren erstmals digitalisiert und der „Algorithmus“ in Form von Lochkarten fest gespeichert. Diese Lochkarten ermöglichten bereits um 1800 die beliebige Reproduktion jedes einmal erfassten Motivs. Einhundert Jahre später wurde die für diese Technologie benutzte Lochkarte dann das Speichermedium der ersten automatischen Addiermaschinen Herman Holleriths. Er gründete die Tabulating Machine Company, aus der die IBM hervorging. Von diesen Maschinen ausgehend wurde die Lochkarte beziehungsweise der Lochstreifen das Speichermedium der ersten Universalrechenmaschinen und fand bis in die 1970er-Jahre hinein als Daten- und Programmiermedium Verwendung. Man könnte diesbezüglich von der Ur-Digitalisierung sprechen oder den Übergang von mechanischen Rechenmaschinen zu den elektronischen Computern, in denen dann Magnetbänder und Magnetplatten die Lochkarte als Speichermedium ablösten, die wiederum von Chipspeichern ersetzt wurden. Die Etappen, in denen sich die Digitalisierung der Arbeitswelt seit den 1950er-Jahren vollzog, wurden bereits eingangs dieses Textes skizziert. Schon die drei großen Schritte vom Großcomputer der 1950er-Jahre (Mainframes) zu den Mikroprozessoren in den 1980er-Jahren und schließlich den Personal Computern der 1990er-Jahre unterscheiden sich beträchtlich voneinander. Die Vernetzung dieser Computer bildete schließlich die Grundlage für eine weitere Etappe der Digitalisierung und letztlich auch die gegenwärtige Diskussion um eine neue Etappe der Industrialisierung.

Alle Elemente der heutigen Diskussion um die Fabrik 4.0 finden sich bereits in früheren Diskussionen, sowohl bezogen auf die Hoffnungen wie auf die Ängste, die mit der Sorge der Menschen um die Entwertung ihrer Kompetenzen und den Verlust des Arbeitsplatzes verbunden waren.

Doch wäre die historische Entwicklung nicht genügend gewürdigt, wenn die Wohlstandsvermehrung der unteren Schichten allein auf die Effizienzsteigerung der Wirtschaft zurückgeführt würde. Es gilt immer noch der anthropologische Grundsatz: „Nobody gives something for nothing.“ In einer auf Privatbesitz basierenden Wirtschaftsordnung allein auf Vernunft, Einsicht und sozial konnotierte Bereitschaft der Besitzenden zum Teilen der Gewinne zu setzen, widerspricht den historischen Erfahrungen im globalen wie nationalen Kontext. Tatsächlich mussten nahezu alle Elemente des heutigen relativen Wohlstands der Nichtbesitzenden in harten sozialen Auseinandersetzungen und politischen Kämpfen abgerungen werden und tatsächlich ist die Steigerung des Anteils der Arbeitnehmer_innen am Warenausstoß, Umsatz und Gewinn der Industrien in erster Linie ein Ergebnis des gemeinsamen organisierten Handelns, also der Solidarität der Arbeiter_innen, der Arbeiter_innenbewegung zu verdanken.

Einen gewichtigen Anteil an der Gestaltung der Transformation und der Bändigung des Kapitalismus hatte die Sozialdemokratie, sowohl in der Opposition wie in der Regierungsverantwortung. Sie hat auf die Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz und auf die Rückkehr zur Arbeitsgerichtsbarkeit der Weimarer Republik gepocht; sie hat das Betriebsverfassungsgesetz 1972 im Sinne des „Mehr Demokratie wagen“ reformiert; sie war am Ausbau des Sozialstaats beteiligt. Vor allem war die Sozialdemokratie und mit ihr der größte Teil der Gewerkschaften bereit, die Automation, das heißt die Transformation der Arbeitsplätze und Belegschaften in der ersten Phase der Digitalisierung mitzutragen. Und diese Transformation gelang durch die Akzeptanz der technologisch und arbeitsorganisatorisch bestimmten Rationalisierung und Weltmarktorientierung der Eisen- und Stahlbranche, der Automobilfabriken, des Werkzeugmaschinenbaus, der Chemieindustrie wie auch der Unternehmen der Elektrotechnik. Grundlegend für diese Akzeptanz war wiederum die Mitsprache bei der Gestaltung der neuen Arbeitsverhältnisse. Dazu gehörten die sozialverträgliche Gestaltung der notwendigen Umsetzungen von Arbeitnehmer_innen, ihre Qualifizierung, das Vermeiden von Entlassungen und die Möglichkeit großzügiger Vorruhestandsregelungen für ältere Arbeitnehmer_innen. Von Mitte der 1950er- bis Ende der 1980er-Jahre wurde eine deutliche Arbeitszeitverkürzung von immerhin etwa 10 Stunden pro Woche oder um 20 Prozent durchgesetzt. Es gelangen für geraume Zeit die dokumentierten Reallohnsteigerungen, vor allem in den Zeiten der Vollbeschäftigung und des Arbeitskräftemangels. Und es gibt auch eine breite Akzeptanz für den massenhaften Arbeitskräftezufluss. Trotz aller Widerstände und abwehrenden Diskussionen auch in den Organisationen der Arbeiter_innenbewegung ist Deutschland heute ein Einwanderungsland.

Das Rückgrat dieses sehr erfolgreichen Abschnitts in der Transformation bildete die enge Kooperation von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wie schon am Beginn der großen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft zu einer modernen Industriegesellschaft. Beide bildeten deshalb die Grundlage für die langfristig erfolgreiche Transformation von den Anfängen der chaotisch verlaufenden Industrialisierung zu einem Kapitalismus mit humanen Arbeitsbedingungen, Reallohnsteigerungen, Begrenzung der Arbeitszeiten, der Öff-

nung des großen Feldes „Freizeit“, der sozialen Absicherung im Krankheitsfall, bei Unfällen und bei Nachlassen der Arbeitskraft im Alter und nicht zuletzt der Durchsetzung politischer Rechte. Die Sozialdemokratie als Gestalterin des Umbruchs in Richtung moderne Arbeitswelten und wachsende Freiräume schaffte Bedingungen, mit denen die Arbeitnehmer_innen ein Stück Souveränität über ihre Zeit zurückgewannen. Im privaten Leben gelang dies nicht zuletzt durch die Automation des Haushalts und durch einen hohen Grad an Mobilität sogar noch stärker als im Arbeitsleben. Alle partizipieren an der Mediennutzung und am Medienkonsum: Das Buch, das Radio, der Schallplattenspieler, der Fernseher, die Museen, die Galerien, die Kinos, die Theater, die Konzerthäuser und sonstige Veranstaltungseinrichtungen kennen keinen Ausschluss der Arbeitnehmer_innen. Aufstieg durch Bildung ist möglich, die Zugänge sind im Vergleich zur Zeit des Kaiserreichs, aber auch im Vergleich zur Zeit der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik sehr viel offener. Und vor allem gibt es den durch die Demokratie nicht beschränkten Zugang zur Politik. Das gibt den Rahmen und die Zielperspektive für die Gestaltung der nächsten Transformation.

Insofern gehören auch die Arbeitnehmer_innen in Deutschland zu den Nutznießer_innen der industriellen Transformation im Allgemeinen und den verschiedenen Etappen der technologischen Erneuerungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei gilt es festzuhalten: Ein Kapitalismus, der sich in Etappen selbst erneuert, ist vielleicht doch noch nicht im Niedergang begriffen und vielleicht müssen wir mit ihm noch lange auskommen. Eine Standortbestimmung ist deshalb für die Frage nach dem weiteren Weg nötig: Bei allen Erfolgen leben wir nicht in einem goldenen Zeitalter. Vieles erscheint besser, als es ist – und vor allem: Transformation heißt Umbruch und Wandel, der, wenn er nicht nach den Interessen der Arbeitnehmer_innen gestaltet wird, rasch zu ihren Ungunsten ausfallen kann. Die vergangenen zweihundert Jahre haben gezeigt, dass die Wohltaten der sich wandelnden Arbeitswelt jeweils neu erkämpft werden mussten. Das gilt auch für die nächste Stufe im Prozess der Digitalisierung, in der noch mehr Prozesse und Vorgänge in der Welt einer Berechenbarkeit anheimfallen. Daraus leiten sich zahlreiche neue Probleme ab. Als Erstes gehören neue Stufen der Automation in allen Arbeits- und Lebensbereichen dazu. Sie werden von einer gewaltigen Zunahme der Datenströme begleitet sein. Die Instrumentarien zu ihrer Kontrolle, an denen seit über vier Jahrzehnten gearbeitet wird, müssen an diesen neuen Schub angepasst werden. Hier stellt sich die Frage, wie die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung an technologisch vollkommen neue betriebliche und ökonomische Entscheidungsstrukturen angepasst werden muss. Bedarf es angesichts der weitreichenden Folgen „digitaler“ Entscheidungen nicht eines Mehrs an Mitbestimmung?

Die Verdichtung der Arbeit hat bereits heute die psychischen Belastungen erheblich erhöht. Insofern hat sich hier ein Raum für sozialpolitische Gegenmaßnahmen geöffnet. Die breit geführte Diskussion um Disruption ganzer Branchen ist ernst zu nehmen und das Instrumentarium zur Weiterqualifizierung von Arbeitnehmer_innen zu erweitern, um gegebenenfalls einen raschen Transfer der Arbeitnehmer_innen von wegbrechenden Arbeitsplätzen zu neuer Beschäftigung zu ermöglichen.

Soziale Sicherung bleibt deshalb wie in den Anfangstagen der Industrialisierung eine Aufgabe.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Hochschulen bereits heute auf den tönernen Säulen eines Wissenschaftsprekariats beruhen, müsste über eine grundsätzlich neue Ordnung nachgedacht werden, die trotz der permanenten Reform im letzten halben Jahrhundert nicht erreicht worden ist und die sich heute auch nur im Rahmen der Europäischen Union etablieren lässt. Da jedoch weniger, wie irrtümlich oft behauptet wird, die Daten der neue Rohstoff der Industrie 4.0 sein werden, sondern mehr noch Wissen, kommt den Plattformen der Wissensgenerierung eine größere Rolle zu als in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten.

Weitere Stichworte sind „neue digitale Heimarbeit“, die rasant wachsenden transnationalen Arbeitsmärkte der Crowd- und Clickworker. Insgesamt werfen die sich noch rascher ausweitenden global vernetzten Arbeitswelten neue Fragen auf, wie politische oder gewerkschaftliche Organisationen zu ihrer Gestaltung überhaupt beschaffen sein müssen, um auf europäischer und internationaler Tribüne genauso effizient zu wirken wie auf der nationalen.

Für alle Bereiche dieser kleinen Auswahl an Problemen braucht es organisierte Macht zur Gestaltung: „Let’s get started!“

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- 4 Abbildung 1
„Das Elektronengehirn“. Die erste elektronische Datenverarbeitungsanlage im mathematisch-physikalischen Institut der Universität Bonn, ca. 1956
- 10 Abbildung 2
Erwerbstätige nach Stellung im Beruf von 1895 bis 2014
- 11 Abbildung 3
Erwerbstätige nach Stellung im Beruf
- 17 Abbildung 4
Wilhelm Liebknecht, ca. 1865
- 17 Abbildung 5
Ferdinand Lassalle, Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), 1860, Radierung
- 18 Abbildung 6
Traditionsfahne der SPD
- 18 Abbildung 7
Gothaer Vereinigungsparteitag, 1875. Gruppenaufnahme mit Vorstandmitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins
- 19 Abbildung 8
Arbeiter-Radler: Aufstellung zum Gruppenfoto mit Fahrrädern, Arbeiter-Rad-Bund „Solidarität“, um 1931
- 19 Abbildung 9
2. Arbeiter-Olympiade in Wien, 1931
- 20 Abbildung 10
Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten im November 1918: Friedrich Ebert, Wilhelm Dittmann, Otto Landsberg, Hugo Haase, Emil Barth, Philipp Scheidemann
- 21 Abbildung 11
Mitglieder der SPD 1865 bis 1933
- 25 Abbildung 12
Mitgliederentwicklung der SPD 1946 bis 2018
- 26 Abbildung 13
Wahlen zum Deutschen Bundestag 1949 bis 2017
- 27 Abbildung 14
Außerordentlicher Parteitag der SPD in Bad Godesberg, 13.-15.11.1959
- 27 Abbildung 15
Außerordentlicher Parteitag der SPD in Bad Godesberg, 13.-15.11.1959
- 28 Abbildung 16
Plakat zum außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg, 13.-15.11.1959
- 30 Abbildung 17
Innenaufnahme in einer Fabrik, um 1945
- 30 Abbildung 18
Gruppenaufnahme in einer Fabrik um 1945
- 31 Abbildung 19
Demonstration der Metaller für die 35-Stunden-Woche, Hofgartenwiese in Bonn, 28.05.1984
- 32 Abbildung 20
Grundsteinlegung zur Wohnsiedlung Friedrich Ebert in Berlin-Wedding, 1929. Reichsarbeitsminister a.D. Gustav Bauer mit der Witwe Friedrich Eberts, Luise Ebert, bei den traditionellen Hammer-schlägen
- 32 Abbildung 21
Einweihungsfeier der Wohnsiedlung „Friedrich Ebert“ im Berliner Wedding, 1929
- 33 Abbildung 22
Plakat des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1980
- 37 Abbildung 23
Versandhaus Quelle, Datenverarbeitung mit Computer IBM Typ 701, 1958
- 8 Tabelle 1
Zahl und Anteil der Arbeiter_innen an den Erwerbstätigen im Gewerbesektor 1875 bis 1907 (Deutsches Reich)
- 15 Tabelle 2
Mitgliederzahlen der Gewerkschaften von 1869 bis 2017 (Deutsches Reich und Bundesrepublik Deutschland)
- 22 Tabelle 3
Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 bis 1912
- 23 Tabelle 4
Ergebnisse der Reichstagswahlen in der Weimarer Republik in den Jahren 1919 bis 1933
- 24 Tabelle 5
Sozialstatistik des Kaiserreichs
- 24 Tabelle 6
Soziale Struktur der NSDAP vor 1933
- 29 Tabelle 7
Die Reallöhne und die Entwicklung der Produktivität 1871 bis 1914 (Deutsches Reich)
- 31 Tabelle 8
Wochenarbeitszeit in Deutschland 1875 bis 2000

Literaturverzeichnis

- Abt, Jan; Ruhe, Alexander** 2008: Das Neue Frankfurt: Der soziale Wohnungsbau in Frankfurt am Main und sein Architekt Ernst May, Weimar; Rostock.
- Adler, Franz** 1904: Wohnungsverhältnisse und Wohnungspolitik der Stadt Frankfurt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main.
- Altmann, Norbert; Bechtle, Günter; Lutz, Burkart** 1978: Betrieb, Technik, Arbeit: Elemente einer soziologischen Analytik technisch-organisatorischer Veränderungen, Frankfurt am Main.
- Amlinger, Marc; Kellermann, Christian; Markert, Cornelius; Neumann, Horst** 2017: Deutschland 2040:10 Thesen zu Arbeitsmarkt und Rente, Demografie und Digitalisierung, Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit, Arbeitspapier Nr. 2, Berlin.
- Anton, Günter Kurt** 1953: Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zur Aufnahme durch die Reichsgewerbeordnung, Berlin (Ost).
- Arbeitszeiten in Europa**, in: ifo Schnelldienst, 56. Jahrgang, 15/2003, URL: https://www.cesifo-group.de/DocDL/ifosd_2003_15_7.pdf (29.12. 2018).
- Benz-Overhage, Karin** 1982: Neue Technologien und alternative Arbeitsgestaltung: Auswirkungen des Computereinsatzes in der industriellen Produktion, Frankfurt am Main; New York.
- Boch, Rudolf** 1991: Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857, Göttingen.
- Boes, Andreas; Kämpf, Tobias** 2012: Informatisierung als Produktivkraft: Der informatisierte Produktionsmodus als Basis einer neuen Phase des Kapitalismus, in: Dörre, Klaus; Sauer, Dieter; Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit: Neue Ansätze soziologischer Kritik, Frankfurt am Main, S. 316 - 335.
- Böhle, Fritz** (Hrsg.) 2017: Arbeit als Subjektivieren des Handelns: Handlungsfähigkeit bei Unwägbarkeiten und Ungewisheit, Wiesbaden. Born, Karl Erich 1975: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, München.
- Borowsky, Peter** 2002: Sozialliberale Koalition und innere Reformen: Vom Auseinanderbrechen der Großen Koalition im Jahr 1969 zu den 1968er-Schlagworten der „Mitbestimmung“ und „Bildungsreform“, in: Informationen zur politischen Bildung/Bundeszentrale für Politische Bildung 1998/258, Bonn, URL: <https://www.bpb.de/izpb/10109/sozialliberale-koalition-und-innere-reformen?p=all> (24.8.2019).
- Borowsky, Peter** 2005: Wer wählte Hitler und warum? Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse 1928 bis 1933, in: Borowsky, Peter: Schlaglichter historischer Forschung: Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert: Aus dem Nachlass herausgegeben von Rainer Hering und Rainer Nicolaysen, Hamburg, S. 235 - 253, URL: http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2008/9/chapter/HamburgUP_Schlaglichter_Hitler.pdf (13.1.2019).
- Boyer, Josef; Kössler, Till** (Bearb.) 2005: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland: SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie Die Grünen: Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf.
- Bradley, Joseph; Loucks, Jeff; Macaulay, James; Noronha, Andy; Wade, Michael** 2015: Digital Vortex: How Digital Disruption Is Redefining Industries: Global Center for Digital Business Transformation. An IMD and CISCO Initiative.
- Braun, Hans-Joachim; Kaiser, Walter** 1992: Energiewirtschaft, Automatisierung, Information seit 1914, in: König, Wolfgang (Hrsg.): Propyläen Technikgeschichte 1992/Bd. 5, S. 15 - 372.
- Bromme, Moritz W. T.** 1971: Moritz Wiliam Theodor Bromme: Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters, neu hrsg. v. Bernd Neumann, Frankfurt am Main.
- Broszat, Martin** 1969: Der Staat Hitlers, München.
- Brynjolfsson, Erik; McAfee, Andrew** 2011: Race Against the Machine: How Digital Revolution is Accelerating Innovation, Driving Productivity, and Irreversibly Transforming Employment and the Economy, Lexington.
- Brynjolfsson, Erik; McAfee, Andrew** 2014: The Second Machine Age: Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird, Kulmbach.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS)** 1987: Sozialgeschichte in Dokumenten, Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung** 2013: Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. Erwerbstätige nach Stellung und Beruf, URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61698/erwerbstaetige-nach-stellung-im-beruf> (30.12.2018).
- Brandt, Gerhard** 1978: Computer und Arbeitsprozeß: Eine arbeitssoziologische Untersuchung der Auswirkungen des Computereinsatzes in ausgewählten Betriebsabteilungen der Stahlindustrie und des Bankgewerbes, Frankfurt am Main.
- Classen, Manfred** 1962: Die staatliche Sozialpolitik von 1839 bis 1918: Eine Betrachtung unter dem Gesichtspunkt des Subsidiaritätsprinzips, Diss., Köln.
- Davis, Gordon Bitter** (Hrsg.) 1999: The Blackwell Encyclopedic Dictionary of Management Information Systems, Maiden.
- Dengler, Katharina; Matthes, Britta** 2015: Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt: In kaum einem Beruf ist der Mensch vollständig ersetzbar, in: IAB-Kurzberichte, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 24/2015.
- Deutscher Gewerkschaftsbund**: Über uns: Mitgliederzahlen 1950–1993, URL: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/1950-1993> (13.9.2019).
- Die nationalsozialistische Zwangsarbeit**, URL: <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/zwangsarbeit/index.html> (14.12.2018).
- Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz** 2008: Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.
- Dörhöfer, Kerstin** 1978: Erscheinungen und Determinanten staatlich gelenkter Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland: Zur Planung und Durchführung des Wohnungsbaus für die „breiten Schichten des Volkes“ (sozialer Wohnungsbau), Berlin.
- Dossier NS-Zwangsarbeit** 1998: Lernen mit Interviews, URL: <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/ns-zwangsarbeit/> (14.12.2018).
- Eggebrecht, Arne; Flemming, Jens** (Hrsg.) 1998: Geschichte der Arbeit: Vom Alten Ägypten bis zur Gegenwart, Köln.
- Egle, Christoph; Ostheim, Tobias; Zohlnhöfer, Reimut** (Hrsg.) 2003: Das rot-grüne Projekt: Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002, Wiesbaden.
- Egle, Christoph; Zohlnhöfer, Reimut** (Hrsg.) 2007: Ende des rot-grünen Projekts: Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005, Wiesbaden.
- Egner, Björn; Georgakis, Nikolaos; Heinelt, Hubert; Bartholomäi, Reinhart C.** 2004: Wohnungspolitik in Deutschland: Positionen. Akteure. Instrumente, Darmstadt.
- Egner, Björn** 2014: Wohnungspolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 20-21/2014, S. 13–19, URL: <http://www.bpb.de/apuz/183442/wohnungspolitik-seit-1945> (3.1.2019).
- Eichhorst, Werner; Zimmermann, Klaus F.** 2005: Eine wirtschaftspolitische Bilanz der rot-grünen Bundesregierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 43/2005, S. 11–17, URL: <https://www.bpb.de/apuz/28744/eine-wirtschaftspolitische-bilanz-der-rot-gruenen-bundesregierung?p=all> (24.3.2019).
- Eick, Volker; Sambale, Jens** (Hrsg.) 2005: Sozialer Wohnungsbau, Arbeitsmarkt(re)integration und der neoliberale Wohlfahrtsstaat in der Bundesrepublik und Nordamerika, Working Paper Nr. 3 des John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin.
- Frerich, Johannes; Frey, Martin** 1993: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, München.
- Frey, Carl Benedikt; Osborne, Michael A.** 2013: The Future of Employment: How Susceptible are Jobs to Computerisation?, URL: https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf (7.4.2019).
- Fricke, Dieter** 1976: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1914, Berlin (Ost).
- Fricke, Werner; Peter, Gerd; Pöhler, Willi** (Hrsg.) 1982: Beteiligen, Mitbestimmen, Mitgestalten: Arbeitnehmer verändern ihre Arbeitsbedingungen, Köln.
- Fricke, Werner; Schuchardt, Wilgart** (Hrsg.) 1984: Beteiligung als Element gewerkschaftlicher Arbeitspolitik: Erfahrungen aus Norwegen, Italien, Schweden und der Bundesrepublik, Bonn.
- Friedewald, Michael** 1999: Vom Experimentierfeld zum Massenmedium. Gestaltende Kräfte in der Entwicklung des Internet, in: Technikgeschichte, Nr. 4/2000, 331–364.
- Gausemeier, Jürgen; Klocke, Fritz; Dülme, Christian; Eckelt, Daniel; Kabasci, Patrick; Kohlhuber, Martina; Schön, Nico; Schröder, Stephan** (Hrsg.) 2016: Industrie 4.0.: Internationaler Benchmark, Zukunftsoptionen und Handlungsempfehlungen für die Produktionsforschung. acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V., Aachen.

- Geißler, Rainer** 2002: Die Sozialstruktur Deutschlands: Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, 3., grundl. überarb. Aufl., Wiesbaden.
- Geyer, Matthias; Kurbjuweit, Dirk; Schnibben, Cordt** 2005: Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers, München.
- Gladen, Albin** 1974: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Wiesbaden.
- Greifenstein, Ralph** 2011: Perspektiven der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland: Ungerechtfertigter Stillstand auf der politischen Baustelle? Expertisen und Dokumentationen zur wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Groh, Dieter** 1973: Negative Integration und revolutionärer Attentismus: Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main.
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** 1959: Beschlossen auf dem Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Bonn.
- Halberstadt, Gerhard** 1991: Die Angestellten und ihre Gewerkschaft: Stationen einer bewegten Geschichte, Freiburg im Breisgau.
- Hanauske, Dieter 1995: Bauen. Bauen. Bauen: Die Wohnungspolitik in Berlin (West) 1945–1961, Berlin.
- Hans-Böckler-Stiftung** 2004: Zur aktuellen Kritik der Mitbestimmung im Aufsichtsrat, Düsseldorf.
- Hardach, Gerd** 2006: Der Generationenvertrag: Lebenslauf und Lebenseinkommen in Deutschland in zwei Jahrhunderten, Berlin.
- Harlander, Tilman; Fehl, Gerhard** (Hrsg.) 1986: Hitlers Sozialer Wohnungsbau 1940–1945: Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung, Hamburg.
- Heng, Stephan** 2014: Industrie 4.0. Upgrade des Industriestandorts Deutschland steht bevor, DB Research, 4.2.2014, URL: https://www.dbresearch.de/PROD/RPS_DE-PROD/PROD000000000444435/Industrie_4_0%3A_Upgrade_des_Industriestandorts_Deut.pdf (4.6.2014).
- Hentschel, Volker** 1983: Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1980: Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht, Frankfurt am Main.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut** 2014: Wandel von Produktionsarbeit, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 6/2014, S. 421–429.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Ittermann, Peter** 2015: Digitalisierung industrieller Arbeit: Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen, Baden-Baden.
- Hockerts, Hans Günter** 1983: Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland, in: Historische Zeitschrift, Nr. 237/1983, S. 361 – 384.
- Hockerts, Hans Günter** 2011: Der deutsche Sozialstaat: Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen.
- Hodenberg, Christina von** 1997: Aufstand der Weber: Die Revolte von 1844 und ihr Aufstieg zum Mythos, Bonn.
- Hohorst, Gerd; Kocka, Jürgen; Ritter, Gerhard A.** 1975: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, 2 Bde., München 1975.
- Hsü, Immanuel C. Y.** 2000: The Rise of Modern China, 6. ed., New York; Oxford.
- Huchler, Norbert; Pfeiffer, Sabine** (Hrsg.) 2018: Industrie 4.0 konkret. Ungleichzeitige Entwicklungen, arbeitspolitische Einordnungen, in: Schwerpunkttheft WSI-Mitteilungen Nr. 3/2018, S. 167–173.
- Hüther, Michael; Scharnagel, Benjamin** 2005: Die Agenda 2010: Eine wirtschaftspolitische Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 32-33/2005, S. 23–30.
- Huse, Norbert** 1975: Neues Bauen 1918 bis 1933, München.
- IGZA-Autorenteam** 2018: Zeitsouveränität, Neues Normalarbeitsverhältnis und Sozialstaat 4.0: Plädoyer für ein Lebensarbeitszeitkonto. Arbeitspapier #4 des Instituts für die Geschichte und Zukunft der Arbeit, Berlin.
- Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit** (Hrsg.) 2018: Roboter – Assistenz-Systeme – Künstliche Intelligenz. Neue Formen der Mensch-Maschine-Interaktion, Berlin.
- Jürgens, Ulrich; Naschold, Frieder** (Hrsg.) 1983: Arbeitspolitik: Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit, Opladen.
- Kagermann, Henning; Wahlster, Wolfgang; Helbig, Johannes** 2013: Deutschlands Zukunft als Produktionsstandort sichern: Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0: Abschlussbericht des Arbeitskreises Industrie 4.0, Frankfurt am Main.
- Kampffmeyer, Hans** 1920: Wohnungs- und Siedlungspolitik, München.
- Kern, Horst; Schumann, Michael** 1970: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein: Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, 2. Bde., Frankfurt am Main.
- Kern, Horst; Schumann, Michael** 1984: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München.
- Klotz, Heinrich** (Hrsg.) 1986: Ernst May und das Neue Frankfurt 1925–1930, Ausstellungskatalog, Berlin.
- Kocka, Jürgen** 1981: Die Angestellten in der deutschen Geschichte: 1850–1980, Göttingen.
- Kocka, Jürgen** 1990: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen: Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn.
- Kocka, Jürgen** 1990: Weder Stand noch Klasse: Unterschichten um 1800, Bonn.
- Kocka, Jürgen** 2016: Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit, Arbeitspapier #1 des Instituts für die Geschichte und Zukunft der Arbeit, Berlin.
- Kocka, Jürgen** 2017: Geschichte des Kapitalismus, 3., überarb. Aufl., München.
- Kocka, Jürgen; Offe, Claus** (Hrsg.) 2000: Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main.
- Kocka, Jürgen; unter Mitarbeit von Schmidt, Jürgen** 2015: Arbeiterleben und Arbeiterkultur: Die Entstehung einer sozialen Klasse, Bonn.
- Komlosy, Andrea** 2014: Arbeit: Eine globalhistorische Perspektive: 13. bis 21. Jahrhundert, Wien.
- Kreft, Heinrich** 2010: Chinas Aufstieg – eine Herausforderung für den „Westen“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 39/2010, S. 35–40.
- Krol, Ed** 1995: Die Welt des Internet: Handbuch und Übersicht, Bonn.
- Kuhn, Gerd** 1998: Wohnkultur und kommunale Wohnungspolitik in Frankfurt am Main 1880 bis 1930, Bonn.
- Kuhnert, Jan; Leps, Olof** 2017: Entwicklung der Wohnungsgemeinnützigkeit bis 1989, in: dies. (Hrsg.): Neue Wohnungsgemeinnützigkeit, Wiesbaden, S. 33–56, URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-17570-2_2 (14.1.2019).
- Kuhnert, Jan; Leps, Olof** 2017: Neue Wohnungsgemeinnützigkeit, Wiesbaden.
- Lampert, Heinz; Althammer, Jörg** 2007: Lehrbuch der Sozialpolitik, 8. Aufl., Berlin.
- Langhammer, Rolf J.** 2008: Der lange Marsch zur Wirtschaftsmacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.7.2008, S. 13.
- Markert, Cornelius; Neumann, Horst; Amlinger, Marc** 2017: Geschichte und Zukunft der Produktivität: Ende oder Halbzeit eines großen Spiels? Arbeitspapier #3 des Instituts für die Geschichte und Zukunft der Arbeit, Berlin.
- Martiny, Martin** 1976: Integration oder Konfrontation: Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik, Bonn-Bad Godesberg.
- Matthias, Erich; Schönhoven, Klaus** (Hrsg.) 1984: Solidarität und Menschenwürde: Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn.
- Metzler, Gabriele** 2003: Der deutsche Sozialstaat: Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall, 2. Aufl., München.
- Mitter, Rana** 2004: A Bitter Revolution: China's Struggle with the Modern World, Oxford.
- Mühlenbrock, Hendrik** 2017: Wohnungsbau nach dem Krieg: Akteure und Organisation der BRD/DDR, URL: <https://gafprojekt.hypotheses.org/455> (3.1.2019).
- Müller, Hans-Peter** 2011: Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Wettbewerb mit dem DGB: Geschichte der DAG 1947–2001, Baden-Baden.
- Niedermayer, Oskar** 2019: Parteimitgliedschaften im Jahre 2018, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 50. Jg., Heft 2/2019, S. 225–250.
- Naphtali, Fritz** 1928: Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin.
- Novy, Klaus; Prinz, Michael** 1985: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft: Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Berlin; Bonn.
- Offe, Claus** 1984: Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt am Main; New York.

- Overhage, Karin; Brumlop, Eva; Freyberg, Thomas von; Papadimitriou, Zisis** 1981: Computereinsatz und Reorganisation von Produktionsprozessen, in: Leviathan Sonderheft: Gesellschaftliche Arbeit und Rationalisierung. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Nr. 4/1981, S. 100-117.
- Petzina, Dietmar; Abelshauer, Werner; Faust, Anselm** 1978: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München.
- Pfeiffer, Sabine; Lee, Horan; Zirnig, Christopher; Suphan, Anne** 2015: Industrie 4.0 – Qualifizierung 2025, Frankfurt am Main.
- Preller, Ludwig** 1949: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart.
- Preller, Ludwig** 1970: Praxis und Probleme der Sozialpolitik, 1. Halbbd., Tübingen; Zürich.
- Rahlf, Thomas** (Hrsg.) 2015: Deutschland in Daten: Zeitreihen zur Historischen Statistik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, URL: [http://www.deutschland-in-daten.de/\(13.9.2019\)](http://www.deutschland-in-daten.de/(13.9.2019)).
- Reschke, Michael; Krell, Christian; Dahm, Jochen** 2013: Geschichte der Sozialen Demokratie: Lehrbuch der Sozialen Demokratie, 3. Aufl., Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Rid, Thomas** 2016: Maschinendämmerung: Eine kurze Geschichte der Kybernetik, Berlin 2016.
- Ritter, Gerhard A.** 1983: Sozialversicherung in Deutschland und England: Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München.
- Ritter, Gerhard A.** 1991: Der Sozialstaat: Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, 2. Aufl., München.
- Ritter, Gerhard A.; Tenfelde, Klaus** 1992: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn.
- Roth, Ralf** 1991: Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main: Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg: Zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, Frankfurt am Main.
- Roth, Ralf** 2001: Metropolenkommunikation: Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Migrationsbewegungen und Ideentransfer am Beispiel von Berlin und Chicago im 19. Jahrhundert, in: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde, Nr. 46/2001, S. 291-318.
- Roth, Ralf** 2005: Amerika – Deutschland: Folgen einer transatlantischen Migration, in: Historische Zeitschrift Nr. 281/2005, S. 621-657.
- Roth, Ralf** 2005: Das Jahrhundert der Eisenbahn, Ostfildern.
- Roth, Ralf** 2006: Tempi passati: Die kurze Konjunktur der Arbeiteralltagsgeschichte in den achtziger Jahren: Eine Reminiszenz, in: Hein, Dieter; Hildebrand, Klaus; Schulz, Andreas (Hrsg.): Historie und Leben, München, S. 161-174.
- Roth, Ralf** 2014: Die Ursprünge des Internet und warum das globale Netz in den USA und nicht in der Sowjetunion entstanden ist, in: Zeitschrift für Weltgeschichte, Nr. 2/2014, S. 119-150.
- Roth, Ralf** 2018: Die automatische Fabrik als Zukunft in der Vergangenheit, in: Zeitschrift für Weltgeschichte, Nr. 1/2018, S. 125-156.
- Roth, Ralf; Thon, Horst** 2000: Vergangenheit und Zukunft der Arbeitsgerichte, in: Arbeit und Recht, Nr. 5/2000, S. 161-163.
- Rothfels, Hans** 1927: Theodor Lohmann und die Kampffahre der staatlichen Sozialpolitik (1871–1905), Berlin.
- Rothfels, Hans** 1969: Bismarck und der Staat, Darmstadt.
- Salus, Peter H.** 1995: Casting the Net: From ARPANET to Internet and Beyond, Boston.
- Schäfers, Bernhard** 2002: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland, Stuttgart.
- Schmidt, Jürgen** 2018: Brüder, Bürger und Genossen: Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830–1870, Bonn.
- Schmidt, Manfred G.** 1998: Sozialpolitik in Deutschland: Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Opladen.
- Schmidt, Manfred G.** 2012: Der deutsche Sozialstaat: Geschichte und Gegenwart, München.
- Schneider, Michael** 1999: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn.
- Schneider, Michael** 2014: In der Kriegsgesellschaft: Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945, Bonn.
- Schüller, Margot** 2004: Chinas wirtschaftlicher Aufstieg – Auslöser von Euphorie und Bedrohungsängsten, in: Die Betriebswirtschaft, Nr. 5/2004, S. 359 - 376.
- Schultz, Günther** 1993: Wohnungspolitik im Sozialstaat: Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960, in: ders. (Hrsg.): Wohnungspolitik im Sozialstaat: Deutsche und europäische Lösungen, 1918–1960, Bonn, S. 11 - 46.
- Schumann, Michael** 2013: Das Jahrhundert der Industriearbeit. Soziologische Erkenntnisse und Ausblicke, Weinheim; Basel.
- Schumann, Michael; Kern, Horst** 1971: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein: Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Frankfurt am Main.
- Seitz, Konrad** 2004: China: Eine Weltmacht kehrt zurück, Berlin.
- Sinzheimer, Hugo** 1907: Der korporative Arbeitsnormenvertrag: Eine privatrechtliche Untersuchung, 2 Bde., Leipzig.
- Soziale Lage und Gewerkschaftsbewegung**: Statistiken ab 1800, URL: <https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/statistiken-zur-gewerkschaftsbewegung-ab-2919.html> (4.1.2019).
- Spence, Jonathan D.** 2008: Chinas Weg in die Moderne, Frankfurt am Main.
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland** 1955.
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland** 1988.
- Steinbuch, Karl** 1971: Das Buch der Technik, Gütersloh.
- Sternberg, Fritz** 1951: Die zweite industrielle Revolution, in: Schriftenreihe der IG Metall, Nr. 27, Frankfurt am Main.
- Stolleis, Michael** 2003: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland. Ein Grundriß, Stuttgart.
- Strawe, Christoph** 1994: Arbeitszeit, Sozialzeit, Freizeit: Ein Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, Institut für soziale Dreigliederung, URL: <https://www.dreigliederung.de/essays/1994-12-001> (13.9.2019); Erstveröffentlichung in Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Nr. 4.
- Tampke, Jürgen** 1982: Bismarcks Sozialgesetzgebung: Ein wirklicher Durchbruch? in: Mommsen, Wolfgang J.; Mock, Wolfgang (Hrsg.): Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950, Stuttgart, S. 79 - 91.
- Tennstedt, Florian** 1980: Vom Proleten zum Industriearbeiter: Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800–1914, Köln.
- Volkholz, Volker** 1981: Aufgabe der Sozialwissenschaften bei der Gestaltung von humanen Arbeitsbedingungen am Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Handhabungssysteme, IG Metall (Abt. Automation, Technologie), Frankfurt am Main.
- Weber-Menges, Sonja** 2004: „Arbeiterklasse“ oder Arbeitnehmer: Vergleichende empirische Untersuchung zu Soziallage, Lebenschancen und Lebensstilen von Arbeitern und Angestellten in Industriebetrieben, Wiesbaden.
- Winkler, Heinrich August** 1984: Von der Revolution zur Stabilisierung: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn.
- Winkler, Heinrich August** 1990: Der Schein der Normalität: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930, 2., durchges. Aufl., Bonn.
- Winkler, Heinrich August** 1990: Der Weg in die Katastrophe: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, 2. Aufl., Bonn.
- Zimmermann, Klaus F.** 2005: Eine Zeitenwende am Arbeitsmarkt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 16/2005, S. 3 - 5.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u.a. Archiv und Bibliothek

IMPRESSUM

© 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Bestellung/Kontakt: BeMo@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-96250-494-6

Titelmotiv: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltungskonzept: www.bergsee-blau.de

Umsetzung/Layout: www.zumweissenroessl.de

Druck: www.druckerei-brandt.de

Gedruckt auf RecyStar Polar (100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Engel).

FÜR EIN BESSERES MORGEN

Arbeitswelten im Umbruch. Transformationen vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart

Die Digitalisierung verändert unser Leben und unsere Arbeitswelt und die Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen gegenüber dieser jüngsten technologischen Revolution sind gemischt. In der Studie „Arbeitswelten im Umbruch“ diskutiert der Autor die technologischen und ökonomischen Umbrüche in Deutschland seit der industriellen Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts. Er arbeitet die Wirkmächtigkeit der Arbeiter_innenbewegung und ihrer Organisationen bei der Gestaltung dieser Transformationen, der Bändigung des Kapitalismus und der Teilhabe am gewachsenen gesellschaftlichen Reichtum heraus.

Die digitale Revolution der Gegenwart ist keine Naturgewalt, sondern von Menschen gemacht und gestaltbar. So wie dies im 19. und 20. Jahrhundert gelang, gibt dies Zuversicht für die Zukunft.

Der Autor

Ralf Roth bekleidet eine außerplanmäßige Professur für Neuere Geschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er forscht zur Geschichte der Digitalisierung der deutschen Wirtschaft sowie zu den Frankfurter Eliten im 20. Jahrhundert.



Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter:
www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen